

# PROTOKOLL

*über die 10. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr  
am Donnerstag, 29. Oktober 1992, im Rathaus, 1. Stock hinten,  
Gemeinderatssitzungssaal.*

*Beginn der Sitzung: 14 Uhr*

## ÖFFENTLICHE SITZUNG

### A n w e s e n d :

#### **BÜRGERMEISTER:**

Hermann Leithenmayr

#### **VIZEBÜRGERMEISTER:**

Erich Sablik  
Dr. Leopold Pfeil

#### **STADTRÄTE:**

Ingrid Ehrenhuber  
Roman Eichhübl  
Karl Holub  
Ing. Othmar Schloßgangl  
Leopold Tatzreiter

#### **GEMEINDERÄTE:**

Hermann Bachner  
Felicitas Bauer  
Josef Brandstötter  
Günter Fürweger  
Hans Dieter Götz  
Richard Gollatsch  
Oskar Holub  
Engelbert Huber  
Klaus Jansky  
Anna Jeloucan

Engelbert Lengauer

Friederike Mach

Josef Mayr

Dipl.-Ing. Frank Mundorff

Hans Payrleithner

Mag. Harald Philipps

Edith Radmoser

Franz Rohrauer

Eva Scheucher

Dr. Tilman Schwager

Ing. Dietmar Spanring

Wilhelm Spöck

Franz Strasser

Walter Strobl

#### **VOM AMT:**

MD Dr. Kurt Schmidl

OMR Dr. Gerhard Alphasamer

Mag. Helmut Lemmerer

OAR Walter Kerbl

#### **PROTOKOLLFÜHRER:**

OMR Mag. Augustin Zineder

Belinda Kastlunger

# Tagesordnung

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

## Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

- |              |  |
|--------------|--|
| GHJ2-753/92  | Kdg. Taschelried - Gruppenraumerweiterungen, Sanierungsarbeiten, Einrichtungserneuerung. |
| GHJ2-6709/92 | Kdg. Taschelried - Schrankenreparatur.   |
| SH-4630/92   | Weihnachtsaktion 1992 zugunsten bedürftiger Pensionisten.                                |
| SH-4620/92   | Weihnachtsaktion 1992 für die Bezieher einer laufenden Sozialhilfe.                      |

# VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

## Berichterstatter Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

- 1) Präs-785/90 Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in bezug auf die Stadt Steyr; Vorlage gemäß Art. 127 a Abs. 5 B-VG 1929 i.d.g.F. in Verbindung mit § 18 Abs. 7 Rechnungshofgesetz 1948 i.d.g.F.
- 2) Bau2-1300/92 Stadtentwicklungskonzept Steyr - Vergabe und Mittelfreigabe.
- 3) Präs-486/78 BMW-Motoren-Ges.m.b.H.; Förderung der II. und III. Ausbauphase.
- 4) Ha-4555/92 Firma Karl Burgholzer Ges.m.b.H. (Burg Design), Ennser Straße 31 a, 4400 Steyr; Gewerbeförderung.
- 5) Ha-4335/91 Firma ATD Ges.m.b.H., Arbeiterstr. 19, 4400 Steyr; Gewerbeförderung.
- 6) Präs-460/91 Subventionsordnung der Stadt Steyr.
- 7) Präs-1208/90 Richtlinien für die Vergabe von Förderungs-  
mitteln an Gewerbebetriebe.

## Berichterstatter Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

- 8) GemVI-1744/91 Hundeabgabeordnung der Stadt Steyr; Gebührenregelung; Neufestsetzung der Abgabenhöhe.

## Berichterstatter Stadtrat Ingrid Ehrenhuber:

- 9) SH-2200/90  
Erlaß Verein "Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege"; Subvention 1992.

- 10) SH-4771/76                      Seniorenpaß; Änderung der Gutscheine  
für die Hallenbadbenützung sowie der  
Gutscheine für kulturelle Veranstaltungen.

Berichterstatter Stadtrat Karl Holub:

- 11) Ha-6504/91                      Städtering Linz-Wels-Steyr; Subvention.

**Abgesetzt!**

Berichterstatter Stadtrat Ing. Othmar Schloßgangl:

- 12) Bau2-3590/92                      Bebauungsplan Nr. 2 - "Ederhof" - Ände-  
rung Nr. 2.

Berichterstatter Stadtrat Leopold Tatzreiter:

- 13) Ha-5369/92                      Sonderwohnbauprogramm; Förderung  
von 145 Wohneinheiten der WAG Linz.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie sehr herzlich. Ich stelle fest, daß die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlußfähigkeit gegeben erscheint. Als Protokollprüfer sind mir die Gemeinderäte Anna Jeloucan und Richard Gollatsch gemeldet. Nehmen Sie diese Funktion an? Jawohl - ich danke. Entschuldigt sind StR Zagler, GR Bremm, GR Glanzer, GR Hofstetter und GR Thurner.

Gemäß § 19 Abs. 4 letzter Satz der Geschäftsordnung für den GR und seine Ausschüsse ersuche ich Sie, den Verhandlungsgegenstand Nr. 11) "Städtering Linz-Wels-Steier; Subvention" von der Tagesordnung abzusetzen, da dieser in der Sitzung des StS vom 22. 10. 1992 zurückgestellt worden ist. Hiefür ist eine Mehrheit von 2/3 der anwesenden Gemeinderäte erforderlich. Ich lasse darüber abstimmen - wer mit dieser Absetzung einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Tagesordnungspunkt 11) ist einstimmig abgesetzt.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 2) "BEHANDLUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN":

Mit Schreiben vom 22. Oktober 1992, welches am 23. Oktober 1992 eingelangt ist, hat Herr

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil folgende schriftliche Anfrage an mich gerichtet:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Mit Beschluß vom 4. 6. 1992 hat der Stadtsenat Steyr beschlossen, einen Architektenwettbewerb bezüglich Verkehrsdrehscheibe Bahnhof - Areal Schiffmeisterhaus auszusprechen. Die Forderung nach einem Architektenwettbewerb kam vom Gestaltungsbeirat der Stadt Steyr mit entsprechender Empfehlung der Ingenieurkammer für Oberösterreich und Salzburg. Laut Amtsbericht vom 21. 5. 1992 wurde vorgeschlagen, eine "perfekte" Wettbewerbsaus-schreibung zu organisieren. Für dieses Vorhaben wurden in der damaligen Sitzung S 60.000 S vorgesehen. Die Leitung wurde dem Architekten Dipl.-Ing. Franz Haas übertragen. Als Zeitpunkt für den Abschluß des Wettbewerbes bzw. Prämierung der eingereichten Arbeiten wurde der Dezember 1992 vorgemerkt.

Mit großer Überraschung mußte ich aus einer am gestrigen Tage erschienenen Tageszeitung erfahren, daß dieser Architektenwettbewerb angeblich an der Honorarfrage scheiterte.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich bin erstaunt, daß hier noch keine Einigung erzielt wurde und ersuche Sie dringend, in dieser Angelegenheit tätig zu werden. Es kann doch nicht sein,

daß eine Honorardiskussion zwischen einem Bauträger und der Architektenkammer auf dem Rücken der Stadt ausgetragen wird.

Außerdem hätte ich es mir gewünscht, daß Verzögerungen in einem so wichtigen verkehrsrelevanten Bereich auch dem Verkehrsreferenten der Stadt Steyr bekanntgegeben werden.

Das Bauprojekt Bahnhofsdrehscheibe stellt lt. Aussage des Verkehrsplaners Dr. Stickler "den wesentlichen Teil" des Verkehrskonzeptes dar.

Ich ersuche Sie, mir mitzuteilen, was Sie in dieser Angelegenheit unternommen haben, um diese Verzögerung hintanzuhalten, und was Sie in Zukunft unternehmen werden, um die Planung dieses Projektes voranzutreiben.

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Zu dieser Anfrage ist grundsätzlich festzustellen, daß Ihre Darstellung, daß der Architektenwettbewerb angeblich an der Honorarfrage scheiterte, unrichtig ist, da die Durchführung dieses Architektenwettbewerbes keinesfalls als gescheitert zu bezeichnen ist, sondern erst kommenden Verhandlungen vorbehalten bleiben wird.

Dies deshalb, da entsprechend diesbezüglicher Vorvereinbarungen die Fa. Suter & Suter, die als Bauträger für das Schiffmeisterareal vorgesehen

ist, nur rund 35 % der gesamten Büroleistung an den Sieger des Architektenwettbewerbes als Planungsauftrag vergeben will und auch der von der Österr. Bundesbahn für den Bau des Parkdeckes beim Bahnhofsareal vorgesehene Zivilingenieur Dipl.-Ing. Spirk (der von der Bundesbahn deswegen für die Planung ausgewählt wurde, weil er bereits über umfangreiche Erfahrungen im Zusammenhang mit zahlreichen bereits stattgefundenen Planungen für die Österr. Bundesbahn verfügt) nur rund 40 - 45 % der Büroleistung an den Sieger des Architektenwettbewerbes zu vergeben gedenkt und die restliche Büroleistung durch die jeweiligen Bauträger selbst erledigt werden soll.

Mit Schreiben vom 23. 7. 1992 teilt jedoch die Ingenieurkammer mit, daß der Preisträger jedenfalls im Mindestausmaß von 75 % der gesamten Büroleistung an der durchzuführenden gesamten Büroleistung beteiligt werden muß.

Trotz mehrmaliger diesbezüglicher Verhandlungsversuche mit Suter & Suter und dem Präsidenten der Ingenieurkammer für Oberösterreich und Salzburg, Herrn Arch. Dipl.-Ing. Schimek, ist über diese strittige Frage bis jetzt keine Einigung zu erzielen gewesen. Ich habe erst vor 14 Tagen mit Suter & Suter selbst das Gespräch aufgenommen und auch Hr. Präsident Schimek zu

einem Gespräch eingeladen, das nächste Woche stattfinden soll. Ich bemühe mich sehr, diese Dinge in Gang zu bringen. Aber wenn es um's Geld geht, dann sind sich die Architekten auch nicht ganz einig und es geht ja bei diesen Planungsaufträgen doch um erhebliche Summen. Es ist nicht ganz einfach, die Herrschaften auf einen Nenner zu bringen. Ich werde mich jedoch sehr bemühen, daß hier ein Fortschritt erzielt werden kann, weil es natürlich richtig ist, daß ein Streit der Architekten für uns keine produktive Angelegenheit ist. Wir brauchen ja Planungen, die dann auch einer Realisierung zugeführt werden können.

Das wäre die Antwort auf Ihre Frage, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister. Ich habe eine weitere Anfrage, und zwar von Hr. GR Fürweger. Er schreibt:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Gemäß § 12 Abs. 2 des Stadtstatutes der Stadt Steyr richte ich folgende schriftliche Anfrage an Sie:

Angesichts des schildbürgerhaften "park-and-ride-Parkplatzes" am Steyrer Bahnhof frage ich Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister:

"Wie weit steht es nun mit dem Projekt "Verkehrsdrehscheibe Bahnhof"."

Ich ersuche Sie, diese Anfrage bei der nächsten GR-Sitzung zu beantworten.

Sehr geehrter Herr GR Fürweger!  
Zur Verkehrsdrehscheibe Bahnhof und zum Architektenwettbewerb für diesen Bereich habe ich schon bei der Beantwortung der von Herrn VbGM. Dr. Leopold Pfeil getätigten Anfrage Stellung bezogen. Zum "park-and-ride-Parkplatz" beim Bahnhof, der in einem Presseartikel von Ihnen auch angesprochen wurde, kann ich Ihnen folgendes mitteilen:

Seit Juni 1991 haben die Österreichischen Bundesbahnen die Bahnverbindungen nach Wien und Linz verbessert und verdichtet. Diese nun stündliche Anbindung an das internat. Bahnnetz war ein Begehren der Stadt Steyr und ein Ausfluß der Initiative "Westbahn für Steyr". Leider hat es die Bundesbahndirektion verabsäumt, die erforderlichen Dauerparkplätze für ein "park-and-ride-System" zeitgerecht zu errichten. Das hängt aber mit diesem Projekt - ursprüngl. ÖBB-Parkeck, nunmehr - Bahnhofsüberbauung sehr eng zusammen. Aus diesem Grund war auch zu befürchten, daß durch nicht vorhandene Parkplätze mit einem zu geringen Aufkommen von Passanten für diese Züge zu rechnen sei und wir haben uns bemüht, als Stadt - obwohl das natürlich nicht unsere Aufgabe ist - Parkflächen in diesem Bereich zu schaffen. Wir haben

seinerzeit, über Bemühen des Koll. Zagler, mit dem Liegenschaftsbesitzer des ehem. Automarktes Aschauer über eine Grundanpachtung verhandelt; es war auch schon fast eine Einigung erzielt. Leider ist es nicht zur Realisierung gekommen. Man hätte dort 66 "park-and-ride-Parkplätze" errichten können. Dies wäre auch für den Stadtteil Ennsdorf eine bes. Entlastung gewesen.

Wir hätten auch schon alle Kosten erhoben gehabt, wie wir eine Oberflächenbefestigung durchführen. Es ist bereits auf der Tagesordnung des StS gestanden und ich mußte es unmittelbar vor dieser Sitzung absetzen, weil dieser Liegenschaftsbesitzer überhöhte Forderungen gestellt hat.

Wir haben weiterverhandelt und ein Angebot gemacht, ein Pachtverhältnis einzugehen mit ortsüblichem Pachtschilling. Auch dies war leider nicht zu realisieren. Daher sind unsere Bemühungen vorerst gescheitert; und richtig ist natürlich, daß ein zentrales Thema unserer Aktivitäten im Verkehrsbereich die Schaffung von Flächen für den ruhenden Verkehr ist. Noch dazu in diesem Bahnhofsbereich, weil ja hier auch diese Affinität mit Schiene, Bus usw. vorhanden ist. Wir haben ja einen Grundsatzbeschluß gefaßt; ich habe mich sehr bemüht, noch mit Bgm. Schwarz gemeinsam, bei Hr. Landeshauptmann vorstellig zu

werden - mehrfach! Wir haben auch beim damaligen Verkehrsminister, Dr. Rudolf Streicher, mehrfach vorgesprochen und verhandelt; auch beim Generaldirektor der Österr. Bundesbahnen und ich darf in Erinnerung rufen, daß der GR als Ausfluß dieser Verhandlungen einen Grundsatzbeschluß gefaßt hat, daß wir 38 Mill. S, die uns für diesen Zweck von der ÖBB zur Verfügung gestellt werden, akzeptieren, weil uns der "Spatz in der Hand" lieber ist, als die "Taube auf dem Dach".

Ich habe jetzt mit Hr. LH-Stv. Grüner vereinbart, daß er uns beim LH Ratzenböck einen Termin einräumt, um dieses Projekt voranzutreiben und eine Landesförderung zu erreichen. Das ist ganz entscheidend, in welcher Höhe das Land mitfördert. Wenn wir diese Förderung haben, wird es am GR liegen, das Projekt tatsächlich in die Tat umzusetzen.

Der Architektenwettbewerb ist ja an und für sich eine vorausseilende Veranstaltung, die in Richtung Realisierung dieses Projektes bereits in Gang gesetzt wurde und die uns, wie gesagt, auch einige Schwierigkeiten bereitet.

Ich hoffe, daß diese Beantwortung für Sie ausreichend ist!

STADTRAT KARL HOLUB TRIFFT  
UM 14.30 UHR EIN.

Im Tagesordnungspunkt 3) gebe ich bekannt, daß Sie die Beschlüsse des StS gemäß § 54 Abs. 3 Stadtstatut zur Kenntnis nehmen. Die Unterlagen liegen der GR-Einladung bei. Damit kommen wir zu Tagesordnungspunkt 4) "VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE" ...

**GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:**

Zur Geschäftsordnung!

Die GAL-Fraktion stellt nach § 8 Abs. 2 StS den Antrag auf Zurückziehung des Antrages Nr. 2) von der Tagesordnung und möchte diesen Punkt erst nach ordnungsgemäßer Ausschreibung wieder auf die Tagesordnung setzen!

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:**

Punkt Nr. 2) - ich sehe, es handelt sich um das Stadtentwicklungskonzept. Sie stellen also den Antrag auf Zurückstellung dieses Tagesordnungspunktes. Ich kann dazu nur sagen, daß der StS hier eine pos. Beschlußfassung vorgenommen hat und daß hier Ihr Antrag dem entgegen steht. Sie können natürlich diesen Antrag stellen und ich habe ihn auch angenommen. Ich empfehle jedoch dem GR, Ihren Antrag zurückzuweisen. Möchte zu diesem Antrag der GAL noch jemand debattieren? Nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag der GAL-Fraktion ist, den möchte ich bitten, ein Zeichen mit der

Hand zu geben. 9 Pro-Stimmen (7 FP, 2 GAL). Wer ist dagegen? 21 stimmen dagegen (13 SP, 7 VP, 1 FP). Danke sehr. Das ist die Mehrheit; der Antrag ist daher abgelehnt.

Wir kommen nunmehr doch zu Tagesordnungspunkt Nr. 4) "VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE" und ich gebe dazu den Vorsitz an Koll. Vbgm. Sablik ab.

**VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:**

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seinen Vortrag.

**BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR! In Tagesordnungspunkt 1) liegt uns der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in bezug auf die Stadt Steyr vor. Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen ist er umgehend den zuständigen Gremien zuzuleiten - das ist hier unser Prüfungsausschuß. Dies ist auch geschehen. Dann ist dieser Bericht im GR zur Kenntnis zu bringen und darüber eine Debatte abzuführen.

Der vorliegende Bericht beschäftigt sich mit dem Zeitraum 1985 bis 1989 mit besonderer Berücksichtigung, aber auch mit Vorgängen, die durchaus als zeitgenössisch zu betrachten sind. Er kritisiert Manches und spricht vor allen Dingen Empfehlungen aus. Unre-

gelmäßigkeiten - im bösen Sinn dieses Wortes - kann ich aus diesem Bericht nicht herauslesen. Er ist - eine österreichische Spezialität - zunächst einmal in den Medien erschienen, bevor ihn der Bürgermeister in Händen gehabt hat. Aber das hat ja auch einen Vorteil, weil dadurch die Diskussion entschärft wird. Im wesentlichen spricht dieser Bericht eine ganze Reihe von Empfehlungen aus, auf die mittlerweile und schon während des Überprüfungszeitraumes durch die Verantwortlichen der Stadt reagiert wurde. Eine ganze Reihe von angesprochenen Punkten sind bereits verändert worden, andere in Arbeit. So z. B. die Frage StEK - heute auf unserer Tagesordnung. Der Fr. Kollegin Scheucher geht es zu schnell, aber so ist das Leben; der RH urgiert, wir beschließen und es ist trotzdem zu schnell oder nicht richtig - so wird es immer sein!

Die Frage "MITTELFRISTIGE FINANZ- UND INVESTITIONSPLANUNG" ist ein anspruchsvolles Projekt, das in Arbeit ist und auch schon mit den Fraktionen besprochen wurde. Die Überlegungen der versch. Fraktionen wurden aufgenommen und sollen in dieses mittelfristige Finanz- und Investitionsplanungs-Konzept einfließen. Es soll dem GR in nächster Zeit zugeleitet werden.

Kritiken wurden z. B. darüber geäußert, daß sich die Grundreserven der Stadt in den vergangenen Jahren stark reduziert haben. In diesem Punkt sind also hier massive Grundankäufe, die uns finanziell natürlich schon sehr belastet haben und noch belasten, getätigt worden. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß durch den Ankauf der Reparatur-Gründe neben den Knogler-Gründen wieder weitere 32.000 m<sup>2</sup> in das Vermögen der Stadt einfließen und wir ungefähr bei Grundreserven sind, wie zu einem Zeitpunkt am Beginn der 80er Jahre. Es ist auch so, daß wir uns weiterhin bemühen, die an sich schon begonnenen Grundverhandlungen mit der Steyr-Daimler-Puch AG, betreffs des Ankaufes der Reithoffer-Gründe, fortzusetzen, aber die Preisvorstellungen sind erheblich und es gibt noch differente Auffassungen. Feststeht aber, daß dieses Grundstück in Zentrumsnähe eine ausgezeichnete Wohnlage ist, daß in Verbindung mit dem Grundstück, das sich dann auch noch für eine neue Verwendung ergeben wird, - wenn der Schrottplatz geräumt ist, was wir mit Nachdruck betreiben - eigentlich ein neues Stadtviertel entstehen kann und daß es ein Brocken ist, der zu groß ist für die Stadt alleine. Ich habe ja die Wohnbauträger schon eingeladen, die in Steyr tätig sind, um an der Errichtung eines

solchen Stadtviertels mitzuwirken und um ihre Finanz- und Planungskapazitäten in diese Richtung zu sammeln. Es wird ein Projekt sein, das ca. im Jahre 2000 "auf die Schiene zu bringen" sein wird. Dies war jetzt nur ein kleiner Ausflug, der sich in Zusammenhang mit der Betrachtung der Empfehlungen des Rechnungshofes ergibt.

Es wurde kritisiert, daß unsere Förderungsrichtlinien nicht ausreichend seien und wir haben auch diese Empfehlung aufgenommen, sodaß es sehr intensive Verhandlungen mit den Fraktionen gegeben hat. Alles dauert seine Zeit, aber Sie können ja der heutigen Tagesordnung entnehmen, daß sie heute beschlossen werden sollen. Ich möchte feststellen, daß die Auffassungen der Fraktionen hier in dieses Förderungs-instrumentarium sozusagen eingebaut und eingearbeitet wurden. Ein großer Raum wurde in diesem RH-Bericht dem Altersheim vorbehalten, was ja auch in der Presse kritisiert, zum Teil besprochen wurde. Der Empfehlung, eine Bestandaufnahme des Bauzustandes zu machen, bin ich vor einiger Zeit schon insofern nachgekommen, als ich unsere Liegenschaftsverwaltung beauftragt habe, hier eine Auflistung herzustellen. Das ist geschehen und sie hat zu meiner Überraschung ergeben, daß es ein höherer Betrag ist, der zu

investieren sein wird, als sogar unser StR Holub am Beginn seiner Tätigkeit in diesem neuen Referat erwartet hat. Wir haben uns auch bemüht, hier diese Kosten zu ermitteln und sind dabei, einen Plan aufzustellen, in welchem Zeitraum diese gewaltigen Investitionen getätigt werden können.

Meine Damen und Herren, ich könnte natürlich zu jedem Punkt einen Kommentar abgeben, aber ich möchte den Debattenrednern nicht vorgreifen und meine daher, sehr geehrter Herr Vorsitzender, da dieser Bericht auch dem GR vorliegt, daß nun in die Debatte eingestiegen werden sollte.

1) Präs-785/90

Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in bezug auf die Stadt Steyr; Vorlage gemäß Art. 127 a Abs. 5 B-VG 1929 i.d.g.F. in Verbindung mit § 18 Abs. 7 Rechnungshofgesetz 1948 i.d.g.F.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes über die Überprüfung der Gebarung der Stadt Steyr unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1985 bis 1989 sowie die Äußerung der Stadt, die Gegenäußerung des Rechnungshofes und das Prüfungsergebnis werden zur Kenntnis genommen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke für den Vortrag. Zu Wort hat sich Hr. GR Gollatsch gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT RICHARD GOL-LATSCH:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren des GR! Es geht mir primär am Beginn der Debatte nicht um den RH-Bericht, sondern um die Verbreitung dieses Berichtes bzw. die Information über diesen Bericht. Am 22. 10. konnte ich aus dienstlichen Gründen - ich war die ganze Woche auf einem Seminar - an der Sitzung des Prüfungsausschusses mit Tagesordnung "Rechnungshof- und Gebarungsprüfung 1985 - 1989" nicht teilnehmen. Ich habe jedoch den mir übergebenen RH-Bericht gewissenhaft studiert und es ist mir auch nicht verborgen geblieben, daß ganz oben etwas sehr Interessantes steht: VERTRAULICH! Umso größer war am 22. 10. um 6.45 Uhr meine Überraschung, als ich in den öö. Regionalnachrichten wörtliche Zitate aus diesem RH-Bericht hörte.

Vielleicht habe ich - beruflich bedingt - andere Ansichten über vertraulichen Schriftverkehr. Ich habe mir, bevor ich hergefahren bin, aus dem Brockhaus herausgeschrieben, was vertraulich ist. Erstens steht dort: freundschaftlich (intim) - das kann es wohl bei uns nicht sein, glaube ich.

Gelächter

GEMEINDERAT RICHARD GOL-LATSCH:

Zweitens steht: unter dem Siegel der Verschwiegenheit; diskret. Was heißt verschwiegen? Das steht auch wieder im Brockhaus, um das zu definieren: 1. zuverlässig, geheimhaltend; 2. still und verborgen.

Es geht offensichtlich hier die Vertraulichkeit deshalb verloren, weil der Begriff des Vertraulichen viel zu oft strapaziert wird. Wenn Sie heute in die Unterlagen hineinsehen, stellen Sie fest, daß jeder Bericht vertraulich ist. Ich weiß hier nicht um die Sinnhaftigkeit dieses Vertraulichkeits-Bemerkens. Daher darf ich vorschlagen, daß die Verantwortlichen, die solche Berichte herausgeben, sie entweder sofort an alle verteilen (an die Medien; an alle, die es angeht und nicht angeht) oder dieses "Vertraulich" wirklich so sparsam einsetzen, daß eben die Vertraulichkeit wieder hergestellt werden kann. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Als nächster hat sich Herr GR Spöck zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Ganz kurz auch ein paar Worte zum Inhalt des Prüfungsberichtes seitens unserer Fraktion. Die Gebarungsprüfung des Rechnungshofes hat - wie wir bereits von meinen beiden Vorrednern gehört haben - den Zeitraum 1985 bis 1989 betroffen und wurde vergangenen Jahres durchgeführt.

Dieser RH-Bericht hat zum großen Teil auch Ergebnisse gebracht, die wir von der ÖVP-GR-Fraktion schon in der Vergangenheit gefordert haben bzw. worauf wir hingewiesen haben. Wenn ich nur als Beispiel die auch bereits angesprochene Wirtschaftsförderung erwähnen darf. Der RH hat in meinen Augen die derzeitige Wirtschaftsförderung, wie sie bis heute war, zurecht kritisiert - durch Fehlen von Grundlagenarbeiten, durch längerfristige, übergreifende Konzepte, die fehlen, durch geeignete Förderungsrichtlinien ebenso durch einen hohen Anteil indirekter Förderung; die Durchschaubarkeit ist ebenso wie die Abwicklung der Förderungsfälle vom RH zurecht kritisiert worden! Zurecht kritisiert wurde natürlich auch die Kleingewerbeförderung mit den obligaten 10.000 Schilling, ohne Rücksicht auf die Höhe der Investitionen bei den einzelnen Unternehmen.

Wir werden ja heute hier im GR - das ist als sehr positiv zu

bemerken nach den langen Verhandlungen, auf die der Herr Bürgermeister hingewiesen hat - Abhilfe schaffen mit neuen Förderungsrichtlinien, die insbesondere auch den Kleingewerbebetrieben unter die Arme greifen mit den 25.000 Schilling, bzw. sind die Kleingewerbebetriebe - soweit ich die Förderungsrichtlinien kenne - auch nicht ausgenommen von der Zinsförderung.

Im Bereich Sport- und Kultursubventionen bemängelte der RH - in meinen Augen auch zurecht - die Durchschaubarkeit und Dokumentation sowie auch die teilweise Abwicklung von Förderungsfällen. Er führt ein praktisches Beispiel an - und zwar die Bauarbeiten des Städt. Wi-Hofes beim magistrats-eigenen Sportverein. Die laut Abrechnung hierfür entstandenen Kosten in Höhe von S 111.500 waren nicht auf den Verein weitergerechnet worden bzw. als Subvention ausgewiesen, sondern auf dem Konto "Instandsetzung von Gemeindestraßen" angelastet. Sicherlich nicht der richtige Weg!

Auch wäre es, wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR, nach Ansicht des RH zweckmäßig gewesen, vor Neuanschaffungen bzw. Ersatzinvestitionen in der Hausdruckerei eine Wirtschaftlichkeitsberechnung anzustellen, inwieweit eine Vergabe der Druckaufträge an Private eine

wirtschaftliche Lösung dargestellt hätte. Ich darf hier an dieser Stelle insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratischen - damals Sozialistischen - Fraktion an die GR-Sitzung vom 17. Mai 1990 erinnern, wo ich beim Kauf der über 770.000 Schilling teuren Offset-Druckmaschine eindringlichst darauf aufmerksam gemacht habe, ob eine derartige Großinvestition überhaupt gerechtfertigt ist. Noch dazu habe ich damals gesagt und darauf hingewiesen, daß man gerade in der Privatwirtschaft immer mehr dazu übergeht, Drucksorten, auch für den eigenen Bedarf, aus Kostengründen außer Haus herstellen zu lassen. Ich habe damals auch auf die u. U. fragliche Auslastung in der Hausdruckerei hingewiesen - genützt hat es leider nichts!

Zentralaltersheim Steyr - auch schon von Hr. Bürgermeister angesprochen. Vom RH ganz richtig gefordert und - wie wir von Hr. Bgm. Leithenmayr gehört haben - auch schon teilweise erfüllt die Bestandsaufnahme des Bauzustandes des ZAH und die Erstellung eines nach Dringlichkeit abgestuften Investitions- und Finanzplanes für die Sanierungsmaßnahmen. Sanieren ist genug - das wissen wir alle. Wenn ich nur erinnern darf an die letzte GR-Sitzung, wo wir für Bad- und WC-Sanierungen, für teilw. Sanierungen 6,8 bzw. 1,5 Mill. S bereitgestellt haben. Das

Investitionserfordernis wird aber für die notwendigsten Maßnahmen in den nächsten Jahren ebenso -zig Millionen Schilling betragen. Wenn ich vom 3jährigen Investitionsplan ausgehe, würden es immerhin rd. 64 Mill. S sein.

Aber auch die Festsetzung kostendeckender Heimbeiträge wird uns leider hier im Hause wieder beschäftigen müssen. Es werden wahrscheinlich dadurch immer mehr Bewohner unter die 20%-Regelung mit dem Urlaubs- und Weihnachtsgeld fallen.

Die Schaffung ausreichender Liegenschaftsreserven ist ebenso von Hr. Bgm. angesprochen worden - wurde auch von seiten des RH kritisiert. Wir haben teilw. schon Abhilfe geschaffen, wie auch richtig erwähnt wurde, mit dem Kauf der Knogler-Gründe. Ich möchte auch auf die Möglichkeit der Reithoffer-Gründe hinweisen; das wäre in meinen Augen auch sicherlich der richtige Weg über die Wohnbaugesellschaften.

Bei der GWG angelangt, bemängelte der RH durch das Fehlen von Kostenaufzeichnungen die Unvollständigkeit der Weiterleitungen der Personal- und Raumkosten. An Verwaltungskosten wurde aber - wie wir in der Prüfungsausschuß-Sitzung von Hr. Magistratsdirektor erfahren haben - 7,5 bzw. 7,8 Mill. S an die GWG jährl. weitergeleitet. Diese Beanstandung, wertes Präsidium,

werte Kolleginnen und Kollegen des GR, erfolgte auch seit Jahren durch den Revisionsverband, aber es sei auch bei dieser Stelle hier im GR-Plenum gesagt, die GWG ist bei diesen Revisionsprüfungen gerade auch unter der Geschäftsführung des Hr. Dr. Wabitsch, OSR in Ruhe, als österreichweit anerkannten Fachmann, und Hofrat Dr. Knapp immer mit größtem Lob in der Vergangenheit ausgestiegen.

Bei der Festsetzung der Kanalbenützungsgebühren - die letzte Erhöhung bzw. Novellierung der Kanalanschlußgebührenordnung wurde ja im GR am 13. 12. 1990 beschlossen - hat die Mehrheit im GR (damals die Sozialisten und die ÖVP, gegen die Stimmen der FPÖ, GAL und KPÖ) dieser Erhöhung, gerade aus Gründen des Umweltschutzes, zugestimmt. Aber auch unter dem Hinweis auf das Korsett des Landes, das uns in Form von Richtlinien gegeben ist. Es wäre damals sicherlich populärer gewesen, gegen diese Erhöhung zu sein, aber wir haben aus diesen beiden Gründen zugestimmt. Insbesondere, wenn ich auch an die Millionen Schilling denke, die von der Stadt und vom RHV in den letzten Jahren alleine in den Bauabschnitt 1 - 6 verbaut worden sind.

Die vom RH bemängelte Gebührenermittlung, bei der weder sämtl. für Abwasserbeseitigung anfallenden Einnahmen und Ausgaben be-

rücksichtigt sind, wird sicherlich bei Neufestsetzungen eine Berücksichtigung finden. Und ebenso die indirekte Wirtschaftsförderung bei der Berechnung der Kanalanschlußgebühren.

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR, in diesem Sinne werden wir von der ÖVP-Fraktion den vorliegenden Tätigkeitsbericht zur Kenntnis nehmen, aber auch mit der Forderung, daß den Empfehlungen des RH - wenn nicht schon - doch in Zukunft für die anderen Fälle Folge geleistet wird.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke; als nächster hat sich Hr. Dr. Schwager zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren. Freund Gollatsch hat ein Thema angesprochen, das mich als Häuptling des Prüfungsausschusses seit Beginn meiner Tätigkeit stört. Das war, zum konkreten Fall vorgetragen, so, daß mich Hr. MD Dr. Schmidl fernmündlich in Kenntnis setzte, daß jetzt der RH-Bericht in seiner Endredaktion vorliege; daß wir einen Termin für eine nötige Prüfungsausschuß-Sitzung vereinbart haben, daß keiner von uns das Elaborat des RH noch in Händen hatte, als mich der Hr.

Magistratsdirektor bereits wiederum fernmündlich verständigte, daß er von einem best. Redakteur informiert wurde, daß er den Bericht ohnehin schon habe.

Wir sind bemüht gewesen und werden es auch weiterhin sein - es ist nicht so, daß wir deswegen jetzt alle Möglichkeiten ausschließen. Aber nach unserem heutigen Wissensstand müssen wir sagen, wenn hier etwas hinausgegangen ist, dann sicher nicht aus erster Hand von hier aus. Das möchte ich unbedingt zum Schutz meiner - ich darf sagen - Mitarbeiter im Prüfungsausschuß feststellen, denn die Arbeit dort ist bislang eigentlich immer sehr sachbezogen und sehr korrekt erfolgt. Es würde mich stören, wenn wir uns jetzt untereinander von außen ein Mißtrauen hereintragen ließen, daß vielleicht irgendwo eine undichte Stelle ist. Man soll zwar so etwas nie ausschließen - Kontrolle ist besser, das wissen wir. Aber in diesem Fall ist jeder Verdacht zurückzuweisen.

Soweit zur Wortmeldung von Freund Gollatsch, der hier eben die Frage der Vertraulichkeit wieder einmal angeschnitten hat. Ein Thema, das wir sicherlich nicht vergessen!

Zum Bericht selbst. Wir haben - wie bereits aus meinen bisherigen Ausführungen hervorgekommen ist - im Prüfungsausschuß eine Extra-

Sitzung hierfür abgehalten. Es betrifft einen Zeitraum, der weit vor meiner Tätigkeit in diesem Ausschuß gelegen ist; insbes. eben aus der Zeit meines Vorgängers, Hr. GR Spöck. Wir haben aus diesem Prüfungsergebnis die Zusammenfassung im Schlußwort (S. 42 ff) nachgelesen. Natürlich haben wir uns hieraus einzelne Kapitel herausgenommen und vielleicht erwähnenswert gefunden. Eines kann ich aber zusammenfassend sagen - auch wir werden dem Antrag, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen, ebenso wie auch die Stellungnahme der Stadtgemeinde hiezu zur Kenntnis zu nehmen, beitreten. Es gibt keinen Anlaß, dem entgegen zu treten.

Der RH hat darauf verzichtet, auf die Stellungnahme der Stadtgemeinde eine weitere Gegenäußerung zu erstatten. Was ihm andererseits ohne weiteres zugestanden wäre! Es gibt natürlich Kritikpunkte des RH, die in das pol. Programm, auch unserer Fraktion, hineingreifen und die eben auch schon, als diese Fraktion noch etwas kleiner bestückt war, aber nicht minder wortmächtig war, vorgetragen wurden. Es geht uns hier darum, daß der RH z. B. und vorwiegend sagt, es fehlt bei der Stadt an Grundlagenarbeiten; an längerfristigen, übergreifenden Konzepten - wie es hier so schön heißt. Und damit aber auch dann in weiterer Folge z. B. an einem -

was wir heute noch zum Verhandlungsgegenstand haben werden - umfassenden Stadtentwicklungskonzept, an einer umfassenden Stadtentwicklungsplanung.

Es werden versch. Detailmängel im Bereich der Verrechnung der Kanalanschlußgebühr vorgebracht - ich möchte jedoch jetzt nicht das wiederholen, was meine Herren Vorredner bereits erwähnt haben. Es werden die bekannten und oft schon besprochenen Bemängelungen im Bereiche des ZAH vorgetragen. Diese sind in dem hiefür zuständigen Ausschuß in Arbeit und sie sind auch in der Beamtenschaft in Arbeit. Dieser Ball - wenn ich so sagen darf -, den hier der RH zugespielt hat, war ja einer, der dem RH auch von innen sozusagen bekanntgegeben und dann in weiterer Form aufgegriffen wurde. Der Ausschuß für die Angelegenheiten des ZAH kämpft sich durch die Materie schlecht und recht durch - wenn ich so sagen darf; nicht von der Führung her schlecht, sondern weil die Materie nicht gerade einfach ist - und man ist eben auch von dieser Seite bemüht, das Bestmögliche zu schaffen. Ich bin überzeugt, daß über kurz oder lang auch hier irgendein Konsens zwischen Ausschuß einerseits und Beamtenschaft andererseits hergestellt werden kann. Ich glaube daher, daß ein Verweis

auf die Tätigkeiten und Ausschüsse hier genügt!

Eine Empfehlung fällt auf. Das ist die hinsichtlich der künftigen Budgetierung. Wir haben hier in diesem RH-Bericht bereits die Empfehlung des RH, alle Ausgabenansätze nach dem Grundsatz einer Nullbasis-Budgetierung zu veranschlagen. Ich habe dieses Wort schon von Hr. Vbgm. Pfeil anläßlich unserer Budget-Debatte hier in diesem Rahmen das erste Mal gehört und nehme zur Kenntnis, daß der RH hier eben auch eine Auffassung vertritt, die der unserer Fraktion konform ist. Daß nämlich alle Budget-Ansatzpunkte durchforstet werden müssen und daß man sich nicht damit begnügen kann, praktisch das alte Budget herzunehmen, um die alten Ansatzpunkte vielleicht einfach numerisch zu überprüfen, sondern daß man die einzelnen Budget-Posten als solche einer best. Prüfung unterziehen muß.

Soweit, glaube ich, ist von uns aus das Wesentliche gesagt. Auf die Frage der Förderungen, daß diese teilweise in sehr undurchsichtiger Form erfolgen und daß hier eine bessere Transparenz kommen soll, kann ich nur sagen, daß dies wieder eine Forderung ist, die ich hier schon selbst vorgetragen habe und die ich aus der Fraktion schon sehr lange kenne; die jedoch auch vom Präsidium und von der Beamtenschaft aus schon aufgegriffen wurde. Ich glaube,

daß wir daher nicht nur - dies darf ich hiermit wiederholen - den RH-Bericht als solchen zur Kenntnis nehmen können, sondern auch die Stellungnahme der Stadtgemeinde hiezu.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Frau GR Scheucher bitte.

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des GR, man muß nur lange genug mit der Wortmeldung warten, dann kann man ungefähr die Hälfte streichen. Es ist schon sehr viel von meinen Vorrednern gesagt worden, was ich mir auch bei der Durchsicht des RH-Berichtes vermerkt habe, was mir also aufgefallen ist. Es sind auch sehr viele Punkte in dieser RH-Kritik enthalten gewesen, die die GAL-Fraktion schon sehr lange kritisiert hat. Ich denke an die Subventionen; diese indirekte Vermischung. Ich denke an die Subventions-Ansätze, die in vorausgehendem Gehorsam schon einmal bereitgestellt worden sind, auch wenn sie dann gar nicht beansprucht wurden. Aber man hat sie eben einmal den Vereinen beinahe aufgedrängt. Ich denke auch an mangelnde Konzepte - ob das jetzt das Stadtentwicklungskonzept o. ä. ist; an fehlende Kosten-Nutzen-Rechnungen.

Ich möchte hier wirklich nicht mehr alles wiederholen, was bereits gesagt wurde. Für eine

Grüne Fraktion war es natürlich klar, daß wir uns bes. intensiv diesen Abschnitt C - Bereich Umweltschutz - des RH-Berichtes angeschaut haben. Hier geht der RH-Bericht auf eine Grundsatzklärung des GR ein, die im Juni 1989, glaube ich, in diesem Raum gefaßt worden ist. Es wird vor allem das Prinzip der kontinuierlichen Überwachung der Umwelt und der Vorbeugung und Vorsorge vor umweltschädigenden Einflüssen ausgesprochen. Hier sind vor allem Messungen angesagt.

Es ist hier ein Mangel vom RH kritisiert worden, den wir auch immer wieder kritisiert haben; nämlich der fehlende Schadstoff-Kataster. Es genügt nicht, wenn bei Gewerbeverhandlungen dem einzelnen Betrieb Umweltauflagen erteilt werden, wenn der einzelne Betrieb auch kontrolliert wird und wenn er durchaus auch sehr weit unter der schädigenden Emissionsgrenze bleibt. Wenn in einem Umkreis von wenigen 100 m eben nicht nur der eine Betrieb steht, sondern wenn mehrere Betriebe emittieren, dann kann es durchaus zu einer Überschreitung kommen in Summe. Deshalb diese Forderung, die auch der RH hier vertritt, nach einem Kataster. Alle Stoffe, die umweltrelevant sind - und zwar nicht nur für die Luft, sondern auch für Boden und Wasser - sollen in einem solchen Umweltkataster aufgenommen werden. Also eine Art

Schadstoff-Plan für Steyr. Hier sind nicht nur Luftmessungen drinnen, sondern auch für Boden und Gewässer relevante Schadstoffe vorgesehen. Ich weiß aus dem letzten Umwelt-Ausschuß, daß - ich hoffe, es wird etwas daraus - so ein Schadstoff-Kataster erstellt werden soll. Ich hoffe sehr stark, daß dies wirklich passiert.

Das zweite sind die Hauptbelastungen, die in Steyr umweltmäßig vorhanden sind. Hier geht der RH bes. auf diese beiden Ziegelei-Betriebe ein; und auf holzverarbeitende Betriebe! Hier hat die Stadt Steyr erklärt, daß die Belastungen durch diese Betriebe bereits abgestellt wurden. Es bleiben also die beiden Ziegelei-Betriebe übrig. Hier fordern nicht nur wir von der GAL-Fraktion, sondern auch Anrainer am Dachsberg z. B., schon seit langer Zeit massiv Fluormessungen. Es ist uns - das ist ein Kritikpunkt, den ich wiederholen muß - im Sommer versprochen worden, daß solche Fluormessungen vorgenommen werden. Wer weiß, wie das gemacht wird - nämlich an grünen Blättern, am Laub -, der weiß auch, daß wir wieder ein Jahr verspielt haben mit diesen Messungen. Im Winter geht da nämlich nichts! Das ist nicht in der Luft konzentriert, sondern vor allen Dingen im Laub. Wir müssen also wieder bis zum Spätfrühling bzw. Sommer nächsten Jahres warten, bis man

solche Fluormessungen vornehmen kann. In der Zwischenzeit atmen die Leute und die Kinder möglicherweise gefährliche Konzentrationen von Fluor ein. Ich weiß es nicht, aber es könnte sein!

Wenn ich heute in der Steyrer Zeitung gelesen habe, daß die Steyrer Luft sehr stark belastet ist und sehr krank macht, dann glaube ich, daß solche Dinge wirklich ernst genommen werden müßten und vorangetrieben werden sollen.

Ein nächster Punkt ist die Problematik, die allg. belastend ist, was der RH in seinem Bericht noch gar nicht so sehr aufnehmen hat können. Sie werden das alle verfolgt haben - einer der größten Schadstofflieferanten (nicht nur in Steyr, aber auch in Steyr) ist sicher die Zunahme des Verkehrs. Gerade in den letzten 2 - 3 Jahren hat diese Zunahme einen gewaltigen Sprung gemacht. Wenn mir beispielsweise der zuständige Beamte sagt, "Fr. Scheucher, ich kann Ihnen schon am Blümelhuberberg eine Stickoxyd- und CO<sub>2</sub>-Meßstelle hinstellen, und ich weiß ganz genau, daß wir ständig die Grenzwerte überschreiten werden, aber was soll ich denn dann tun", dann müßten wir auch von pol. Seite vielleicht einmal den Mut haben, unangenehme Konsequenzen daraus zu ziehen. Wenn die Grenzwerte überschritten werden, dann muß ich eben den Emittenten einmal

stilllegen. Zumindestens bis die Grenzwerte wieder in Ordnung sind. Ansonsten brauche ich keine Grenzwerte mehr! Ich glaube, hier müßten wir schon noch sehr viel Arbeit leisten.

Auf eines will ich jedoch nicht vergessen. Ich möchte das Umweltamt sehr positiv erwähnen. Und zwar in einem Punkt, denn es funktioniert sehr gut, wenn Kritik aus der Bevölkerung an den zuständigen Beamten herangetragen wird. Innerhalb kürzester Zeit wird vom Amt dieser Kritik nachgegangen, es wird untersucht und wenn es möglich ist, wird dieser kritisierte Zustand abgestellt. Ich glaube, man soll nicht immer nur das Negative erwähnen, sondern man muß auch einmal das Positive sagen. Ich mache das auch sehr gerne. Also die Zusammenarbeit funktioniert wirklich sehr gut. Durch die Ausgliederung der MA XII aus diesem vom RH kritisierten "Verwaltungs-Mischmasch", glaube ich, ist die Effizienz auch wesentlich besser geworden.

Positiv hervor hebt der RH-Bericht auch die Ergebnisse im Bereich der Abfallwirtschaft; bei den Sammelergebnissen, wo Steyr ja führend ist. Es freut mich auch, daß wir so gute Sammelergebnisse haben, aber ich möchte trotzdem wieder einmal unsere Position klar machen. Sammeln und Recycling sind nur die zweitbeste Lösung. Vermeidung wäre besser und in

diesem Sinn möchte ich auch an die Stadt appellieren, Betriebe, die Ideen haben zur konkreten Vermeidung von Müll, extra zu fördern! Das hat auch der RH angeregt und ich glaube, daß dies wirklich eine gute Idee war. Wie auch immer - ob durch Maßnahmen für konkrete Müllvermeidungsprojekte, ob ein großes Kaufhaus sagt, wir verzichten auf gew. Produkte (seien es Getränkedosen etc.). Ich glaube, daß einfach alle diese Ideen irgendwie gefördert werden müßten.

Wir sehen das Bemühen der Stadt Steyr, dem RH-Bericht Folge zu leisten. Wir hoffen, daß auch die noch kritisierten Punkte in Zukunft beachtet werden und wir werden dieser Präsentation des Berichtes positiv gegenüber stehen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Bitte, Herr Dipl.-Ing. Mundorff.

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Hr. Bürgermeister, meine Damen und Herren! Zuerst möchte ich einmal kurz auf die Wortmeldung meiner Vorrednerin eingehen. Meines Wissens habe ich nämlich im RH-Bericht nichts gefunden darüber, daß die Wirtschaft oder die Industrie zusperren soll. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß dies eine vernünftige Anregung ist. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß gerade

best. Betriebe recht gewaltige Summen gegen die Umweltschädlichkeit investieren, die bis dahin führen können, wenn das so weitergeht, daß sie wirklich zusperren müssen, weil sie nicht mehr konkurrenzfähig sind an unserem Standort. Ich glaube, das wollen wir nicht!

Nur noch ganz kurz zum RH-Bericht - auch mir geht es wie Ihnen, vieles ist vorweggenommen. Deswegen nur ein paar kurze Worte. Auf den ersten Blick wirken natürlich die fehlenden Richtlinien, Planungs- und Kontrollinstrumente sehr angenehm für die Leute, die an der Macht sind, weil sie damit irgendwelche notwendigen oder zwangsläufigen Rechtfertigungen vermeiden können, ihr "Süppchen" kochen können und der "Freunderlwirtschaft" u. U. das Tor geöffnet ist. Man sieht das ja bei gew. Verklausulierungen im Bereich der Förderungen und Subventionsvergaben.

Die indirekten Förderungen in Form von Leistungen der städt. Einrichtungen möchte ich auch kritisieren, da sie die tatsächliche Höhe der Subventionen verschleiern und diese Einrichtungen unnötig aufgebläht werden. Zumal sie auch unter einem gew. Effizienzangel leiden, wenn man davon ausgeht, daß im ZAH die Küche 70 statt 40 Portionen/Person erbringen sollte - vielleicht hat sich das inzwischen geändert!

Beim Wirtschaftsprogramm wird bemängelt, daß eine gew. Konzeptlosigkeit vorhanden war, daß also dadurch überraschtes Reagieren statt Agieren immer wieder an der Zeit war. Das "Gießkannenprinzip" ist eben in so einem Fall nicht geeignet. Man muß Schwerpunkte setzen, wenn beschränkte Mittel da sind und vor allem ganz streng die Kosten-Nutzen-Aspekte beachten; auch wenn es manchen in diesem Zusammenhang wehtut!

Auf den zweiten Blick ist es vielleicht klar, daß die bequeme Ausgabenorientierung einer Einnahmenorientierung weichen muß - man kann eben nur das ausgeben, was man einnimmt! In diesem Sinne hoffe ich, daß vor allem das Budget '93 von dem aus 1992 (das erste, das ich miterlebt habe) abweichen wird, daß eine mittelfristige Finanzplanung erstellt wird, daß das Budget auf die Leistungskraft der Stadt auch tatsächlich abgestimmt ist und - wie von Dr. Schwager gefordert, bzw. von Hr. Pfeil schon früher - die Null-Basis-Budgetierung als Basis von dem Ganzen genommen wird.

Die Stadt braucht nämlich in der finanziellen Situation, in der sie sich befindet, sicherlich ein sehr sparsames Budget mit drastischen Reduktionen bei den Förderungen und vor allem Kostenwahrheit in allen Bereichen und keine Verschleierungspolitik! Was korrekt

ist, meine Damen und Herren, kann man auch herzeigen und muß man nicht verschleiern!

Ein politisches Miteinander, wie es öfters in diesem Raum gefordert wurde, setzt voraus: Offenheit und Ehrlichkeit, Einsicht und tatkräftige Mitarbeit der Verursacher bei der Beseitigung von Altlasten. Dafür ist es nie zu spät!

Nehmen wir einmal als Bsp. die Neuorganisation des FAZAT, die als Idee sehr pos. im RH-Bericht erwähnt wurde. Dieses FAZAT in seiner urspr. Form wies meines Erachtens genau dieselben Mängel aus. Ich selbst bin sicherlich nicht unwesentlich daran beteiligt, daß es nun eine andere Entwicklung genommen hat und sehe mit Genugtuung eine gew. Bestätigung bei der globalen Betrachtung der Forderungen des RH-Berichtes, daß wir auf dem richtigen Weg sind!

Die strategische Wirksamkeit ist also kurzfristig den Erfolgen vorzuziehen, daher sollten Forderungen der strategischen Planung und Konzepte künftig nicht mehr als Verhinderungspolitik abgetan werden, sondern absolute Priorität vor "Husch-Pfusch-Lösungen" haben. Auf diesen Punkt werden wir vielleicht auch noch einmal - im Zusammenhang mit dem StEK - eingehen können. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK.

Danke. Möchte sich noch jemand zu Wort melden? Wenn nicht, ersuche ich Hr. Vbgm. Dr. Pfeil um Übernahme des Vorsitzes, damit ich auch zu Wort komme.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke; ich übernehme den Vorsitz und übergebe Hr. Vbgm. Sablik das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Meine Damen und Herren des GR! Natürlich - wie Hr. Dr. Schwager gesagt hat - könnte man darüber tagelang reden. Aber ein paar Punkte drängen sich natürlich auf und ich bin hier keineswegs der Verteidiger dieser summarischen Fehleraufzählung, die im RH-Bericht grundlegend an uns gelangt ist. Einige Punkte müssen wir jedoch geraderücken.

Weil ich damals der Referent für den städt. Wi-Hof war, fühle ich mich natürlich veranlaßt, dazu Stellung zu nehmen, wenn gesagt wird, daß auf Kosten der Straßenerhaltung für den Magistratssportverein/Tennis ein Platz gebaut wurde, daß dies 110.000 S kostet und daß es die größte "Sauerei" wäre, die es überhaupt gibt!

So ist dem nicht, sondern man muß dies aus der Warte von damals betrachten. Nicht, daß es eine "Freunderlwirtschaft" war - wie Hr. DI Mundorff mutmaßt -, sondern, weil es zu dieser Zeit ganz normal war, daß der städt.

Wi-Hof für gew. Gruppen von Bürgern Dienste geleistet hat, die aufgrund der kameralistischen Buchhaltung ganz einfach nicht weiter verrechnet wurden, weil es der Verwaltungsübung zu dieser Zeit entsprochen hat. Da gibt es keine Hinterziehungen und da gibt es auch keine Ausflüchte dafür!

Wenn ich Ihnen sage, daß wir für eine ganze Reihe von Projekten von seiten des städt. Wi-Hofes hier Leistungen erbracht haben, die aber der RH eben nicht gesehen hat, weil sie vielleicht nicht so hoch waren oder weil es vielleicht nicht so interessant war, wie auf den Magistrats-sportverein loszugehen.

**GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:**

Das wurde nur als Beispiel angeführt!

**VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:**

Ich rede ebenfalls von Beispielen - laßt mir doch auch eine kleine Freude!

Diese Beispiele sagen, daß gerade beim MSV, wo immerhin mehr als 1.000 Personen bei der Stadt Steyr beschäftigt sind und hier eine Größe darstellen, die mit einem mittleren Betrieb dieser Größenordnung durchaus vergleichbar sind, daß diese natürlich auch in ihrer Freizeit das Recht haben, auf eigenen Plätzen zu spielen und sie haben auch dafür gearbeitet. Es hat sich eben so ergeben, daß der Bagger-

Fahrer gebeten worden ist, ob er nicht am Samstag fahren könnte - umsonst natürlich. Und die Stunden des Baggers wurden ganz reell in Rechnung gestellt.

Wir haben eine ganze Reihe von anderen Dingen - ich möchte nur ganz kurz, ohne Regel - hier aufzählen: Für das Stadtfest haben wir jahrelang die Hütten transportiert - das kostet auch Geld. Ganz egal von welchem Verein! Da wurden wir gebeten, die Hütten schnell wegzubringen. Wo haben wir es verbucht? Natürlich unter Straßenerhaltung. Wo soll ich es sonst tun? Heute gibt es das nicht mehr. Seit einem Jahr werden diese Leistungen ganz streng immer demnach verrechnet, der diese Leistung eben verlangt!

Wir haben Verkehrszeichen aufgestellt und eingesammelt. Das sind auch Beträge! Beim Wälzen von Sportplätzen - egal welche Vereine es waren - gehen viele Stunden im Frühjahr drauf! Wir haben die Tribünenaufbauten - wenn man einmal von der anderen Seite redet, daß auch die Kirche eine Gruppe darstellt - bei der Fronleichnamsprozession übernommen usw.

Also der Wi-Hof hat allen Gruppen der Bevölkerung von Steyr gedient und tut es noch - allerdings wird seit ungefähr einem Jahr alles streng weiterverrechnet. Und es gibt genug Vorsprachen bei Gemeinderäten von Vertretern der Vereine, die immer wieder

sagen: "Könntet Ihr das nicht untergehen lassen oder irgendwie woanders verrechnen?" Nein, wir machen das nicht. Aber nicht, weil der RH darauf gekommen ist, sondern weil eine ganz andere Art der kameralistischen Buchführung hier Platz gegriffen hat.

Nun zu dem von Ihnen, Fr. GR Scheucher, geforderten Schadstoff-Kataster. Er ist in Ausarbeitung. Ich sage Ihnen eines und Sie wissen es ganz genau, obwohl Sie es hier anders interpretieren. Das ist nur eine Summierung von bekannten Daten, die es sowieso in allen möglichen landes- und bundesgesetzl. Aussendungen schon gibt. Aber wenn Sie es auf ein Blatt haben wollen, dann sollen Sie es haben. Das ist kein Problem! Es geht nur darum, daß viele Stunden gebunden werden für eine an sich nicht gar so wichtige Aufgabe. Denn wichtig ist, daß diese Schadstoffe in Steyr nicht vorhanden sind. Daß man nämlich dagegen etwas tut! Daß es ab 1,4 in der Wertigkeit für Ozon usw. gefährlich wird, ist jedem vom Umwelt-Ausschuß bekannt.

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Aber dem RH war es schon wichtig!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Der RH spricht aber von 1986 bis 1990 und jetzt leben wir '92!

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Und es ist noch nichts geschehen!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Es ist nicht "noch nichts geschehen", denn an sich sind diese Daten bekannt. Die Umweltabteilung des Landes versendet so etwas regelmäßig. Die Frau Scheucher erhält das auch, sie verlangt es aber von der Stadt noch einmal. Na gut, soll sie es haben!

Für diese Fluor-Ausstoße bei den Ziegeleien - das wissen Sie auch, Frau GR Scheucher, daß es sich um Ratzinger und Weindl handelt - ist die Berghauptmannschaft Salzburg zuständig und nicht die Stadt. Wir können hier nur diese Messungen anschauen und interpretieren. Ich kann Ihnen eines sagen, wir haben ein Schriftstück, wonach die Fa. Ratzinger heuer im Winter ihre Brennanlage umbauen wird und sodann, wenn es zutrifft, weit unter den erlaubten Grenzwerten in ihren Ausstoßen liegt. Ich hoffe, daß sich das dann gegeben hat.

Allerdings gefällt es mir gar nicht, daß Sie hier Zeitungsmeldungen der heutigen Steyrer Zeitung über die bedauerliche Häufung von Lungenkrankheiten, die sogar zu Todesfällen führen (wir stehen an einer sehr schlechten Stelle in der Statistik) zum Anlaß nehmen, ein bißchen Panik zu schüren! Wenn Sie nämlich Zeit gehabt

hätten, das zu Ende zu lesen, hätten Sie gemerkt, daß von den versch. Fachärzten - darunter von Frau Prim. Auffinger des LKH, die die Lungenabteilung leitet - sehr dezidiert gesagt wurde, daß man das gar nicht richtig orten kann. Wahrscheinlich ist es eine Zusammenballung von allen möglichen Schadstoffen, die das herbeiführt und kann im einzelnen nicht darin geortet werden, daß es vielleicht von einem Ziegelwerk verursacht wird. Das ist vielleicht ein Zehntel dessen, aber keiner legt sich darauf fest - nur mit der Überschrift alleine ist es nicht getan!

Wenn ich Sie darauf aufmerksam machen darf, daß auch Ihre Kinder und meine Enkel dieselbe Luft atmen und wir schon sehr bemüht sind, daß unsere Kinder gesund aufwachsen. Es ist nicht so, daß wir das einfach fahrlässig zur Kenntnis nehmen und erst mit dem großen Zeigefinger der GAL in Trab gesetzt werden müssen.

Die Verteilung von Preisen an Betriebe - "Wie machen Sie das?". Wir haben uns z. B. bemüht, die beispielhaft durchgeführte Trennung von Abfällen (z. B. bei BMW) zur Kenntnis zu nehmen, indem wir eine Sitzung des Umwelt-Ausschusses in diesem vorbildlichen Betrieb durchgeführt haben. Wir haben uns das angesehen und werden das weiter so durchführen. Es gibt auch andere Betriebe, die sich immens

bemühen, so wenig Abfallstoffe wie möglich entstehen zu lassen - schon bei der Art der Produktion wird darauf geachtet -, und daß, wenn schon Abfälle entstehen, diese dem Verursacher zurückgegeben oder sonst anderwärtig verwendet werden, ohne, daß die Steyrer- oder die Umland-Bevölkerung damit geschädigt wird.

Von seiten des RHV darf ich sagen, weil ich ja der Vorsitzende bin, daß diese 10 Gemeinden, die hier zusammengefaßt sind, Wesentliches geleistet haben und leisten, damit die Gewässergüte wirklich hervorragend ist. Es gibt einen Bericht über die Untersuchung der Gewässergüte vor und nach Einleitung des Überlaufes des RHV in die Enns - da kennen Sie kaum Unterschiede. Ich kann Ihnen dieses 8-Seiten-Elaborat leicht zukommen lassen, dann werden Sie sehen, wie gut die Klärung hier erfolgt!

Wir gehen den Weg der Aufklärung und den Weg der Bitte. Wir gehen zu den Betrieben hinaus und nächste Woche, am 9., werden von diesen Gemeinden je zwei Firmen, die aufgrund ihrer Produktion erhebliche Gewässer-Belastungen verursachen bzw. Abfallmengen produzieren, eingeladen, den RHV, die Kläranlage und die Deponie des Bezirkes (sind wir ja in Kürze, weil wir ein eigener Abfallverband sind) zu besichtigen. Wir wollen auf diese

Art und Weise erreichen, - wenn sie die Probleme der Öffentlichkeit kennen, die Abfälle, die sie produzieren zu beseitigen - daß wir hier auf dem Weg der Aufklärung und der Bitte um Mitarbeit vielleicht mehr erreichen, als wenn wir sie dauernd schikanieren würden und sie mit Strafen bedecken. Sollte sich jemand nicht an die geltenden Grenzwerte halten, wird mit aller Schärfe durchgegriffen.

Aber ich kann sagen und kann in diesem Zusammenhang dem Gewerbe, dem Handel und der Industrie ein gutes Zeugnis ausstellen, wir sind in OÖ. - ich glaube - an 2. Stelle im Bemühen der Gewerbetreibenden und der Industrie, die Emissionen so klein wie möglich zu halten. Nämlich solche Emissionen, die die Bürger dann schädigen!

Soviel zu ein paar Punkten des RH-Berichtes. Ansonsten nimmt auch unsere Fraktion diesen Bericht zur Kenntnis.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Als nächster hat sich Herr StR Tatzreiter zu Wort gemeldet und ich gebe den Vorsitz wieder zurück.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Hr. Koll. Tatzreiter das Wort.

GEMEINDERAT HERMANN BACHNER  
TRIFFT UM 15.17 UHR EIN.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR! Ich melde mich eigentlich nur zu einem Punkt, weil er auch angesprochen wurde und im Prüfbericht bzw. im RH-Bericht auch angeführt ist. Und zwar im Zusammenhang mit der GWG und den Bediensteten des Magistrates. Hier, meine ich, ist es eigentlich müßig darüber zu reden, weil ohnehin - Koll. Spöck hat das ja sehr deutlich ausgeführt - die Verbandsprüfer bzw. die Aufsichtsbehörde niemals eine derartige Kritik angebracht haben. Mit einer einzigen Ausnahme: Nämlich den BAB (Betriebsabrechnungsbogen) doch einzuführen, der jedoch leider in dieser Situation bei der derzeitigen Struktur und Konstellation der GWG in der "Vier" hier nicht möglich ist.

Wir müßten eine totale Trennung herbeiführen und ich meine, daß die Herbeiführung einer Trennung oder einer Ausgliederung bzw. ein Herauslösen der GWG aus dem Magistrat eine Mietenerhöhung nach sich ziehen würde! Darüber haben wir schon mehrmals geredet. Insofern, weil sich ja klarerweise dann die Kosten anders strukturieren. Dies haben ja auch mehrmals die Prüfer bzw. Prüferinnen festgestellt. Bei den Gesprächen kommt man ja dann dahinter, worum es in Wahrheit

geht. Nicht, daß man nur sozusagen erhöhen will, sondern eine detaillierte Personalkosten-Situation - ich möchte sagen - ans Tageslicht bringt.

Ich meine aber, daß hier noch einmal darauf hinzuweisen ist, daß wir bei den angegebenen Empfehlungen - ich möchte es nicht als Kritikpunkte bezeichnen - dennoch daran denken müssen, uns diese Herauslösung der GWG aus dem Magistrat kostengünstig zu überlegen, weil doch immer eine Querverbindung mit der "Vier", sprich bei der Betreuung der Grünanlagen u. a. m., gegeben ist. D. h., wir müssen dann ganz genau abrechnen und über den Betriebsabrechnungsbogen würde dann ganz klar herauskommen, daß die, die diese Betreuung in dem Bereich machen, klarerweise auch damit belastet werden - von einem gew. Kostensatz also. Nämlich im Zusammenhang eines Beitrages; für die Anrechnung der Pensionsbeiträge. D. h., in diesem Zusammenhang verteuert sich natürlich der Kostensatz. Ich sage das einmal sehr deutlich, weil ich mich wirklich sehr eingehend damit beschäftigt habe, wie man das besser lösen könnte.

Derzeit ist es also noch nicht möglich und ich sehe es auch nur als Empfehlung. Jeder hier herinnen wird das so einschätzen, und ich glaube aber für die Zukunft, daß wir uns doch Gedanken machen müssen, die GWG in der sparsamsten Variante

herauszulösen und selbständig zu führen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Danke. Zu Wort hat sich Hr. GR Spöck gemeldet; dann ist StR Holub an der Reihe.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Ganz kurz, als Klarstellung, zum Sportverein beim Magistrat. Ich stehe natürlich diesem Sportverein mit seinen - wie wir vom Geschäftsführenden Vbgm. Sablik gehört haben - über 1.000 Mitgliedern pos. gegenüber. Der RH hat aber in meinen Augen zurecht die Durchschaubarkeit und Dokumentation bei den Förderungsfällen bemängelt. Als Bsp. hat er angeführt - ich glaube über die Unabhängigkeit des RH brauchen wir uns in diesem Hause im GR sicherlich nicht streiten - den Sportverein mit dieser Straßenausbesserung von 111.000 S, die nicht dem Verein weiter verrechnet oder subventioniert worden ist. Ich hätte sicherlich auch wahrscheinlich nichts gegen eine Subvention gehabt. Sondern er hat kritisiert, daß dieser Betrag auf dem Konto "Instandsetzung von Gemeindestraßen" weiter verrechnet worden ist. Das ist sicherlich nicht der richtige Weg und nicht durchschaubar.

Interessant sind natürlich aber auch die Ausführungen von Koll.

Sablik über Baggerführer, die in ihrer Freizeit mit Baumaschinen des Magistrates tätig werden. Dafür hätte sich wahrscheinlich der RH schon interessiert!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Für den Magistrats-Sportverein, habe ich gesagt!

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Die Baumaschinen kosten ja auch Geld! Die müssen ja auch wo aufscheinen. Wo sind diese weiter verrechnet worden?

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Nur die Maschine ist verrechnet worden und nicht der Fahrer! Er hat umsonst für seinen Verein gearbeitet!

Nun ist Koll. StR Holub am Wort.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, zu Ihrer Überraschung werde ich nicht über das Altersheim sprechen. Es gibt auch noch Anderes, Herr Bürgermeister. Und zwar ist das auch nicht sehr erfreulich! Koll. StR Tatzreiter hat davon gesprochen, daß es eine Forderung des RH wäre, die GWG aus dem Verband der Stadt auszugliedern. Ich möchte dazu noch die Anmerkung machen, daß es nicht nur eine Forderung oder ein Vorschlag des RH ist, sondern eine langjährige Forderung des genossenschaftl. Prüfungs-

verbandes, der bis dato nicht nachgekommen wurde!

Es war in der Vergangenheit so, daß durch die kundige Führung - Koll. Spöck hat das heute schon erwähnt - die GWG in ein ausgezeichnetes Licht in der öffentl. Prüfung hineingeführt wurde. Ich glaube, man kann es der Gemeindevertretung hier in Steyr wirklich nur empfehlen, den Geschäftsführern der vergangenen Periode Dank zu sagen für ihre Tätigkeit. Das benimmt uns aber nicht der Verpflichtung, über die Loslösung der GWG aus dem Verwaltungsverbund der Stadt Steyr tauglich nachzudenken und ich stelle fest, daß seit einigen Jahren - einige Jahre gehöre ich ja dieser Körperschaft schon an - die Organe des Prüfungsverbandes von Jahr zu Jahr damit getröstet werden, daß man ohnehin intensiv daran arbeitet, daß die Herauslösung der GWG stattfindet.

Alle Jahre wieder - wie Weihnachten - kommt das Argument, daß eine Herauslösung der GWG zu einer Verteuerung der Mieten führen müßte - ich sage "könnte"! Denn die Verteuerung ist an sich nicht sehr ersichtlich, weil ja tatsächlich ein Verwaltungsbeitrag in der Mietenkomponente bereits enthalten ist. Ich erlaube mir die Anmerkung, daß es auch andere Genossenschaften in dieser Stadt gibt und auch im weiteren Umfeld, die sehr wohl ohne den

Rückhalt eines Verwaltungskörpers - à la Gemeinde o. ä. - ausgeglichen und erfolgreich bilanzieren und noch dazu Wohnraum in guter und herausragender Qualität zur Verfügung stellen. Ich erinnere an die STYRIA und an die 1. Gemeinn. Wohnungsgenossenschaft z. B., die beide ohne den Rückhalt einer städt. Verwaltungseinrichtung auch ausgeglichen bilanzieren und Wohnraum zur Verfügung stellen können, über den die Bürgerinnen und Bürger hinlänglich zufrieden sind.

Seit Jahren gibt es also diese Berichte und ich würde wirklich ersuchen, daß der GR der Stadt Steyr und die Organe der GWG der Stadt Steyr - in dem Fall tue ich das auch als stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates - etwas mehr als nur Worte "in die Hand nehmen", um endlich einmal zu einer Klarstellung in dieser Situation zu kommen!

Der Hinweis alleine, daß ja eine Befassung der MA VI, also der Liegenschaftsverwaltung und des Gartenamtes, der Stadtgärtnerei, zu einer Kostenklärung führen müßte, der stellt sich von selbst schon als richtig dar! Schon längst müßte das so sein, weil ja die GWG auch Honorare an die städt. Liegenschaftsverwaltung im internen Rechnungsweg bezahlt.

Ich glaube, daß uns dies nicht von einer klareren Trennung abhalten sollte. Ich merke allerdings an,

daß die personelle Vorsorge für diese klare Trennung durchaus nicht gegeben ist und ich empfinde hier tiefe Sorge als Aufsichtsorgan der GWG, wenn nicht schnell eine entspr. Einführung von geeigneten Mitarbeitern in diese ungeheuer schwierige Aufgabenstellung, einen gemeinn. Wohnbauträger zu finden, vonstatten gehen wird. Wir werden sonst in einem Jahr wieder vor Prüfungsberichten sitzen und wieder keine zusätzl. Maßnahme getroffen haben.

Nicht die Buchhaltung ist das eigentliche Problem, sondern das Bereitstellen von personellen Ressourcen, in der erforderlichen Qualität diese verantwortungsvolle Tätigkeit zu leisten. Es geht nämlich immerhin um die größte Wohnbaueinrichtung in dieser Stadt. Diese dürfte meiner Meinung nach nicht nebenbei betrieben werden!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Hr. Vbgm. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bgm., meine sehr verehrten Damen und Herren! Hr. StR Holub hat bezüglich ZAH etwas ausgelassen - da möchte ich schon zwei Sätze dazu sagen. Auf Seite 38 wird angemerkt im RH-Bericht, daß täglich bis zu 1.100 Portionen Essen hergestellt werden. U. a. als Empfänger ausgewiesen sind Magistrats-

Bedienstete bzw. die Stadtwerke. Wieviele Magistrats-Bed. benützen also täglich die Möglichkeit, vom Essen des ZAH Gebrauch zu machen bzw. welche Kosten werden dafür in Rechnung gestellt. Kosten/Portion! Auch hier der Ruf nach Kostenwahrheit. Wir müssen überall sagen, was etwas kostet.

Der RH vermerkt weiter: Die Versorgung von Magistrats-Bed. und anderen Dienststellen mit Mittagessen wäre nur dann vorzunehmen, wenn die zufriedenstellende Verpflegung der Heimbewohner nicht behindert wird.

Die Stadt teilt hiezu mit, daß die Einführung einer Kostenrechnung im ZAH bereits in Angriff genommen worden sei. Durch die Einführung des Tablett-Systems bei der Verteilung der Speisen sei künftig eine Arbeitersparnis gegeben. Die dadurch freiwerdenden Arbeitskapazitäten würden sodann zu einer Verbesserung des Küchenbetriebes genutzt. "Wohl hör' ich diese Worte, doch allein mir fehlt der Glaube!"

Nun weg vom ZAH. Unter sonstigen Feststellungen vom RH wird festgehalten - was vielleicht auch noch inhaltlich diskutiert werden sollte -, daß es fehlende vertragl. Vereinbarungen mit zwei Dienstwohnungsbenützern gibt. Wer ist das? Ich weiß es nicht! Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, also darf ich um den Schlußbericht bitten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Meine Damen und Herren des GR, den Einstieg möchte ich bei Hr. Mundorff machen. Er hat nämlich die Meinung vertreten, daß solche Kontroll-Instrumentarien dem Mächtigen unangenehm sein könnten.

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Hinderlich sind!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Ja, das ist eine Meinung, die Sie geäußert haben. Sie gibt mir Gelegenheit zu sagen, daß die Vorgänger-Institution des heutigen RH eine Einführung der Habsburger ist. Kontrollbehörden gibt es seit mehr als 400 Jahren in Österreich und in fast allen Ländern der Welt hat man sich Österreich zum Beispiel genommen. Die Mächtigen waren damals die Habsburger und sie haben ein Kontroll-Instrument eingesetzt.

Es war ihnen offensichtlich nicht unangenehm; es ist ihnen notwendig und erforderlich erschienen. Ich pflichte ihnen bei, sie haben nämlich vollkommen recht gehabt. Man kann das große Reich nicht

überblicken als einzelner - auch, wenn man vielleicht mächtig ist! Die Habsburger waren absolute Herrscher in dieser Zeit; sie waren mächtig.

Heute denke ich mir oft, der Bürgermeister ist nicht so mächtig - manchmal ist er eher ohnmächtig dem gegenüber, was alles diskutiert, geredet oder beschlossen wird. Jedenfalls, wenn er keine Mehrheit zur Verfügung hat.

Wenn es 1.000 Magistrats-Bed. gibt und einen Bürgermeister und der Bgm. ist nach dem Statut verantwortlich, daß hier die Beschlüsse des GR und des StS ausgeführt werden, dann ist er froh, wenn es Kontrollen gibt, daß dies auch geschieht. Daher bin ich hier mit den Habsburgern völlig einig - Kontrolle ist wirklich etwas Notwendiges, etwas Wichtiges!

Die Anregungen sind wertvoll und die Empfehlungen werden wir in den meisten Fällen befolgen. Nur eines möchte ich schon bemerken, meine Damen und Herren, es gibt auch eine Gemeinde-Autonomie und natürlich können wir entscheiden und sollen auch entscheiden und beschließen - politisch, wie die Zusammensetzung ist in diesem GR. Der RH kann lediglich kontrollieren.

Wenn hier die pol. Funktionäre einer Gebietskörperschaft (in einer Gemeinde oder im Land bzw. auch im Bund) ununterbrochen über die Schulter schauen, was

denn die Kontrolle sagt, dann wird es auch nicht gehen! Wir wollen hier beschließen, was wir meinen. Wir nehmen die Kontrolle zur Kenntnis, es ist ein Instrumentarium, das unsere Beschlüsse effektiver macht, sodaß auch wirklich ausgeführt wird, was wir beschlossen haben. So sehe ich die Empfehlungen und die Kritikpunkte des RH. Soviel vielleicht allg. bemerkt.

Was die Frage der Vertraulichkeit anbelangt, die der Hr. Vorsitzende des Prüfungsausschusses, Dr. Schwager, und Hr. GR Gollatsch angesprochen haben. Man muß wissen, daß zunächst der RH-Ausschuß im Parlament solche Berichte bekommt und dem Parlament diese Berichte zugeleitet werden. Anschließend der Landtag und dann erst erhält die Gemeinde diesen Bericht. Es ist eben so, daß überall darüber diskutiert wird und daß diese Berichte in Wahrheit nicht vertraulich behandelt werden. Das ist gang und gäbe - ich habe dies schon gesagt! Es wird auch nichts nützen, wenn wir "streng vertraulich" darauf schreiben.

Aber es gibt nun einmal Umstände und Tatbestände, wo es besser wäre, wenn nicht alles vorher schon "zerredet" wird und es gibt auch Datenschutz und solche Dinge; daran sollten wir ebenfalls denken. Es ist natürlich nicht gerade angenehm, wenn z. B. in einem Stadium von wichtigen Verhandlungen, wo es um viel

Geld geht, die Vertraulichkeit nicht gewahrt wird. Das stört den Verhandlungsgang schon sehr stark! Es ist auch nicht immer angenehm, wenn z. B. bei Förderungen, die auch eine Rolle spielen, in der Öffentlichkeit alles ausgebreitet wird. Auch persönlich wäre es für niemanden angenehm, daß es öffentlich wird, wenn er sich auf eine Bank begibt und versucht, einen Kredit zu bekommen!

Die Wirtschaftsförderung ist kritisiert worden - wir haben darüber debattiert. Ich möchte schon bemerken, daß wir uns darüber im klaren sein sollten, wie eine solche Förderung überhaupt historisch entstanden ist. Auch bei uns in der Gemeinde. Es ist nämlich keine Angelegenheit der Gemeinde, Wirtschaftsförderung zu betreiben - kein MUSS! Es handelt sich um eine freiw. Sache, die unsere Vorgänger begonnen haben. Eigentlich ist die Kompetenz des Bundes und des Landes hier vorhanden.

Wenn die Stadt in der Vergangenheit begonnen hat, auch die Wirtschaft zu fördern, dann haben sich das unsere Vorgänger gut überlegt. Sie wollten hier ein Lenkungsinstrumentarium haben und Impulse setzen. Man hat begonnen, eben auf Notwendigkeiten zu reagieren und zum Teil sind wir dort und da ein wenig zum Agieren übergegangen. Was ich jedoch positiv sehe! Es ist verständlich, daß aus einer

Aktivität, die ursprünglich freiw. entstanden ist, erst zu einem späteren Zeitpunkt auch ein Instrumentarium dazu gemacht wird, wie die Förderungsrichtlinien. Das muß man aus der historischen Sicht sehen. Wir sind jetzt an diesem Punkt angelangt, wo wir das auch beschließen werden.

Natürlich ist der Magistrats-Sportverein ein bes. Highlight - ein negatives - in dieser Debatte. Ich kann dazu nur sagen, daß die Subvention falsch ausgewiesen ist. Die Kritik des RH entzündet sich nicht an der Höhe der Unterstützung, sondern am falschen Ausweis und dem pflichte ich eigentlich vollkommen bei. Mittlerweile haben wir auch für alle Vereine eine Kartei angelegt und jede Leistung - wie immer sie zustande kommt - wird bewertet und es wird in diese Subventionskartei eingetragen, welche Unterstützung diese Vereinigung, diese Gruppe, dieser Verein etc. erhalten hat. Ich glaube, daß dies doch auch zur Kostenwahrheit und -klarheit entsprechend beiträgt.

Es freut mich, daß Koll. Spöck hier die ZAH-Aktivitäten und die Kritikpunkte nicht einäugig betrachtet hat, nicht nur die Aufwendungen gesehen hat, sondern auch den Hinweis darauf, daß wir kostendeckende Heimbeiträge verrechnen sollten. Dafür wird es notwendig sein, die Kostenrechnung bis zum Ende

durchzuführen, sie liegt ja vor; einige Dinge sind jedoch noch nicht ganz genau herausgearbeitet. Dies wird auch noch geschehen, und zwar durch unseren Wirtschaftsakademiker, den wir eingestellt haben. Er wird übrigens mehrfach erwähnt in diesem RH-Bericht und ich möchte doch daran erinnern, daß es eine meiner ersten Forderungen war, so eine Fachkraft beim Magistrat zu haben, damit die Investitionsentscheidungen des StS und des GR besser vorbereitet werden können. So ist es auch geschehen und ich glaube, wir haben einen richtigen Schritt gesetzt und befinden uns auf dem richtigen Weg.

Nun noch ein paar Bemerkungen zur Null-Basis-Budgetierung. Das ist natürlich nichts Neues, kommt auch aus Amerika. Andere haben das auch schon praktiziert und jetzt diskutieren wir darüber - mit großer Begeisterung, wie ich feststelle. Aber, wissen Sie, meine Damen und Herren, einmal habe ich schon die Gelegenheit und die Ehre gehabt als Finanzreferent, verantwortlich die Budgetverhandlungen zu führen, um ein Budget auf den Tisch des Hauses zu legen. Da habe ich bemerkt, daß jedes Mal, wenn wir eine solche Verhandlungsrunde durchgeführt haben, die Ziffern nicht niedriger, sondern höher geworden sind. Nach jeder Runde, wenn wir zusammen gekommen

sind mit allen Fraktionen - meiner eigenen und den anderen - , hat sich eigentlich ergeben, daß ich herunter wollte auf dieses verträgliche Niveau sozusagen, und jedes Mal sind neue Wünsche herangetragen worden. Es ist also immer höher und höher geworden. Jetzt lasse ich mir von unserem Finanzreferent sagen, der dabei ist, dieses Budget vorzulegen und vorzubereiten, daß es im heurigen Jahr schon wieder so ist. Trotz aller Beteuerungen über Null-Summen-Budgetierung. Gerade Sie, Herr Dr. Pfeil, sind ein signifikantes Bsp. dafür. Ihre Forderungen im Kulturbereich belaufen sich auf die 7fache Höhe des Vorjahres-Budgets, hat mir Koll. Zagler gesagt. Das ist natürlich gut in Übereinstimmung zu bringen mit dem Null-Basis-Budget.

Wissen Sie, wir werden hier momentan mit den Wünschen konfrontiert, die den ao. H. in eine Größenordnung von etwa 300 Mill. S ansiedeln. Ich darf in Erinnerung rufen, daß wir im heurigen Jahr 180 Mill. haben. Wenn es auch ao. Erträge gibt und wenn sich die Bürger sogar schon in der Steyrer Zeitung äußern, in welche Richtung dieses Geld verwendet werden soll, dann ist es psychologisch für mich verständlich, daß wir Zweckbindungen und Zuführungen zum ao. H. durchführen, uns aber im Prinzip darüber im klaren sein müssen! Hier gebe ich den Kritikern recht, wenn sie sagen -

der RH sagt das auch -, wir müssen uns bei unseren Budgetsummen an den Einnahmen orientieren. Ao. Erträge sind ganz gesondert auszuweisen und zu betrachten.

Wenn wir das "Familiensilber" verkauft haben, dann müssen wir - weil das ja bekanntlich nur einmal geht - uns wieder Dinge damit anschaffen für die Stadt und die Bürger dieser Stadt. Diese "Dinge" sollten fast so glänzen, oder möglichst gleich glänzen, wie das Familiensilber gegläntzt hat! In diese Richtung bitte ich alle Fraktionen, gemeinsam an dieser Budget-Werdung mitzuwirken.

Ich freue mich, daß unsere Umweltschutz-Abteilung auch einmal gelobt wurde - von unseren kritischen Grünen, zu meiner Linken. Es ist angenehm zu hören, daß es irgendwo auch noch ein paar Abteilungen oder Menschen gibt, die ordentlich arbeiten und wo es funktioniert. Das tut uns allen gut und soll uns Ansporn sein, es ebenfalls so gut zu machen!

Daher, meine Damen und Herren, und zum Schluß kommend, möchte ich den Antrag noch einmal formulieren. Es ist ein Antrag des Bürgermeisters an den GR, dieser wolle beschließen: Der Tätigkeitsbericht des RH über die Überprüfung der Gebarung der Stadt Steyr unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1985 bis 1989 sowie die Äußerung der Stadt, die

Gegenäußerung des RH und das Prüfungsergebnis werden zur Kenntnis genommen.

Ich ersuche die Damen und Herren des GR, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Meine Damen und Herren, wer mit diesem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltungen? Gegenstimmen? Danke. Somit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt und einstimmig beschlossen.

Ich unterbreche die Sitzung für 10 bis 12 Minuten Rauchpause.

PAUSE VON 15.48 BIS 16 UHR

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wir setzen die Sitzung fort und ich ersuche den Bürgermeister um den Vortrag von Punkt 2).

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, der nächste Antrag betrifft die Vergabe eines Auftrages für ein Stadtentwicklungskonzept. Wir haben im vergangenen Jahr bezüglich dieses Konzeptes Übereinstimmung erzielt und auch im Budget einen Betrag vorgesehen, daß wir ein solches Konzept in Auftrag geben wollen. Im vergangenen Jahr habe ich mich bemüht, dieser Realisierung

näher zu kommen und dafür zu sorgen, daß wir zu einer Auftragsvergabe kommen. Wir haben mit versch. möglichen Auftragnehmern in diesem Bereich Kontakte gehabt, die dazu geführt haben, daß wir ein Hearing im GR durchgeführt haben.

Es ist dann jedoch so gewesen, daß ein Unternehmen leider vorher ausgestiegen ist und daß zwei Professoren (Hr. Prof. Dr. Breitling und Hr. Prof. Dr. Retzl) hier ihre Vorstellungen für die Erarbeitung eines StEK dem GR präsentiert haben.

Nunmehr ergeht der Antrag des StS an den GR:

## 2) Bau2-1300/92

Stadtentwicklungskonzept  
Steyr - Vergabe und Mittel-  
freigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 2. Oktober 1992 wird der Auftrag zur Erstellung eines Stadtentwicklungskonzeptes für die Stadt Steyr an Herrn Arch. Univ.-Prof. Dr. techn. Peter Breitling, Graz, zum Preise von S 1,375.227,40 exkl. USt vergeben. Zum genannten Zweck werden für das Finanzjahr 1992 Mittel im Ausmaß von

S 500.000,--

(fünfhunderttausend)

bei der VA-Stelle  
5/0310/728000.3 freigegeben.

Die Freigabe der Restmittel bleibt einer gesonderten

Beschlußfassung durch das nach dem Statut für die Stadt Steyr hierfür zuständige Organ vorbehalten.

Ich bitte, in die Debatte einzusteigen und diesem Antrag zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABL-  
LIK:

Danke für den Vortrag. Erste Wortmeldung - Hr. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD  
PFEIL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des GR! Das StEK, die Vergabe ist einer der wichtigsten Beschlüsse, die wir in dieser Legislaturperiode beschließen. Mit auch ein Grund, daß wir uns wirklich sehr ernsthaft mit diesem Thema auseinandergesetzt haben und auseinandersetzen sollen und werden.

Mit auch ein Grund, warum ich eigentlich als Bürger politisch tätig geworden bin. Es war in einem Stadtteilgespräch vor ca. 1 1/2 Jahren, wo es um Probleme in unserem Stadtteil ging. Es gab Probleme, offensichtlich auch in der Bevölkerung, wie z. B. gemischtes Baugebiet, Gewerbegebiet, Wohngebiet usw. Auf Anfrage hat mir dort der damalige Bürgermeister Schwarz - weil ich gesagt habe, die Probleme kommen, weil wir kein vernünftiges StEK haben -

gesagt, wir haben eines und brauchen keines. Dieses wollte ich dann auch haben, habe es studiert und bin zur Auffassung gelangt, daß es sich um ein nicht ausreichendes StEK handelt und daß ich mir unter einem StEK etwas anderes vorstellen würde. Im Zuge der Wahlen 1991 haben wir dann das StEK in unseren Wahlaussendungen bzw. unseren Wahlthemen als primäres Thema für Steyr gewählt. Ich war auch sehr erfreut, daß wir dieses Thema sachlich mit den Kollegen der anderen Fraktionen diskutiert haben. Auch in den Budget-Besprechungen hat man Verständnis gezeigt und alle waren gerne bereit, das in die Budget-Verhandlungen für 1992 aufzunehmen. Ich schicke auch voraus, daß es kein Politikum werden soll und darf! Dieses Thema ist mir zu wichtig und es soll ein umfassendes StEK werden. Deshalb habe ich auch vorgeschlagen, daß zuerst von allen Fraktionen, gemeinsam mit dem Bgm., der hier verantwortlich ist für ein StEK, ein Pflichtenheft erstellt werden soll für ein umfassendes StEK, was in einem solchen Konzept eigentlich enthalten sein sollte. Dann kommt eine Ausschreibung - da sollen wirklich alle "besten Köpfe" des Landes daran teilnehmen können. Dann kommt ein Hearing. Man kann diskutieren darüber, ob ein Hearing öffentlich oder im GR sein sollte und dann wird entschieden.

So hätten wir die Möglichkeit gehabt, wirklich heute hier zu stehen, daß wir gemeinsam ein StEK beschließen, mit dem wir alle einverstanden sind. Wir hätten die Chance gehabt!

Ich darf nur einige Worte aus dem Verlauf, aus der Entstehung hier zitieren bzw. vorlesen. Am 4. März schreibt der Hr. Bgm. dem Hr. Dr. Retzl, daß derzeit an eine derartig umfassende Erstellung eines StEK noch nicht gedacht ist, da aus Sicht der Stadt Steyr vorerst die entspr. Vorbedingungen für ein derartiges Konzept geschaffen werden sollen.

Ich frage, welche Vorbedingungen? Sie sind nicht geschaffen worden, wir sind beim Wissensstand von damals. Es sind eher - das sage ich ganz bewußt - zufällig diese 3 Angebote gekommen. Eher zufällig! Es ist auch nicht - wie immer fälschlich behauptet worden ist - der Hr. Dr. Retzl von uns ins Spiel gekommen, sondern ganz im Gegenteil: Der jetzige Hr. Magistratsdirektor hat in den Weihnachtsfeiertagen (Anfang Jänner 1992) Hr. Dr. Retzl angerufen und gesagt, ob er der Stadt ein StEK bzw. einen Vorschlag für ein StEK unterbreiten möchte und daß er einen Termin mit ihm vereinbaren will. Es wäre ja auch absurd, daß die FPÖ ein SPÖ-Mitglied für ein StEK so unbedingt vorantreiben möchte!

Wenn das sachlich richtig ist, dann selbstverständlich gerne.

Hr. Dr. Retzl hat nur einen großen Fehler begangen. Er hat ein Wochenend-Seminar für die Freiheitliche GR-Fraktion gehalten. Weil es uns wirklich egal ist in solchen wichtigen Dingen, wer das vorantreibt. Wenn es hier einen guten Mann gibt, dann werden wir ihn selbstverständlich bitten, gegen Bezahlung auch für uns tätig zu sein. Das ist überhaupt kein Problem für uns!

Nun zum zweiten Anbieter, der heute hier zur Debatte steht. Das ist ein sehr netter, älterer Herr, Hr. Prof. Breitling, aber ich sehe schon ein Problem. Er hat nicht die Bindung an die Universität, wie vielleicht die Herren der ÖVP glauben, daß sie gesagt haben, wir brauchen unbedingt einen Univ.-Prof. dafür. Nämlich auch der Univ.-Prof. Breitling macht das natürlich im priv. Bereich. Er gründet eine eigene Fa. dazu und darum hat es auch so lange gedauert. Er schreibt auch selbst, daß der Grund für die Verzögerung in der Unsicherheit über die Zukunft seiner Forschungs- und Planungsgruppe lag. Mehr brauche ich nicht dazu sagen!

Jetzt möchte ich kurz zum Amtsbericht Stellung nehmen. Der Amtsbericht geht davon aus, daß das Entwicklungskonzept einer Stadt als Darstellung aller raumwirksamen Ziele und Maßnahmen zur Erreichung einer

bestimmten räumlichen Ordnung anzusehen ist. Es fällt damit eindeutig und gesetzl. definiert in den Aufgabenbereich der Architekten bzw. Zivilingenieure für Raumplanung. Ich lasse diesen Satz einmal so im Raum stehen.

Wir haben heute so viel über den RH-Bericht diskutiert. Der RH-Bericht, Abschnitt B, Seite 11, Punkt 8. 1. 4.: "In einem Entwicklungskonzept der Stadt aus dem Jahre 1984 waren zwar pol. Zielsetzungen für best. städt. Aufgabenbereiche (beispielsweise Wirtschaftsförderung und Umweltschutz) festgelegt, es fehlte jedoch an einer umfassenden Stadtentwicklungsplanung als Grundlage für die Flächenwidmungsplanung". Es müßte daher heute heißen, daß wir jetzt keine umfassende Stadtentwicklung beschließen, sondern eine Raumplanung. Das gehört auch dazu und ist auch ganz wichtig! Falls Hr. Prof. Breitling heute den Zuschlag bekommen sollte - ich bin überzeugt davon, daß er wahrscheinlich eine Mehrheit finden wird; wir werden dieses Projekt auch äußerst unterstützen, weil auch Raumplanung sehr wichtig ist -, dann möchte ich hier ganz sicher deponiert wissen, daß dies keine umfassende Stadtentwicklung ist und der RH gibt mir hier auch recht! Es wird also mit zwei verschiedenen Paar Schuhen gehandelt!

Auf Seite 21 - ich nehme nur einen Punkt heraus, der auch mitbehandelt gehören würde in einem umfassenden StEK, neben Kulturkonzept, neben Wirtschaftskonzept. Wir haben gerade in Steyr große Probleme; wie soll es denn weitergehen? Setzen wir weiter auf große Firmen? Auf Kleinfirmen? Das muß man doch einem Raumplaner in die Hand mitgeben. Er kann nicht nach Steyr kommen und sagen, so jetzt bin ich da und jetzt machen wir ein Raumentwicklungskonzept. Es gehört genau formuliert, was wir untersucht haben wollen. Es genügt mir hier nicht die Ausschreibungsverordnung der Architekten. Es ist sehr wohl definiert, was die darunter verstehen, aber ich verstehe etwas anderes darunter. Wir haben gerade heute ein sehr dringendes Gespräch mit Hr. Dr. Stickler wegen unserem Verkehrsplan gehabt. Ein sehr wichtiges Gespräch! Es soll wirklich nicht so sein, daß sich die Stadtentwicklung, die noch viel wichtiger ist als die Verkehrsentwicklung, weil der Verkehrsplan nur ein Teil des Ganzen ist, so dahinzögert, und man nicht genau Bescheid weiß. So auf die Art, jetzt vergibt man es einmal, irgendwann wird irgendwer schon fertig werden mit irgendetwas!

Ich nehme hier einen Punkt heraus: Fremdenverkehr. Steyr sieht sich als Fremdenver-

kehrsstadt, der RH empfahl (ich zitiere wörtlich); das ist das Schöne, daß man in dieser Argumentation den RH wirklich fast wörtlich zitieren darf; ich kannte ihn nicht vor einem Jahr! Der RH empfahl also, die grundsätzliche Überlegung anzustellen, inwieweit mit den vielfältigen Möglichkeiten im Bereich des Fremdenverkehrs ein zusätzl. Standbein in der Wirtschaftsstruktur der Stadt geschaffen werden soll. Erst danach wären nicht nur die Wirtschafts-Förderungsmaßnahmen im Rahmen dieser Zielvorgaben auszurichten, sondern auch der Fremdenverkehrsverband in der Erfüllung des Tourismus- und Marketingkonzeptes entspr. zu unterstützen. Freilich muß man das auch akzeptieren und mit Leben erfüllen. In diesem Zusammenhang ist auch zu sehen die Diskussionsgrundlage eines äußerst bescheidenen Kulturbudgets der Stadt Steyr, eine Versiebenfachung. Das kommt uns zehnfach zurück, was wir in diesem Bereich investieren.

Nun möchte ich noch ganz kurz auf das stattgefundene Hearing zurückkommen. Ich war etwas überrascht; ich habe beiden Herren einen Fragenkatalog übergeben. Ich war auch über die Emotion von Hr. Prof. Breitling am Anfang etwas überrascht; ich möchte gar nicht zitieren, was er so gesagt hat. Aber welchen Bezug er zu Steyr hat, darüber

hat er mich auch sehr enttäuscht. Er hat nämlich öffentlich hier bekannt, daß ihm die Stadt eigentlich gefällt, das ist gut, aber er ist ein Freund vom alten Baudirektor und von Dr. Stickler. Das ist mir einfach zu wenig, wenn man das als Wertung ansieht. Das ist mir zu wenig!

Man kann sicher über die Qualitäten von einem Univ.-Prof. Breitling lange diskutieren, die bestimmt pos. sind und sicherlich gibt es auch andere in diesem Metier, die ebenfalls ein Konzept erstellen können. Wir werden - zumindestens was meinen Teil betrifft - auf alle Fälle wie im StS entscheiden und nicht die Zustimmung verweigern, sondern uns der Stimme enthalten. Auch aus dem Grund - ich hätte auch einen Antrag der Grünen in diesem Zusammenhang gerne unterstützt; ich bin schon in Sorge, daß wir Zeit verloren haben, aber die Zeit hätten wir wirklich schon im Laufe des Jahres nützen können -, daß wir jetzt in der Schnelligkeit das Geld in diesem Jahr doch noch verwenden und rasch entscheiden. Das gefällt mir nicht, denn dieses StEK ist einfach zu wichtig dazu. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABL-  
LIK:

Danke. Hr. StR Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR  
SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürger-  
meister, meine Damen und Herren  
des GR! Der erste Ansatz für ein  
StEK wurde 1977 gefaßt. Das war  
eigentlich sehr rigoros und  
großzügig, aber von einer exakten  
Planung war keine Rede. Es hat  
sich auch sehr bald erledigt. Eine  
neue Fassung gab es dann 1984.  
Hier wurden Wirtschaft, Wohnen,  
Bildungswesen, Jugendförderung,  
Kultur, kulturelle Aktivitäten,  
Sportförderung, soz. Sicherheit  
und Senioren, Natur, Verkehr,  
Ver- und Entsorgung und sogar  
eine bürgernahe Verwaltung ins  
Auge gefaßt. Auch dieses Konzept  
wurde sehr "durchlöchert"  
durchgeführt und nur teilw.  
durchgeführt. Es hat auch nicht  
die richtige Konzeption und  
wissenschaftl. Grundlage gehabt.  
Insgesamt sind nunmehr für ein  
StEK 4 Bewerber angetreten. Der  
erste war Arch. Falkner, der sich  
allerdings nur beworben hat, ohne  
nähere Angaben zu machen und  
seine Mitarbeit speziell in  
städtebaulichen und archi-  
tektischen Fragen angeboten  
hat. Der zweite war Prof. Dr.  
Retzl vom Institut für  
Gemeindeforschung und  
Strukturanalyse. Auf Wunsch der  
GAL wurden die Architekten  
Sackmayer u. Semsroth  
eingeladen, die allerdings ihre  
Bewerbung dann wieder  
zurückgezogen haben. Und  
schließlich und endlich Prof. Dr.  
Breitling von der TU Graz,  
Universitätsinstitut für Raum-  
planung; mit Referenzen Lienz

und als Experte für Denkmalschutz, Altstadterhaltung und Revitalisierung.

Ich finde, die Scheinheiligkeit eines Dr. Pfeil ist eigentlich durch nichts mehr zu überbieten. Die FPÖ war es, die Dr. Retzl schon in den Vorgesprächen ganz vehement gefordert hat. Die angetreten ist - er hat es erwähnt -, ein Wochenend-Seminar mit ihm gemacht hat und vermutlich ihm dort auch die Vorgaben für sein Angebot gelegt und gegeben hat.

Viele städtebauliche Probleme sind in Schwebelage. Die dringende Erfordernis eines vorrangigen Raumplanungskonzeptes, unter Einbindung und Umsetzung des längst fälligen - ich frage Hr. Dr. Pfeil, wo es bleibt - und hoffentlich bald fertigen Verkehrskonzeptes, sind vorzunehmen. Im speziellen hat Prof. Breitling 10 Sachthemen vorgesehen, um mit einer entspr. Bürgerbeteiligung einen Ziel- und Maßnahmenkatalog zu erarbeiten, der auch umsetzbar und für die Stadt finanzierbar sein muß und wird!

Ich möchte nur die 10 Fragen im wesentlichen anreißen: Naturraum und Topographie; Wasserbau und Wasserwirtschaft; techn. Infrastruktur; Verkehr in Verbindung mit dem Konzept von Dr. Stickler; Besiedlung und Bebauung (damit ist das Thema Wohnen abgedeckt); Bevölkerung; Wirtschaft allgemein; Zentrum, Handel und Gemeinbedarf;

Ortsbild; Gemeindehaushalt und Finanzierung.

Ich kann mir durchaus vorstellen, daß für spez. Themata, wie z. B. Sozial-, Kultur- und Bildungsplanung oder Marktforschung, Prof. Retzl miteingebunden werden könnte. Nicht zuletzt ist die Empfehlung von Dr. Breitling durch die Landesplanung als einer der anerkanntesten und bewährtesten Städteplaner für uns Bestätigung, den Auftrag für das StEK an Prof. Breitling zu vergeben. Neben der gebotenen Dringlichkeit - alle Fraktionen reden jetzt ein ganzes Jahr konkret darüber und wir haben schon lange vor dem Wahlkampf 1991 ein StEK gefordert; das ist in unserem Programm jederzeit nachlesbar - sind viele Planungen, spezielle Flächenwidmungs- und Bebauungspläne auf der Warteliste und es ist nicht zuletzt auch der Honorarunterschied von doch immerhin rd. 3,6 Mill. S nicht zu vernachlässigen.

Ich bin daher dafür, diesen Auftrag an Dr. Breitling zu vergeben und wir von der ÖVP-Fraktion werden diesem Antrag auch zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Der nächste ist Hr. Dr. Schwager.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Nicht um es uns bequem zu machen, habe ich - wie alle anderen der Fraktion, der ich angehöre - dem Geschäftsordnungsantrag der GAL zugestimmt. Einfach auch aus der Überzeugung heraus, daß es hier um einen Schritt geht, der so weittragend ist, daß wir uns eine übereilte Lösung - so sehr sie andrängt - nicht leisten können und sollen.

Ich habe schon in den Ausschüssen, in denen ich Mitglied bin, meine Darlegungen zu dem Thema "Konzept Breitling" vorgetragen. Ich habe meine Bedenken dort geäußert und wiederhole sie hier auch nur ganz kurz, wobei ich, um Wiederholungen zu vermeiden, auf die Ausführungen von Hr. Vbgm. Pfeil verweisen darf. Auch für mich ist Stadtentwicklung nicht das, was hier im Amtsbericht erwähnt ist und nicht das, was von Hr. Prof. Breitling angeboten wird. Das, was Hr. Prof. Breitling anbietet, ist wohl ein sehr wesentl. Teil eines StEK. Ein StEK ohne Raumplanung ist nicht vorstellbar.

Aber ich glaube, es ist einfach eine falsche Bezeichnung dessen, was hier angeboten wird als StEK. Man sollte es einfach als Raumentwicklungskonzept oder Raumordnungskonzept verkaufen, dann stimmt auch der Preis. Der Preisunterschied zu Prof. Retzl

ist an sich auffallend und läßt sich auch so erklären, daß hier nur ein kleiner Teil eines Ganzen von Prof. Breitling bearbeitet werden wird.

Wenn Hr. StR Schloßgangl Herrn Dr. Pfeil Scheinheiligkeit vorwirft, so klingt dies etwas eigen. Bei dem Hearing, das hier in diesem Raume abgehalten wurde, als nämlich Prof. Dr. Retzl und Prof. Dr. Breitling ihre Programme dargelegt haben, war es zwar nicht Hr. StR Schloßgangl selbst, sondern sein StR-Koll. von der Fraktion, der die Frage anbringen mußte an Retzl, welcher politischen Richtung er denn eigentlich zugehört. So in etwa war es und dann ...

**STADTRAT KARL HOLUB:**

So war es nicht; das ist falsch zitiert! Ich habe ihn gefragt, ob er sich befangen fühlt aufgrund seiner politischen Zugehörigkeit!

**GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:**

Nein, so war es nicht! Sie haben nur gefragt, in welche Richtung er gehört! Deutsch kann ich!

Jedenfalls war es so, daß ganz eindeutig die Fragestellung in die Richtung gegangen ist, ob er dem Sozialdemokratischen Lager nahesteht oder nicht! Wie Hr. Dr. Pfeil schon gesagt hat, ist es für uns in Sachfragen kein Kriterium. Wir wollen aber hier - das möchte ich in die Diskussion ausdrücklich einbringen - nicht

vielleicht das Projekt von Prof. Dr. Retzl propagieren und als den "Stein der Weisen" verkaufen. Wir wollen auch nicht - das steht mir nicht zu und das steht uns allen nicht zu - die Qualifikationen von Hr. Prof. Dr. Breitling in Frage stellen oder bestreiten. Ich bin überzeugt, daß Hr. Prof. Dr. Breitling auch seine Qualifikationen hat und daß er den Auftrag, den er übernimmt in der Richtung auch ausführen wird; aber es bleibt eben nur ein Raumordnungsauftrag und nicht mehr!

Was unsere Vorstellung war - insofern sind wir mit Fr. Scheucher, und ich nehme an, auch mit Hr. Holub, gleicher Meinung -, ist, daß wir alle als Laien den Begriff eines StEK einfach zu nebulos sehen. Ich kann mich an die Worte von Fr. Scheucher in einem Ausschuß erinnern, als sie gesagt hat, jeder hat eine Art Visionen. So ist es! Jeder hat einfach irgendwelche nebulosen Vorstellungen, was denn so ein Entwicklungskonzept sein könnte. Das umfaßt natürlich die Flächenplanung; die Raumordnung; die Flächenwidmungsplanung; infrastrukturelle Planung; Städtebau-Gestaltung; Marktforschung; Wohnungsforschung; Imagepflege der Stadt (sehr wesentlich); natürlich auch Verkehrsplanung, aber nicht nur Verkehrsplanung auf den kleinen Bereich unserer Stadt und des Stadtbezirkes, sondern auch auf

die umliegenden Bezirke und damit auch auf das angrenzende Bundesland NÖ ausgedehnt, zu verstehen; Sozialplanung.

Ich glaube, daß dies eben viele Mosaik-Steinchen sind, die insgesamt dann eine Stadtentwicklungsplanung ergeben. Wenn wir uns davon lösen, daß das, was Hr. Prof. Dr. Breitling hier als StEK bezeichnet, ein solches ist - und das ist für mich wesentlich -, dann kann ich mir vorstellen, daß ich einer Auftragserteilung an Prof. Breitling als Mandatar Schwager zustimmen kann. Ganz einfach aus der Überlegung, wir müssen etwas tun, wir müssen schnell etwas tun. Ich fürchte nur, daß wir das Pferd von der falschen Seite aufzäumen. Das zu verhindern wird aber unsere Aufgabe sein. D. h., wir werden die Arbeit des Prof. Dr. Breitling sehr wohl zu prüfen haben, aber nicht nur ex posteriore, sondern laufend und begleitend zu prüfen haben. Es soll uns nicht wieder widerfahren, daß uns jemand ein, z. B., Verkehrskonzept verkauft und dann nie damit fertig wird, ohne daß bei der Vertragsgestaltung seinerzeit irgendwelche Pönale o. ä. Selbstverständlichkeiten hineingenommen worden wären. Ich muß sagen, ich weiß heute noch nicht, obwohl ich mich schon zu erkundigen pflege, wie das Verkehrskonzept im Detail aussehen wird. Natürlich wird man auch das Verkehrskonzept

dann in das Raumordnungskonzept einzubinden haben und da sehe ich schon eine von uns immer zu prüfende Gefahr der Anlehnung des Prof. Breitling an den Prof. Stickler.

Noch einmal - die Zeit drängt! Die Arbeit Breitling als solche mag wertvoll sein; sie ist auch - was wir von jetzt aus beurteilen können - sicherlich preislich angemessen. Ich erkläre ausdrücklich, dem Antrag zuzustimmen, aber nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß ich dieses Konzept als ein Raumordnungskonzept sehe und nicht als ein StEK.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Hr. GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Hohes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Aus meiner Sicht - das muß ich ganz ehrlich sagen - entspricht es nicht meinen Vorstellungen eines sog. StEK. Prinzipiell darf ich aber doch anmerken, daß es ein richtiger Schritt in die richtige Richtung ist.

Vielleicht etwas selbstkritisch darf ich hier anmerken, daß man es nicht ganz mit dem Verkehrskonzept des Hr. Stickler vergleichen kann. Es stammt doch aus der Zeit vor uns; aus der vorhergehenden Legislaturperiode und wir hätten doch - Fr. Kollegin Scheucher, ich schließe mich

dabei selbst gar nicht aus -, alle hier anwesenden Mandatäre, ein Jahr lang Zeit gehabt, Änderungen bzw. Anträge in diese Richtung einzubringen, wenn uns etwas Besseres eingefallen wäre oder wenn uns dieses, heute vorliegende, doch hauptsächliche Raumordnungskonzept nicht paßt. Ich darf vielleicht auch noch auf den Vortrag oder den Auftritt dieser beiden Herren hier im GR zurückkommen. Wir hatten ja hier die Gelegenheit, auch in Form eines Fragenkataloges, wesentliche Dinge mit ihnen zu besprechen. Was mir persönlich z. B. gefallen hat, war doch der Bezug zur Altstadt. Hr. Prof. Breitling hat den Schwerpunkt auch auf die Revitalisierung und auf die Aktivierung der Altstadtentwicklung gelegt. Zum anderen beispielsweise auch meine konkrete Frage, wie er Supermärkte in Zukunft betrachtet. Ich glaube, eine parteipolitische Bindung an die Großkoalitionäre kann man ihm sicher nicht nachweisen aufgrund seiner Antwort auf diese Frage. Ich werde diesem Antrag auch zustimmen. Ich darf aber trotzdem heute schon vorschlagen, denn diese Möglichkeit besteht ja nach wie vor, daß wir dem Hr. Breitling ganz klar sagen müssen, wie dieses Konzept aussehen soll. Es heißt ja noch gar nicht, wenn wir diesem Konzept zustimmen, daß wir dann keine Einflußmöglichkeit mehr auf

Prof. Breitling haben. In letzter Konsequenz liegt es doch auch an den politisch Verantwortlichen, die Linie vorzugeben.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Nächster ist Hr. StR Eichhübl. Bitte sehr.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR! Die Vorredner meiner Fraktion haben schon sehr deutlich auf die Begründung der skeptischen Haltung der Freiheitlichen GR-Fraktion zu diesem vorliegenden Antrag hingewiesen und ich darf nur einige ergänzende Anmerkungen dazu machen. Vorerst möchte ich aber doch auf die Wortmeldung des Koll. Schloßgangl etwas näher eingehen, der gemeint hat, es wäre notwendig, dem Koll. Vbgm. Dr. Pfeil Scheinheiligkeit vor diesem Gremium vorzuwerfen. Als Fraktions-Obmann darf ich doch eines sehr deutlich klarstellen. Es ist nicht so und das entspricht auch nicht der Wahrheit, daß anlässlich einer Klausurtagung, wo Hr. Prof. Retzl anwesend war und dort einem Gremium der Freiheitlichen Gemeinderäte seine Vision von Stadtentwicklung mit Bürgerbeteiligung vorgetragen hat, gleichzeitig ausgemacht wurde, daß man das auch für die Stadt Steyr machen könnte und die FPÖ dahingehend entspr.

unterstützen könnte. Hr. Dr. Pfeil war bei diesem Seminar nämlich gar nicht anwesend - nur zur Klarstellung.

Das war ich, lieber Koll. Schloßgangl, wenn Du Dich daran erinnerst, um der Wahrheit die Ehre zu geben, der das im Rahmen einer Fraktionsobmänner-Besprechung gesagt hat, als dieses Thema erstmals besprochen wurde, wen man dazu heranziehen könnte, ein StEK für unsere Stadt auszuarbeiten; außerdem ist dort der Name Breitling gefallen und es war mit Nachdruck erkennbar, daß man die Person dieses Hr. Prof. Breitling von seiten der SPÖ unterstützen möchte. Ich habe damals eingeworfen, daß es noch eine Reihe von anderen qualifizierten Leuten geben würde; u. a. auch den Hr. Dr. Retzl, der so etwas in Angriff nehmen könnte.

Aber, meine Damen und Herren, der Grund meiner Wortmeldung ist auch der, daß ich schon sehr deutlich darauf hinweisen möchte, daß ich der Argumentationslinie der SPÖ, vor allen Dingen des Hr. Bgm., die ja damals bei der StS-Sitzung sehr deutlich zum Ausdruck gekommen ist, nicht folgen kann. Und zwar deshalb nicht folgen kann, weil das eigentlich einen Widerspruch zum heute vorliegenden Amtsantrag bedeutet. Warum Widerspruch? Und zwar deswegen, weil der Hr. Bgm. sehr deutlich zum Ausdruck gebracht

hat, daß es ihm völlig klar ist, daß selbstverständlich das, was Hr. Prof. Breitling macht, nicht alleine dazu dienen kann, ein umfassendes StEK für unsere Stadt zu erarbeiten. Sondern das, was hier geschieht, ein Teil davon sei, nämlich die Raumplanung.

Heute soll aber der GR beschließen, daß aufgrund des Amtsberichtes der Auftrag zur Erstellung eines StEK für die Stadt Steyr an Hr. Arch. Univ.-Prof. Dr. Peter Breitling, zum Preise von S 1,375.721,40 excl. USt, vergeben wird. Daher, meine Damen und Herren des GR, werde ich so wie in der StS-Sitzung, als dieser Antrag behandelt wurde, mich der Stimme enthalten.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Herr Direktor Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des GR! Ich vermag es nicht, StEK klar zu definieren. Das kann ich nicht, ich werde das auch nach längerem Studium nicht können, weil der Begriff einfach zu groß ist und außerdem sehr vielsagend und vielgreifend ist. Ich sehe aber sehr wohl die große Verantwortung, die wir als GR hier herinnen haben. Gerade diese Überlegung hat mir

geholfen, in der Diskussion in unserer Fraktion für Breitling zu stimmen. Wenn ich mich recht erinnere und wenn ich meinen Mitschriften trauen kann, so hat Dr. Breitling gesagt, er stellt uns kein fertiges Konzept vor, weil das zu weitgreifend ist. Er ist aber bereit, zu kommen, nachzufragen, einzuholen, zu hören, herzukommen und mit aufzunehmen. Wenn ein Mann, der sich bereit erklärt, ein Stadtkonzept zu planen, sich auch bereit erklärt, zu sagen nachfragen, einholen, hören, kommen, dann meine ich, daß dieser Mann sehr wohl in großer Verantwortung auf dieses Stadtkonzept eingeht. Und ich meine auch, was Hr. Payrleithner gesagt hat - denn ich stehe dafür, wo gute Gedanken herkommen, dort gehören sie auch angenommen -, daß wir in der nächsten Zeit in unserer großen Verantwortung sehr wohl mitzureden und mitzuarbeiten haben.

Daher meine ich, von dem, was Dr. Breitling angeboten hat, was er uns gesagt hat, daß wir sehr wohl heute hier dieser Auftragsvergabe zustimmen können.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Hr. GR Holub ist nun am Wort.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ganz kurz zu dem, was mein Vorredner gesagt hat. Ich glaube, um 3 Mill. S darf man schon mehr verlangen als einen Zuhörer und reinen Raumplaner.

ZWISCHENRUF:

1 Mill. S!

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Sorry, o. k.!

Ich möchte kurz daran erinnern, wie das zustande gekommen ist. Bei dieser Fraktionsvorsitzenden-Besprechung am 2. Juli trat für die GAL das erste Mal die Frage auf, wer diesen Auftrag bekommen soll. Da war es so, daß der Baudirektor nur von Prof. Breitling gesprochen hat, den Hr. Semsroth nur kurz erwähnt hat und auf Nachfrage gesagt hat: "Ich glaube nicht, daß er jemals schon ein StEK gemacht hat!" Das konnte ich natürlich widerlegen. Und dann ist noch kurz über Dr. Retzl gesprochen worden.

Ich denke mir, daß die Vorgangsweise in der Form abzulehnen ist. Daß es genügend Planer gibt in Österreich und daß wir ...

Ich glaube, ich muß aus gesundheitlichen Gründen bald einmal zurücktreten, weil es mir wirklich wieder schlecht geht. Es tut mir leid!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Fr. Scheucher bitte, als Ersatz!

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Wir sind ja Gott sei Dank jetzt doch schon zu zweit und es kann zumindestens immer einer für den anderen einspringen! Also ich bin sehr froh, daß mir das hier ermöglicht wird.

Ich möchte gleich am Anfang etwas ein bißchen zurecht rücken, was Hr. Dr. Schwager gesagt hat. Er dürfte mich hier nicht ganz richtig verstanden haben. Es war im Prüfungsausschuß und ich kann mich noch erinnern, daß ich gesagt habe, für mich müßte ein StEK und eine Person, die ein StEK erstellt, etwas visionäres haben. Dabei geht es nicht um meine Visionen und um die, die wir hier herinnen haben, sondern ich glaube, daß so ein Planer mehr sein müßte als jemand, der den Ist-Zustand aufnimmt, der vielleicht Verbesserungsvorschläge anbringt, der die Stadt so verplant, wie sie im Augenblick ist. Dieses "visionär" möchte ich so verstanden wissen, daß er einfach schaut, wo die Stadt hingehen wird. Das wurde heute schon ein paar Mal gesagt. In welche Richtung wird sie sich, kann sie sich, soll sie sich entwickeln?

Daß alle diese Bereiche, die für eine Stadt relevant sind - ob das jetzt die Schulstandorte sind, ob das die Freizeitbeschäftigung ist, ob das Grünland ist und was immer - in ein solches Konzept aufgenommen werden. D. h., für uns von der GAL-Fraktion müßte ein StEK umfassend und

ganzheitlich sein. Ich kann bei einem ganzheitlichen Konzept - das ist auch unsere Kritik - nicht an einem Ende anfangen und dann das andere dazu basteln. Wenn etwas ganzheitlich sein soll, dann müßte das auch ganzheitlich behandelt werden. Das müßte ineinander fließen und nebeneinander erstellt werden - nur so erfüllt es für mich den Anspruch der Ganzheitlichkeit.

Mir ist einfach diese Auswahl zu wenig und es hat auch immer wieder geheißen, wenn ich mit den einzelnen Mandataren gesprochen habe - ich nenne keine Namen, denn das weiß ohnehin jeder -, es ist weder der eine noch der andere ganz das, was wir uns vorstellen. Man müßte vielleicht beide zusammenbringen, dann hätten wir das, was wir uns vorstellen. Aber wir nehmen einfach das kleinere Übel.

Ich denke mir einfach, für eine Stadt wie Steyr ist mir das kleinere Übel zu wenig. Wir möchten einfach das Beste und wir möchten, daß wirklich das beste Konzept erstellt wird. Wenn das eben ein halbes Jahr länger dauert, dann ist das zwar auch für uns nicht schön und ich gebe Hr. Koll. Payrleithner recht; vielleicht gestehen Sie mir eine Anlaufzeit zu in der Zeit, daß ich einfach nicht gewußt habe, in welcher Form wir welche Anträge stellen könnten. Wir haben das vielleicht verschlafen, selber Anträge in der Richtung zu

stellen. Aber dahin geht eben heute unser Geschäftsordnungsantrag, daß man nämlich sagt, nicht jetzt um jeden Preis einen von den beiden; sondern daß man hergeht und das österreichweit ausschreibt. Dann hat man nämlich wirklich eine Auswahl - auch an modernen Stadtplanern.

Mir kommt das einfach antiquiert vor. So hat man vor einigen Jahrzehnten Stadtplanung gemacht. Das ist es heute nicht mehr. Heute soll und müßte das anders aussehen.

Im Interesse der Stadt Steyr wünsche ich mir einfach ein anderes Konzept. Deshalb werden wir diesem StEK nicht zustimmen können. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Als nächster ist Herr StR Holub am Wort.

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich glaube, werte Kolleginnen und Kollegen, daß hier ein wenig ein Streit um Kaiser's Bart und um das Prestige schlechthin abgewickelt wurde. Wenn sich nämlich alle informiert hätten, dann wüßten Sie, daß die Diskussion um den ersten Satz im Anbot des Breitling schon eine Erklärung findet. Wenn es nämlich heißt "örtliches Entwicklungskonzept Steyr" - der erste Satz sagt uns schon den Widerspruch aus dieser Diskussion.

Die Stadt Steyr hat die Absicht bekundet, als Vorarbeit für die Revision des Flächenwidmungsplanes ein StEK in Auftrag zu geben. Das ist es! Genau hier "springt der Affe ins Wasser". Genau dort liegt die Diskrepanz. Das wurde heute schon richtig gesagt, sowohl von Dr. Schwager, als auch von anderen Rednern, daß jeder mit anderen Vorstellungen assoziiert, wenn er das Wort "Entwicklungskonzept" ausspricht. Was ist ein Entwicklungskonzept? Das ist die springende Frage. Engelbert Lengauer hat es mit sehr blumiger Sprache ausgeführt. Die Person des Prof. Breitling hat mich insofern so weit überzeugt, daß ich meine, daß er mit seiner Erfahrung und mit seiner Aufbaustruktur, die er hier in der Präsentation vor dem GR der Stadt Steyr gegeben hat, zwar nicht der blendende Rhetoriker ist, den Dr. Retzl fraglos darstellt, - mag sein auch nicht der blendende Gemeinwesen-Entwickler, der Dr. Retzl zweifellos ist - aber jedenfalls ein solider, fundierter Fachmann, der uns helfen wird, die vorhandenen Informationen und Informationssysteme miteinander zu einer koordinierten Auswertung zu bringen und dann auch noch aufgrund seiner Persönlichkeitsstruktur uns helfen wird, diese Systeme, die er entwickelt hat, mit der Öffentlichkeit zu diskutieren.

Das schreibt er ja auch in seinem Anbot über das Leistungsbild, daß er natürlich genauso, wenn er Leitbilder entwickelt, diese mit der Öffentlichkeit diskutieren will. Und daß er natürlich auch den Mandatsträgern dieser Stadt das nötige Rüstzeug an die Hand geben will, wenn diese Diskussion geführt werden soll. Aber hier ist wieder der unterschiedl. Ansatzpunkt - das respektiere ich auch! Hier kann man verschiedener Meinung sein. Ich finde, daß es noch immer die Aufgabe der gewählten Mandatäre ist, das Gespräch mit dem Bürger zu führen und sich der Instrumente zu bedienen, die hier eine objektive Katalysator-Funktion ausüben können. Der andere Ansatzpunkt, nämlich der des Dr. Retzl, ist der, daß er sagt, das Gemeinwesen an sich - wenn ich Retzl richtig verstehe - hat die Kraft und die Intuition, um selbst die Wege in die Zukunft zu formulieren. Es braucht nur einen Moderator! Ich meine, daß der Moderator alleine hier zu wenig ist und selbst Retzl bestätigt das, weil er sagt, er müßte sich für die einzelnen Sachaufgaben noch mit der entspr. Expertise ausstatten. Und diese entspr. Expertise sind dann genau Kosten, die noch dazukommen. Viele Städte und auch kleinere Orte haben Retzl für die Gemeinwesen-Entwicklung engagiert und nennen das dann

Gemeindeentwicklungskonzept oder StEK, wie auch immer. Jetzt ist also der Ansatzpunkt ein wirklich unterschiedlicher. Wir meinen, daß es höchste Zeit ist, das Raumordnungskonzept unserer Stadt neu zu formulieren und die weiteren Entscheidungen in der Entwicklung dabei mit einzubeziehen.

Natürlich ist Gemeinwesen-Arbeit notwendig, natürlich ist Gemeinwesen-Arbeit gerade in Steyr viel zu kurz gekommen in der letzten Zeit. Das haben wir auch aus unserer Erfahrung bei Stadtteilgesprächen gesehen, die immer als Vortrag mit Wortmeldungen funktionieren und niemals als echte Diskussion über Herzensanliegen der Bevölkerung. Natürlich haben wir hier ein Defizit. Natürlich sollten wir auch daran arbeiten in unserem Selbstverständnis als Politiker. Aber ich glaube, daß es vorrangig zunächst einmal darauf ankommt, daß die vorhandenen Systemkenntnisse, die in Summe zu einem Ordnungsprinzip führen, fachmännisch fundiert zusammengetragen werden, in Lösungsansätze gekleidet und zur öffentlichen Diskussion gestellt werden.

Ich glaube, es wäre eine Fehleinschätzung der Situation, wollte man ohne diese fachliche Anleitung, aus der Systemkenntnis her, die Öffentlichkeit in die Diskussion hineinfördern. Und darum glaube ich, daß ich meiner Fraktion den richtigen Rat

gegeben habe, den Auftrag heute an Prof. Breitling zu vergeben und ich bin mir auch sehr sicher, daß es nicht nur mein Rat ist, sondern die persönliche Überzeugung jedes einzelnen Mitgliedes in der ÖVP-Fraktion, die die Abstimmung prägen wird. Ich glaube, daß man hier nicht - Dr. Pfeil hat es gesagt - nach politischen Spektakulum schielen sollte, sondern daß man tatsächlich nach der bestmöglichen Umsetzung von Zielvorstellungen denken sollte. Wenn man sich über die Ziele im klaren ist und die Zieldefinition eines Bewerbers um den Auftrag mit der eigenen Definition übereinstimmt, dann ist die Ausformung in den Beschluß eine einfache.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. War das die letzte Wortmeldung oder möchte noch jemand dazu Stellung nehmen? Bitte Herr Dipl.-Ing.!

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Ich möchte zu einer Entscheidung zum heutigen Zeitpunkt nur etwas zu Ihrer Wortmeldung hinzufügen. Was mich stört, ist eigentlich, daß mir die Höhe der Angebote etwas unrealistisch erscheint. Wenn man davon ausgeht, daß der Fußgängerübergang am Plenkberg eine Planungssumme von 600.000 Schilling kostet und ein

Raumordnungskonzept 1,3 Mill., dann kommt mir das irgendwie nicht korrekt vor.

Das zweite, das mich stört, ist - wenn wir uns einig sind, daß beide von völlig untersch. Umfängen ausgehen, nämlich Retzl und Breitling -, daß wir eigentlich für jeden dieser Umfänge, auch für die Raumordnung, nur einen Anbieter haben und keine Vergleichsmöglichkeit! Das ist mir bei einer so wichtigen Sache zu wenig! Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Frau Gemeinderätin Bauer bitte.

GEMEINDERAT FELICITAS BAUER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Ich habe jetzt so viel über Raumordnung, Raumplanung, geordnete Räume, Verordnungen und Konzepte gehört, aber für mich steht in erster Linie der Mensch im Vordergrund. Rein nach dem Hausverstand finde ich, daß diese Geschichte verkehrt aufgezäumt wird. Man müßte zuerst die menschlichen Bedürfnisse abchecken, was man eigentlich in dieser Stadt an Lebenswerten will. Die lebenswerten Grundlagen zuerst abchecken und das Raumplanungskonzept müßte dann praktisch erst in der 3. Phase mit einfließen.

Von meiner Warte aus wird das Ganze verkehrt angegangen! Biotope würden meiner Meinung

nach hineingehören, weiters die Schulentwicklung, die Sozialplanung, Altersvorsorge, Gesundheitsvorsorge - überhaupt ein lebenswertes Steyr, der Mensch im Vordergrund! Das Raumordnungskonzept müßte dann anschließend mit einfließen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich bitte um Verständnis, daß ich mich zum zweiten Mal zu Worte melde, weil mir das Thema wirklich wichtig erscheint. Wir haben es alle - weil es offensichtlich nicht richtig durchgekommen ist - hier bei diesem Hearing selbst gehört. Ich möchte nur wiederholen, was wir gehört haben. Das sind jetzt nicht meine Worte, sondern Worte von den beiden Anbietern. Ich bin auch der Meinung, weil es mir lieber wäre, daß wir mit diesem Konzept noch einmal von vorne anfangen. Aber, was wir jetzt hier beschließen, gebe ich zu bedenken!

Hr. Dr. Retzl hat eine große Referenzliste vorgelegt. Entschuldigen Sie bitte, wenn ich sie nicht vorlese, aber das sind mehrere Seiten. Derzeit arbeitet er an einem großen Projekt in Schwechat. Ein umfassendes StEK in Schwechat! Zum Unterschied dazu - zum soliden Fachmann

(Zitat Holub) - Prof. Breitling. Ich zitiere ihn nur wörtlich, weil im Amtsbericht steht, daß er vom Land OÖ., von der Raumplanung her als Fachmann hingestellt wird. Es fehlt mir aber die Dokumentation, wo er in Österreich fachlich tätig geworden ist.

Prof. Breitling sagt selbst, er hat für die Oö. Landesregierung eine Standortbewertung für Musikschulen gemacht - Punkt! Zitat Prof. Breitling. Für Musikschulen!

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:  
Und seine Erfahrungen in der BRD?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:  
Ist das schlecht?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD  
PFEIL:

"Welche konkreten Projekte bearbeiteten Sie in Österreich zuerst?" Darauf sagt er, in Österreich ist er nicht so gefragt! Wörtlich Prof. Breitling. Er hat Projekte in Östheim, Dinkelsbühl und in Tübingen, die ich nicht beurteilen kann, weil mir nichts vorliegt. Ich war nicht in diesen Städten - einmal war ich in Tübingen, ich weiß nicht, ob vor oder nach Breitling.

Er hat in Österreich ein Projekt bearbeitet - Liezen. Wörtlich Prof. Breitling: "Es war dort ein Flächenwidmungsplan zu

erstellen. Eine Umwandlung von einer Industriezone in eine Handelszone."

Ich komme dann noch auf die Fragen zurück, die ihm gestellt worden sind, wie er die Bevölkerung einbezieht. Und es ist nicht so, wie Hr. Holub gesagt hat, daß Dr. Retzl - ich habe mich noch sehr lange mit ihm unterhalten - dem Volk das alleine überläßt bzw. er nur als Moderator fungiert. Aber er geht von einem anderen Ansatz aus, als Prof. Breitling und möchte die Bürger in den Entscheidungen mitbeteiligen. Ich glaube, das ist auch wichtig!

Ich lese Ihnen vor, daß Prof. Breitling ...

STADTRAT KARL HOLUB:  
Genau das will Breitling auch. Sie lesen Ihren eigenen Fragebogen vor, den Sie für Retzl entwickelt haben! Das ist eine so unfaire Handlung ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD  
PFEIL:

Nein, das ist die Frage, die von Ihrer Fraktion an Prof. Breitling gestellt worden ist. Nicht mein Fragenkatalog. Und zwar ist hier eine Frage gekommen, wie er die Bevölkerung einbeziehen will. Darauf sagt Prof. Breitling: "Befragung der Bevölkerung - JA"; er will sie auf den Geschmack bringen aufgrund der Befragung. Welche Themen ihnen nämlich als wichtig erscheinen. Der Postrücklauf liegt bei diesem

System bei ca. 25 Prozent. Er hat diese Befragung noch als "Fragebögelchen-Aktion" bezeichnet! Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Das war die letzte Wortmeldung, darum bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Meine Damen und Herren des GR! Vor etwa 14 Tagen hat Hermann Polz geschrieben unter der Kolumne "DER PUNKT" - ganz kurz, aber sehr zutreffend: "ANGST. - Aus Angst vor dem Denken suchen viele Unterschlupf in fertigen Denkgehäusen!"

Das trifft die Dinge ein bißchen, über die wir hier diskutieren. Auf der einen Seite, meine Damen und Herren, erkennen wir, daß wir alleine nicht in der Lage sind, so ein StEK zu machen. Auf der anderen Seite möchten wir aber gerne entsprechend mitwirken. Es ist jedoch die Kritik gekommen, daß es in der Vergangenheit nicht ausreichende Konzepte gegeben hat - das mag durchaus zutreffen, überhaupt dann, wenn schon ein gewisser Zeitraum zurückliegt. Solche Konzeptionen sind Leitbilder. So wird das auch von denen gesagt, die solche Konzeptionen aufstellen und entwickeln. Sie sind rollende Planungen - sagen andere. Der Zeitgeist ändert sich und die Bedürfnisse ändern sich. Es gibt

keine Rezepturen, die eins und eins und eins "schema-F-mäßig" dann durchgezogen werden.

Es ist wirklich die Frage, ob man so oder anders an eine solche Erstellung herangeht. Die eine Denkschule, der Sie offenbar anhängen, Hr. Dr. Pfeil, ist die, daß Sie sagen, nehmen wir uns einen, der wahrscheinlich doch mit anderen zusammen ein Konzept machen soll für unsere Stadt. Ein Denkgehäuse soll er uns fabrizieren, um auf Hermann Polz zurückzukommen.

Eine Philosophie, die Sie eigentlich in anderen Bereichen ablehnen. Sie haben sehr stark - über weite Strecken zurecht - die Praxis kritisiert, an Generalunternehmer Aufträge zu vergeben, die dann über Jahre hinaus realisiert werden. In diesen Zeiträumen ändern sich die Bedürfnisse, unsere Vorstellungen, die Materialien, die Einrichtungen und die Zielsetzungen. Also Generalunternehmer-Konzeptionen lehnen Sie ab und es ist vieles daran, warum man das in der heutigen Zeit wahrscheinlich tun sollte.

Wenn Sie aber diese Philosophie haben, warum wollen Sie dann im Bereich der Stadtentwicklung (etwas ganz Ernstem, etwas ganz Wichtigem für diese Stadt) auf einmal einen Generalunternehmer anheuern? Darauf kommt es ja hinaus!

Ich meine, daß es in Österreich oder in Europa niemand gibt, ob

der Retzl, Breitling, Semsroth, Sackmauer oder irgendwie heißt, der ein umfassendes StEK, das in allen Bereichen alles abdeckt, alleine machen könnte! Er müßte sich also - Prof. Retzl hat das auch gesagt, Koll. Holub hat es angeführt - hier Expertisen machen lassen. Er müßte weitere Experten beauftragen, um Teilkonzepte zu entwickeln. Was auch völlig verständlich ist, denn das Wissen der Menschen ist so umfassend, daß einer alleine nicht in der Lage ist, diesen ganzen breiten Bereich, dieses Spektrum, das erforderlich ist, abzudecken.

Wenn wir dieser Überlegung folgen - ich habe mich damit auseinandergesetzt, weil ich auch zuständig dafür bin; nicht nur ich, aber ressort-zuständig im besonderen und daher muß man sich vielleicht ein bißchen mehr damit beschäftigen -, dann bin jedenfalls ich zur Auffassung gelangt, daß man so, wie man ein Haus baut, nicht mit dem Dach anfängt, sondern mit den Fundamenten. Man soll also mit dem anfangen, was wir schon haben - die Stadt Steyr - auf 26,4 km<sup>2</sup>, mit ihrer ganz besonderen Topographie und bisherigen Gestaltung. Was unsere Väter in mehr als tausend Jahren hier geschaffen haben, das ist gegebene Tatsache. Was unsere Vorgänger hier im GR geschaffen haben, das sind gegebene Tatsachen! Darauf muß aufgebaut werden.

Raumordnung ist nur ein Teil eines umfassenden Entwicklungskonzeptes, Hr. Dr. Schwager, hier pflichte ich Ihnen vollkommen bei. Andere Vorredner haben das ja auch schon gesagt. Ich sehe nicht das umfassende StEK durch Hr. Prof. Breitling sozusagen erarbeitet, wenn wir ihm den Auftrag geben, sondern ich meine, es ist ein wichtiger Teil und der richtige Teil, mit dem wir beginnen sollen! Davon bin ich vollkommen überzeugt.

Ich habe gesagt, wie ein Tortenblech kommt es mir vor. Auf diesem Tortenblech müssen dann die Segmente, die Teilkonzeptionen angeordnet werden. Aber natürlich ist die Raumordnung Grundlage. Und auch deswegen, weil wir, meine Damen und Herren, in Wirklichkeit nicht alleine agieren können. Wir können die schönsten Konzeptionen entwickeln. Sie können unserem Wunschdenken entsprechen, sind aber nicht realisierbar, weil wir z. B. in der Raumordnung die Landeskompetenz haben. Ein kleines Beispiel gefällig, meine Damen und Herren? Die Fa. Braunsberger hätte gerne einen Fachmarkt errichtet - das ist gestern oder heute in der Zeitung gestanden - und hat sich beinahe auch schon das Grundstück gesichert. Wir sind auch der Meinung, daß dieser Fachmarkt dort hinpassen würde. Nicht zu groß, bis zu 20.000 m<sup>2</sup>; wenn

sich das ordentlich verteilt, wäre es denkbar. Wir möchten gerne dieses renommierte Unternehmen in Steyr erhalten. Wir machen ja auch für Betriebsansiedlungspolitik viele Millionen locker, um Betriebe herzulocken bzw. anzusiedeln und ihnen Impulse zu geben, daß sie herkommen. Es ist also jedesmal ein schmerzliches Erlebnis, wenn ein Unternehmen - noch dazu ein so altes und renommiertes mit einem Namen, der weit über die Stadt hinausgeht - absiedelt. Aber die Oö. Raumordnungsbehörde sagt gegenwärtig nein.

Ich will nur darauf hinweisen, meine Damen und Herren, daß wir ein Konzept haben können, das irgendjemand entwickelt, das uns gefällt und das wir hier auch beschließen. Wir können es nur nicht umsetzen. Wir produzieren Leerkilometer und arbeiten ineffektiv - vielleicht um viel Geld.

Daher ist es schon interessant, wenn hier im Gleichklang sozusagen mit der Raumordnungsbehörde begonnen wird, diese Konzeption zu erarbeiten. Das ist eine Grundüberlegung gewesen. Und wenn Sie, Herr Dr. Pfeil, in Ihren Ausführungen ein paar "bemerkenswerte" Äußerungen machen, dann muß ich schon dazu Stellung nehmen. Wenn Sie so sagen, ein netter, älterer Herr; oder wenn Sie an einer anderen Stelle Ihrer

Ausführungen sagen: ...ein Freund unseres alten Baudirektors ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das hat er selbst gesagt!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

... und von Dr. Stickler.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das hat er auch hier öffentlich bekannt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ja, wie Sie das bringen, aus dem Zusammenhang gerissen, ist ja eine ganz bestimmte Absicht damit verbunden. Oder nicht, Herr Dr. Pfeil? Ich muß Ihnen sagen, Sie sind noch nicht lange in der Politik, aber Sie haben in dieser kurzen Zeit ein beachtliches Niveau an Demagogie entwickelt! Ich wäre froh, wenn Sie in anderen Bereichen auch so dynamisch unterwegs wären! Das muß ich Ihnen schon sagen bei dieser Gelegenheit.

Beifallskundgebung der Stadträte Holub und Ing. Schloßgangl

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Wissen Sie, daß Hr. Prof. Breitling u. a. der Prof. von unserem, im Ruhestand befindlichen, ehem. Baudirektor Dr. Ehler war? Er hat sein

Doktorat dort gemacht. Wissen Sie, was er für eine Doktorarbeit geschrieben hat? Das wissen Sie auch. Dann wissen Sie also, daß das mehrere Bücher sind und daß sie sich mit dem Wehrgraben in der Stadt Steyr und mit der Region überhaupt beschäftigen; und daß hier doch eigentlich alleine schon aus dieser Arbeit für Sie als Akademiker zu Tage treten müßte, daß hier die Beziehung zu Steyr durch Dr. Breitling eine sehr intensive ist und daß er sich damit beschäftigt hat.

Meiner Meinung nach spricht es eher für Prof. Breitling, wenn er nicht nach Steyr kommt und so tut, als wüßte er alles. Das hat mich eigentlich beeindruckt. Und wissen Sie, was mich noch beeindruckt hat? Daß er gesagt hat, es ist auch erforderlich und entspricht seiner Arbeitsweise, eine Konzeption zu machen - nämlich mit den Verantwortlichen. Wir werden also sicherlich diskutieren wollen und können, das ist keine Frage. Vor allem hat er mir damit imponiert, daß er gesagt hat, er möchte auch in bezug auf die Finanzkraft und die Möglichkeiten unserer Kommune Konzeptionen entwickeln.

Das, glaube ich, sollten wir doch akzeptieren! Die Seriosität dieses Mannes war für mich schon beeindruckend. Und noch etwas möchte ich sagen. Eine Frage war sehr interessant; und zwar von einer Kollegin aus Ihrer

Fraktion, der Frau Kollegin Thurner. Sie hat nämlich dort das Wort ergriffen und zu Hr. Prof. Retzl gesagt: "Wie ist denn das, wenn wir zunächst die Leute in unserer Stadt fragen, was sie wollen und was sie sich wünschen von einem StEK? Wenn diese Frage gestellt wird und die jungen Menschen wünschen sich eine große Halle für 5.000 Leute" - Ihr könnt Euch erinnern, Ihr seid alle dabei gewesen - "und wir müssen ihnen dann sagen, es ist leider nur ein Traum, der nicht realisierbar ist!"

Dann zeigt sich, daß das Problem StEK nicht auf der Basis des Moderierens gelöst werden kann. Sondern hier ist schon Sachkompetenz einzubringen, meine Damen und Herren, und das Wissen um diese Dinge. Wenn Hr. Dr. Breitling nicht mit einer Referenzliste gekommen ist, daß er eine Stadt entwickelt hat für 30.000 Leute u. ä. m., dann ist das vielleicht ein Ansatz, der heute nicht so gefragt ist, der unter dem Oberbegriff "Bescheidenheit" enthalten ist. Das macht mich aber auch nicht traurig darüber, wenn doch dieser Mann diesen Auftrag bekommen kann.

Es sind viele interessante Bemerkungen gemacht worden. Ich meine, daß der GR der Stadt Steyr die Verantwortung nicht weglegen kann an einen Generalunternehmer, sondern daß wir mit Breitling beginnen, mit dem Fundament für dieses StEK. Voraussetzend, weil der Druck am

größten war, ist ein Verkehrskonzept beauftragt worden - das ist schwierig und dauert lange. Der Papierstapel ist ungefähr einen halben Meter hoch, Sie wissen es, Sie sind Verkehrsreferent. Haben Sie es schon gelesen in allen Details? Verstehen Sie es? Können Sie es durchblicken? Diese ganzen Untersuchungen, die doch nicht einfach sind und wissenschaftlich gemacht wurden? Meine Damen und Herren, wenn wir das könnten, dann bräuchten wir doch nicht solche Aufträge zu vergeben. Wir müssen schon auch Vertrauen in die Fachkompetenz von Spezialisten setzen. Dazu beauftragen wir sie ja! Natürlich werden wir auch diese Konzeptionen auf ihre Plausibilität zu prüfen haben, bevor wir sie zum Beschluß erheben und an die Durchführung schreiten. Das ist überhaupt keine Frage!

Wir haben ein Sozialkonzept in Vorbereitung, als zweites Teilkonzept. Das brauchen wir nämlich ganz dringend, weil hier selbstverständlich ein Raster, ein Instrumentarium vorhanden sein muß, wo wir vom Säugling, vom Kleinkind bis zum Pflegefall in unserem Altersheim, die institutionalisierten Hilfen in diesem Bereich und auch die, die auf freiw. bzw. vereinsmäßiger Basis bereits bestehen, alles enthalten haben. Wir brauchen das Instrumentarium deswegen, weil auch hier keine

Konkurrenzveranstaltungen durchgeführt und von uns gefördert werden sollen; weil wir auch hier die entsprechenden Budgetansätze mit Verantwortung dafür erarbeiten müssen; und weil wir auch koordinierend hier eingreifen müssen, da es von selbst nicht funktionieren wird.

So werden wir Konzepte für den Kulturbereich, für den Sportbereich, für den Umweltbereich u. v. a. Bereiche mehr erstellen, je nach dem, wo wir das Bedürfnis als GR ansetzen. Ich meine, für jeden dieser Bereiche ist der Beste gerade gut genug! Und den Besten soll nicht ein Generalunternehmer aussuchen, sondern der GR der Stadt Steyr. Daher glaube ich, daß wir guten Gewissens, meine Damen und Herren, für diesen Auftrag eintreten können und ich bitte Sie noch einmal, dieser Auftragsvergabe zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke für das Schlußwort. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Stimmenthaltungen? 5 Enthaltungen (FP). Gegenstimmen? 3 Gegenstimmen (1 FP, 2 GAL).

Ich danke. Die Zeit drängt zwar, aber 5 Minuten Pause könnten wir schon einlegen, um zu lüften! Einverstanden? Ich unterbreche

die Sitzung für 5 Minuten.  
Wirklich nur fünf Minuten!

PAUSE VON 17.20 BIS 17.25 UHR

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB  
VERLÄSST UM 17.25 UHR WEGEN  
KRANKHEIT DIE SITZUNG.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABL-  
LIK:

Die Sitzung ist wieder eröffnet  
und ich bitte Sie, die Plätze  
einzunehmen.

Nun ersuche ich Hr. Bgm., zu  
Punkt Nr. 3) vorzutragen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Der nächste Antrag, meine Damen  
und Herren, beschäftigt sich mit  
einer Förderung; und zwar an die  
BMW-Motorengesellschaft mbH.  
Es ergeht der Antrag des StS an  
den GR:

- 3) Präs-486/78  
BMW-Motoren-Ges.m.b.H.;  
Förderung der II. und III.  
Ausbauphase.

Der Gemeinderat wolle beschlie-  
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes der  
MA II vom 7. Oktober 1992 wird  
die Förderung der BMW-Motoren-  
Ges.m.b.H. für die II. und III.  
Ausbauphase wie folgt abge-  
ändert:

1. Die letzte Förderungsrate für  
die II. Ausbaustufe in der Höhe  
von S 5,865.468,-- wird noch im  
Jahr 1992 zur Auszahlung  
gebracht.

Zu diesem Zweck wird bei VAS<sup>t</sup>  
5/7820/776020.3 für das  
Rechnungsjahr 1992 eine  
Kreditüberschreitung in der Höhe  
von S 5,865.000,-- genehmigt.

2. Die 1. Förderungsrate für die  
III. Ausbaustufe in der Höhe von S  
11,000.000,-- wird im 1. Quartal  
1993 zur Auszahlung gebracht.

3. Die 2. Förderungsrate für die  
III. Ausbaustufe in der Höhe von S  
11,000.000,-- wird Anfang 1994  
zur Auszahlung gebracht.

Sparsamen Umgang mit den  
Förderungen! Hr. Dipl.-Ing. Mun-  
dorff, Sie sehen, wir machen das!  
Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABL-  
LIK:

Wer wünscht dazu das Wort?  
Niemand. Dann kommen wir zur  
Abstimmung. Wer für diese  
Förderung ist, den bitte ich um  
ein Zeichen mit der Hand.  
Stimmenthaltungen? Keine.  
Gegenstimmen. Auch keine. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt  
sich ebenfalls mit einer  
Gewerbeförderung. Es ergeht der  
Antrag des StS an den GR:

- 4) Ha-4555/92  
Fa. Karl Burgholzer GesmbH  
(Burg Design), Ennser Stra-  
ße 31 a, 4400 Steyr; Gewer-  
beförderung.

Der Gemeinderat wolle beschlie-  
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA II vom 7. Oktober 1992 wird der Firma Karl Burgholzer Ges.m.b.H. (Burg Design), 4431 Haidershofen 199, für Maschineninvestitionen in der Höhe von S 10,500.000,-- am Betriebsstandort Steyr, Ennserstr. 31 a, ein 1%iger Zinsenzuschuß auf die Dauer von 5 Jahren, berechnet auf Basis eines fiktiven Tilgungsplanes (Kapital S 10,500.000,--, Laufzeit 10 Jahre, halbjährliche Kapitalraten) gewährt. Dies bedeutet eine Gewerbeförderung in der Höhe von ca. S 402.000,-- verteilt auf 5 Jahre. Zu diesem Zweck werden bei VAS 5/7820/756000.9 für das Rechnungsjahr 1992 Mittel in der Höhe von S 101.000,-- freigegeben.

Auch hier bitte ich um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Hiezu gibt es auch keine Wortmeldung. Also kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen, wenn Sie zustimmen. Stimmenthaltung? Gegenstimmen? Keine. Einstimmig, danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Um eine weitere Gewerbeförderung geht es im nächsten Antrag. Und zwar ergeht der Antrag des StS an den GR:

5) Ha-4335/91

Firma ATD Ges.m.b.H., Arbeiterstr. 19, 4400 Steyr;  
Gewerbeförderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA II vom 7. Oktober 1992 wird der Firma ATD-Automobiltechnisches Design Ges.m.b.H., Arbeiterstraße 19, 4400 Steyr, für Investitionen am Betriebsstandort Blumauergasse 34, ein 2%iger Zinsenzuschuß auf die Dauer von 5 Jahren, berechnet auf Basis eines fiktiven Tilgungsplanes (Kapital S 6,820.000,--, Laufzeit 10 Jahre, halbjährliche Kapitalraten) gewährt. Dies bedeutet eine Gewerbeförderung in der Höhe von ca. S 522.000,-- verteilt auf 5 Jahre.

Zu diesem Zweck werden bei VAS 5/7820/756000.9 für das Rechnungsjahr 1992 Mittel in der Höhe von S 132.000,-- freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Auch zu diesem Antrag wünscht niemand das Wort, daher kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dafür? Danke. Stimmenthaltungen? Keine. Gegenstimmen? Auch keine. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Der nächste Antrag betrifft die heute schon mehrmals an-

gesprochene Subventionsordnung. Sie entspricht einer Empfehlung des RH, ist auch eigene Intention. Wir haben hier die Richtlinien erarbeitet und auch nachgesehen, wie andere Städte das machen. Es geht darum, daß im Detail festgelegt wird, welche Möglichkeiten bestehen. Voraussetzung für die Gewährung ist jedenfalls ein schriftlicher Antrag des Förderungswerbers. Gefördert werden können insbesondere alle Aufgaben und Vorhaben kultureller, kirchlicher, wissenschaftlicher, wirtschaftlicher, sozialer und sportlicher Art sowie jene der Gemeinschaftspflege, Jugend- und Gesundheitsförderung, wenn sie im Interesse der Stadt Steyr liegen.

Konkret darf auch noch bemerkt werden, daß hier sämtl. Fraktionen die Gelegenheit gehabt haben, Ihre Stellungnahmen abzugeben und diese auch im Entwurf eingearbeitet wurden. Der Antrag selbst lautet (es ist ein Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses):

6) Präs-460/91  
Subventionsordnung  
der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 16. Oktober 1992 werden die Richtlinien für die Gewährung von Förderungsmitteln durch die

Stadt Steyr (Subventionsordnung) genehmigt.

Diese Subventionsordnung ist durch Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen und tritt mit Ablauf des Tages ihrer Kundmachung in Kraft. (BEILAGE)

Ich bitte auch hier um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Sie haben den Vortrag gehört. Als erster hat sich StR Eichhübl zu Wort gemeldet; dann Frau Gemeinderätin Jeloucan.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich darf vorausschicken, werte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR, daß wir diesem vorliegenden Antrag, der in Zukunft über eine Subventionsordnung die Vergabe von Subventionen regeln wird und soll, die Zustimmung geben. Aber nicht nur deswegen, weil es uns ermöglicht wurde, einige eigene Gedanken in dieser Subventionsordnung unterzubringen oder etwa, weil sich auch der RH damit beschäftigt hat seit einiger Zeit und Anregungen gibt, in diese Richtung tätig zu werden; sondern, weil wir vor allen Dingen einen von uns seit Jahren gewünschten Effekt von mehr Transparenz und Überschaubarkeit erwarten - bei Anwendung dieser hier zur

Beschlußfassung vorliegenden Subventionsordnung.

Vor allen Dingen betrifft das den Bereich und die Fragestellung, ob ein Subventionsantrag überhaupt gerechtfertigt ist, ob die Höhe gerechtfertigt ist und ob auch die Mittel zweckentsprechend den Angaben verwendet werden. Daß es notwendig ist, meine Damen und Herren des GR, eine derartige Subventionsordnung zu erlassen, hat sich einmal mehr bei den vielen Gesprächen der Fraktionsobmänner herausgestellt, die diese Subventionslisten, die ja bisher eine Automatik dargestellt haben, überarbeiteten.

In den Gesprächen und bei dieser Überarbeitung hat sich einmal mehr und immer wieder herausgestellt, daß es eigentlich sehr viele Vereine gibt, die auf dieser Subventionsliste aufscheinen, wo man nicht genau weiß, ob tatsächlich die Höhe gerechtfertigt ist, ob der Anspruch gerechtfertigt ist und ob es diese Vereine zum Teil noch gibt! Das ist hauptsächlich auch der Grund, meine Damen und Herren, daß ich mich heute hier zu Wort gemeldet habe und im Namen der Fraktion nochmals die Zustimmung bekunde und vor allen Dingen darauf hinweise, daß wir in Zukunft eine derartige Automatik nicht mehr wünschen und aufgrund dieser Subventionsordnung meinen, daß diese hintanzuhalten ist.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Nun erteile ich Fr. Gemeinderätin Jeloucan das Wort.

GEMEINDERAT ANNA JELOUCAN:

Sehr geehrter Herr Bgm., werte Damen und Herren des GR! Durch die zur Beschlußfassung vorliegende, modifizierte Subventionsordnung der Stadt Steyr für die Gewährung von Förderungsmitteln wird ein wesentl. Schritt gemacht. Über die Richtlinien möchte ich nicht weiter diskutieren; die Kolleginnen und Kollegen des GR werden sich inhaltlich damit beschäftigt haben.

Warum Vereine Subventionen beantragen, ist meistens, weil der Anteil der Mitglieder nicht kostendeckend vorhanden ist. Daß der "Verein Frauenarbeit" ins Leben gerufen wurde, entspricht dem Umstand der arbeitslosen Frauen in der Region Steyr. Projekte können nur über Vereine erarbeitet werden, die von Förderungsmaßnahmen abhängig sind und über keine Einnahmen verfügen. Eine Förderung, die zwar im weitesten Sinn wieder an die Gemeinde zurückfließt. Ich denke dabei an die Sozialhilfe-Bezieherinnen.

Und das Argument, es wollen sich ein paar Akademikerinnen einen Arbeitsplatz schaffen, wehre ich entschieden ab. Daß der "Verein Frauenarbeit Steyr" die Voraussetzung für die Gewährung einer Förderung erbringt und im

Interesse der Bewohner der Stadt Steyr dient, davon können sich die Damen und Herren des GR jederzeit überzeugen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wenn Sie für diesen Antrag stimmen, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Stimmenthaltungen? Keine. Gegenstimmen? Ebenfalls keine. Danke; ich bitte um den nächsten Punkt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Meine Damen und Herren des GR, der nächste und damit mein letzter Antrag betrifft die auch schon mehrmals angesprochenen Richtlinien für die Vergabe von Fördermitteln an Gewerbebetriebe. Es ist eine umfangreiche Arbeit geworden. Auch hier haben alle Fraktionen ihre Gedankengänge mit eingebracht und es ergeht heute der Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses an den GR:

7) Präs-1208/90

Richtlinien f. die Vergabe von Fördermitteln an Gewerbebetriebe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 16. Oktober 1992 werden die Richtlinien für die Vergabe von Fördermitteln an

Gewerbebetriebe durch die Stadt Steyr genehmigt.

Diese Richtlinien sind durch Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen und treten mit Ablauf des Tages ihrer Kundmachung in Kraft. (BEILAGE)

Ich ersuche auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Sie haben den Vortrag gehört. Wer wünscht dazu das Wort? Bitte, Hr. StR Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bürgermeister! Dasselbe, was ich vorhin gesagt habe in Bezugnahme auf die Zustimmung der Freiheitlichen GR-Fraktion, trifft auch auf diesen Antrag zu. Ich möchte eigentlich damit beginnen, daß "GUT DING BRAUCHT WEILE" auch bei diesem Antrag zutrifft, und es richtig ist, was Hr. Bgm. vorhin bereits hier vor diesem Gremium gesagt hat; daß nämlich alle Fraktionen die Möglichkeit gehabt haben, an der zur Beschlußfassung vorliegenden Fassung mitzuarbeiten, also diese Richtlinien mitzubestimmen. Dabei sind doch einige sehr wesentliche Punkte enthalten, die die "Freiheitliche Handschrift" tragen.

Ich möchte nur auf ein paar hinweisen, um in meinen Ausführungen nicht zu lange zu

werden. Bei der Nahversorgung haben wir gemeint unter § 3, daß man eine Förderung nicht nur zur Standorterhaltung geben soll, sondern auch zur Gründung. Desweiteren, unter demselben §, haben wir verlangt, daß Aufschließungsbeiträge nach der Oö. Bauordnung und Kanalanschlußgebühren sowie bei der Tragung der Kosten der Errichtung wasserrechtl. vorgeschriebener Anlagen zum Tragen kommen.

Auch die Kleingewerbeförderung - das darf ich hier positiv anmerken - ist angehoben worden auf 25.000 S, womit doch eine gew. Anpassung gegenüber den größeren Unternehmungen, die eine derartige Förderung beanspruchen, gewährleistet ist. Ebenso, betreffend die Kleingewerbebetriebe und deren Förderung, waren wir der Meinung, nachdem ursprünglich eine jährliche Umsatzhöhe von höchstens 4 Mill. S in diesem Bericht war, daß wir diese 4 Mill. auf 6 Mill. S anheben sollten. Auch in den weiteren Bereichen gibt es eine Reihe von Anmerkungen, die ihren Niederschlag gefunden haben.

Allerdings darf ich hier doch auch etwas zu bedenken geben - jetzt komme ich zu dem Punkt, wo eine Förderungsunterbrechung eintritt. Dort heißt es, daß nach Stilllegung, Auflösung oder Bestellung eines Kurators oder Beistandes für Unternehmen diese Förderungsleistung

einzu­schränken ist. Hier hätten wir uns vorgestellt, daß man einen Passus schafft. Wenn durch Todesfall ein Unternehmer eben nicht mehr in der Lage ist, diesen Betrieb weiter zu führen und ein Familienmitglied diesen Betrieb weiter führt, daß man dem dann nicht die Bürde eines weiteren Kanossaganges aufhalsen sollte. Das ist leider nicht in diese Schlußfassung mit aufgenommen worden.

Nun noch ein Satz zu den Überprüfungen. Obwohl wir von der Freiheitlichen GR-Fraktion an sich immer für eine ordnungsgemäße Überprüfung einer Subvention sind, scheint mir diese Überprüfung doch etwas zu sehr ausgedehnt zu sein. Denn hier handelt es sich ja beinahe schon, ohne jemandem nahe treten zu wollen, um eine zweite Finanzprüfung. Wir können nur hoffen, daß diese Richtlinien einer Überprüfung auch in anderen Bereichen, z. B. bei anderen Subventionswerbern der allg. Subventionsliste, die ich vorhin angeführt habe, angewendet werden.

Damit bin ich schon am Schluß meiner Ausführung und darf nochmals die Zustimmung der Freiheitlichen GR-Fraktion bekunden.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Frau Gemeinderätin Mach bitte.

GEMEINDERAT FRIEDERIKE MACH:  
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren des GR! Der Weiterentwicklung unserer Wirtschaft, sowohl in Industrie als auch im Gewerbe, muß auch in Zukunft größtes Augenmerk zugewandt werden. Dazu zählt natürlich auch die bestmögliche Förderung bereits bestehender Betriebe, wie auch vermehrt gute Voraussetzungen für weitere Betriebsansiedlungen zu schaffen.

Die in den letzten Jahren weltweit entstandene Umorientierung vieler Großbetriebe und Konzerne und der immer größer werdende Wettstreit am Weltmarkt sind auch (oder gerade) in unserer Stadt Steyr nicht spurlos vorüber gegangen. Durch die Gewerbeförderung können wir die Branchen verbessern. Dadurch wird jedoch auch die Krisenanfälligkeit gemildert.

Ich hoffe, daß mit diesen Richtlinien auch das Problem der Nahversorgung gelöst wird und wir so dem allg. Wunsch der Bevölkerung nachkommen. Gewerbeförderungen bieten Anreiz für Investitionen und verbessern nachhaltig die Wirtschaftskraft unserer Stadt. Damit werden bestehende Arbeitsplätze gefestigt und neue geschaffen.

Großinvestitionen, wie z. B. bei BMW, brachten eine wesentl. Besserung für den Arbeitnehmer und waren Impulsgeber für viele

Steyrer Gewerbebetriebe. Nur eine florierende Wirtschaft garantiert der Stadt sichere Steuereinnahmen und der Bevölkerung den gewünschten und angestrebten Wohlstand! Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Als nächster hat sich GR Spöck zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Ich habe bereits zu Beginn der GR-Stizung bei der Behandlung des RH-Berichtes darauf hingewiesen, daß auch richtigerweise vom RH unsere Wirtschaftsförderung kritisiert wurde. Ich habe auch gesagt, daß von seiten der ÖVP-GR-Fraktion in der Vergangenheit schon immer eine Änderung gefordert wurde. Die heute zu beschließenden Förderungs-Richtlinien tragen sicherlich auch die Handschrift der Österr. Volkspartei. Es wurden sehr viele Vorschläge, die von unserer Seite gekommen sind, eingearbeitet. Wenn ich nur einen herausgreifen darf, z. B. bei der Kleingewerbeförderung - die Anhebung von 4 auf 6 Millionen Schilling je Standort. Die Verhandlungen waren sicherlich nicht leicht, sie dauerten über 2 Jahre, aber das Ergebnis ist sicher sehenswert!

Ganz kurz möchte ich noch für das Protokoll zur Klarstellung

etwas bekanntgeben - bei der Kleingewerbeförderung. Die Kleingewerbebetriebe werden ja auch mit 25.000 S (bisher 10.000 S) gefördert. Aber diese Förderung schließt in unseren Augen auch nicht die anderen Förderungen aus. Das möchte ich nur für das Protokoll und für die Zustimmung bekanntgeben.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Hr. Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Werfen Sie mir bitte nicht vor, daß ich ein Formalist sei. Aber der Antrag, der hier vom Finanz- und Rechtsausschuß an den GR gerichtet wurde, besagt, daß aufgrund des Amtsberichtes der MD vom 16. Oktober 1992 ...usw. beschlossen werden möge.

Wenn Sie sich jedoch die Unterlagen ansehen, die Sie alle bekommen haben - ich habe im Umkreis bei mir ein wenig herumgefragt -, dann finden Sie sehr wohl einen Amtsbericht. Aber keinen vom 16. Oktober, sondern vom 6. Mai 1992!

Ich darf Ihnen dazu noch etwas sagen. Es ergibt sich auch eine ganz nette Diskrepanz; im Amtsbericht vom Mai 1992 sind z. B. noch in dem Punkt, der dann im § 4, Abs. 3 (lit. d) seinen Niederschlag gefunden hat, hinsichtlich der Kleinbetriebe,

50.000 S ausgeworfen und in den Förderungsrichtlinien, die wir als solche zu beschließen haben, 25.000 S.

Gehen wir davon aus, daß wir die Förderungsrichtlinien zu beschließen haben, dann vergessen wir den Amtsbericht mit Datum und Fehlern. Ich darf jedoch sagen, daß wir selbstverständlich trotzdem zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke für den Hinweis. Wenn auf das Schlußwort verzichtet wird, kommen wir nun zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Keine Stimmenthaltungen. Einstimmig angenommen.

Ich behalte den Vorsitz, weil der Bürgermeister gezwungen ist, jetzt die Sitzung zu verlassen. Anläßlich der Eröffnung der neuen Stelle für Bewährungshilfe sind nämlich der BM Dr. Michalek und LH Dr. Ratzenböck in Steyr. Natürlich muß der Vertreter der Stadt anwesend sein. Ich bitte, ihm das zu entschuldigen.

Nun kommen wir zum nächsten Punkt. Und zwar wird gebeten, daß Hr. Dr. Pfeil als Vbgm. die Berichterstattung über die Hundeabgabe-Ordnung durchführt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR VERLÄSST UM 17.52 UHR DIE SITZUNG.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜR-  
GERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in meinem einzigen Antrag möchte ich heute kundgeben:

Ich lese den Antrag des StS an den GR wörtlich vor:

8) Gem VI-1744/91

Hundeabgabeordnung der Stadt Steyr; Gebührenregelung; Neufestsetzung der Abgabenhöhe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Stadtsteuerreferates vom 24. 9. 1992 wird die in der Anlage beigeschlossene Hundeabgabeordnung der Stadt Steyr genehmigt. Die Kundmachung hat gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr durch Verlautbarung im Amtsblatt der Stadt zu erfolgen. Die Verordnung tritt mit 1. 1. 1993 in Kraft. (BEILAGE)

Diese Verordnung hat lt. Amtsbericht vorgesehen, daß die seit längeren Jahren bestehende Hundeabgabe-Verordnung (d. h., die sog. Hundesteuer) von einem Hund von 330 S auf 400 S erhöht wird. Für den zweiten Hund wurde eine Einigung erzielt und es war vorgesehen, 660 S zu verlangen. Es kam nun zu einem Abänderungsantrag der ÖVP und SPÖ, daß die Hundeabgabe für jeden zweiten und jeden weiteren Hund nicht 660 S

betragen soll, sondern auf 800 S zu erhöhen ist. Dieser Antrag hat im StS gegen die Stimmen der FPÖ die Mehrheit gefunden.

Ich möchte dazu, wenn es mir erlaubt ist, gleich selbst Stellung nehmen. Dazu muß man auch sagen, es ist ein integrierender Bestandteil dieser Hundeabgabe-Verordnung, die das erste Mal eine Zweckwidmung eingebaut hat. Das ist nämlich bei diesem Thema auch sehr sehr wichtig. D. h., außerhalb der Hundeabgabe-Verordnung wird eine Zweckwidmung festgelegt. Die Einnahmen, die sich aus dieser Verordnung ergeben, sollen als Mittel zur Förderung des Tierschutzgedankens sowie zur Reinhaltung der Gehwege und Parkanlagen verwendet werden. Es war vorgesehen, 400 S für den ersten und 660 S für den zweiten bzw. jeden weiteren Hund einzuheben. Für Wachhunde und Hunde, die zur Ausübung eines Berufes oder Erwerbes notwendig sind, je Hund 20 S.

Zusammen mit dem zuständigen Stadt-Veterinär, dem Stadtsteueramt und auch mit den Fraktionsobmännern (es war ja mehrfach in der FO-Besprechung) wurde dann eine Meinung gefunden, daß eine Anhebung auf 400 bzw. 660 S erfolgen soll. Die o. a. Beträge entsprechen, wie bereits auch vom Veterinäramt berichtet, dem Durchschnitt vergleichbarer österr. Städte. Derzeit wird eben das Abgabenaufkommen den

Gesamthaushalts-Einnahmen zugeführt und somit nicht für best. Zwecke verwendet.

Die Hundedichte - nur, daß Sie sich eine Vorstellung machen können, wovon wir im Bereich Steyr reden - ist in Steyr nicht besonders hoch. Wir haben eine eher unterdurchschnittliche Hundedichte von 27,8 Prozent. Das ist rel. niedrig, verglichen mit anderen Städten. Das geht aus einer Untersuchung des interdisziplinären Institutes für Mensch-Tier-Beziehung hervor.

Die Abgabe von derzeit noch 330 S für den ersten Hund entspricht auch durchaus dem durchschnittl. Abgabewert vergleichbarer Städte. In Wels sind es auch 400 S, und wir haben auch vorgesehen, auf 400 S zu erhöhen. Es gibt lt. Amtsbericht des zuständigen Stadt-Veterinärs, meine Damen und Herren, auch keine fachliche oder sachliche Begründung, warum überhaupt der zweite Hund mehr kosten soll, als der erste. Der zweite macht um kein Stück mehr Schmutz als der erste. Das muß mir jemand erklären. Das muß mir wirklich bitte jemand erklären!

Es gibt nur eine alte Verordnung des Landes, ich glaube aus dem 49er Jahr; dafür können wir alle nichts, daran haben wir uns zu halten. Diese alte Verordnung des Landes Oberösterreich besagt, daß der zweite Hund um mindestens 50 Prozent mehr kosten soll als der erste. Es ist auch dort nicht sachlich

begründet, aber das ist nun einmal so! Wenn nun der erste Hund angenommen 400 S kostet, sind wir also verpflichtet, zumindest 600 S für den zweiten und jeden weiteren Hund zu verlangen. Wir haben uns geeinigt, damit es nicht billiger kommen würde, auf 660 S. D. h., daß der zweite Hund bleiben würde.

Es ist auch sachlich noch ein Grund zu sagen: die gemeinsame Haltung von zwei Hunden kommt dem natürl. Sozialverhalten der Hunde entgegen und vermindert daher die Gefahr von Verhaltensstörungen gegenüber der Einzeltierhaltung. Bei Pferden z. B. - wenn ich das so nebenbei anführen darf - ist es in der Schweiz sogar verboten, ein Einzelpferd zu halten. Das ist vom Tierschutzgesetz her verboten! Solche Tiere sind eben ausgeglichener, leichter in der Wohnung zu halten und erregen so weniger Anstoß in der Umgebung. In der Gebrauchshundehaltung wird häufig zu einem älteren, erfahrenen Tier ein Junghund gestellt, damit dieser fließend vom älteren Artgenossen lernt und damit bei Ausfall des Althundes die Kontinuität gewahrt wird.

Jetzt kommt der springende Punkt: Die zusätzl. Einnahmen aus diesem Titel sind eher geringfügig. Häufig wird durch taktische und nicht überprüfbare Aufteilung der Hundehaltungen auf versch. Haushalte die

bestehende Regelung umgangen. Ich weiß nicht, meine Damen und Herren, ob Sie überhaupt eine Vorstellung haben, wovon wir hier reden und wieviele Hundebesitzer es trifft, die in Steyr 2 Hunde haben. Es gibt in Steyr ca. 1200 Hunde und es gibt exakt (für das Jahr 1992) 24 Hundehalter, die zwei Hunde angemeldet haben. Exakt 24! Wir diskutieren also hier um eine Erhöhung (24 x den Steigerungsbetrag von 140 S) von exakt 3.360 S. Darüber diskutieren wir hier! Ich weiß nicht, ob es sich lohnt!?

Mich hat einfach dieser Abänderungsantrag sehr überrascht, der sachlich nicht diskutierbar ist. Er ist nicht diskutierbar! Ich darf ein wenig aus dem StS plaudern. Dort gab es solche Argumentationen: ...weil die bösen Hunde dort sind ..., ...die Killerhunde ..., ...daß sie die Straßen verschmutzen ... usw.

Wir haben also, meine Damen und Herren, hier in der Stadt Steyr erlebt, daß eine Verordnung, die erlassen worden ist, um diesem Problem Herr zu werden, daß eine Verschmutzung der Straßen und Gehwege früher auch schon verboten war. An der Leinenpflicht in best. Stadtteilen hat sich doch auch nichts geändert. Das ist genau der falsche Ansatz! Es wird mit einem neuen Gesetz, mit einer Steuererhöhung nicht um ein "Hundehauserl" irgendwo mehr oder weniger sein! Das darf ich

vorwegnehmen. Jeder Hundehalter ist jetzt schon verpflichtet und war es auch schon vor der Leinenpflicht-Verordnung, dafür zu sorgen, daß sein Hund keinen Schmutz auf den Gehsteigen hinterläßt.

Zur Überprüfung noch ein Wort. Es gibt nichts Leichteres, wenn man zwei Hunde hat, als einen bei der Großmutter, bei der Tante oder bei der Mutter in Steyr anzumelden! Es ist überhaupt kein Problem. Das kostet nichts! Wir haben bei Überprüfungen nach dem Tollwutgesetz Fälle gehabt, wo es nämlich gefährlich wird. Da wird dem Vorschub geleistet. Da wird es gefährlich, wenn bei einer Adresse, wo der Amtstierarzt hinkommt, die Mutter schon seit 6 Jahren nicht mehr wohnt, die angeblich einen Rottweiler besitzen soll, weil sie nämlich seit 6 Jahren im Altersheim ist und gar nicht mehr in der Lage wäre, einen Rottweiler zu halten.

Man leistet also mit einer so eklatanten Erhöhung auf den zweiten Hund wirklich auch den Vorschub, daß wir eine - sagen wir so - nicht ganz exakte Deklaration mit unterstützen. Ich glaube, wir sollten schon den Bürgern genau sagen, daß er sie anmelden soll, weil es hierbei auch um die Tollwut, das Tierseuchengesetz geht. Es ist dann nicht überprüfbar, wo die einzelnen Hunde überhaupt wohnen. Wenn wir einen Seuchenfall haben, dann muß

rasch gehandelt werden, dann kann man nicht die einzelnen Adressen abfahren oder anschreiben, wo der jeweilige Hund tatsächlich wohnt bzw. gehalten wird. Er muß nur im Stadtgebiet sein! Nicht mehr und nicht weniger! Wenn er von außerhalb dazu kommt, dann muß er in Steyr gemeldet werden - nach dem Tierseuchengesetz. Aber im Stadtgebiet, meine Damen und Herren, wird sich nichts daran ändern.

Hier geben wir wirklich auch dem Vorschub, daß es zu unwahren Angaben bei der Besteuerungspflicht kommt. Ich ersuche daher - ich werde jetzt **w i e d e r u m** **e i n e n** Abänderungsantrag stellen -, daß die ursprüngliche, ausgehandelte Hundeabgabe (400 S für den ersten und 660 S für den zweiten und jeden weiteren Hund) zuerst zur Abstimmung gelangt! Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABL-  
LIK:

Nachdem ich mir das gedacht habe, Hr. Dr. Pfeil, habe ich mich aufklären lassen und Ihre Äußerung vernommen, daß Sie den Abänderungsantrag schriftlich nachreichen werden. Ansonsten könnten wir ja gar nicht darüber diskutieren.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD  
PFEIL:

Ich werde das nachholen. Ich bitte um Nachsicht über das nicht Formale!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABL-  
LIK:

Ich fürchte sonst den Auszug und daher möchte ich mich nicht undemokratisch verhalten!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD  
PFEIL:

Wenn ich dazu noch kurz etwas sagen darf. Ich habe heute den Hr. Präsidialdirektor angerufen und habe ihm das gesagt. Er hat gesagt, so kann man vorgehen. Ich bin kein Jurist!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABL-  
LIK:

Ich habe ihn auch gefragt und wir einigen uns auf einen schriftlichen Abänderungsantrag, den Sie nachbringen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD  
PFEIL:

Bekommen Sie! Kein Problem. Ich bin kein Jurist und kein Präsidialdirektor, aber ich mache es gerne!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABL-  
LIK:

Damit ist die Sache erledigt und wir steigen in die Diskussion ein. Wer wünscht das Wort? Frau StR Ehrenhuber, bitte.

GEMEINDERAT FRANZ STRASSER  
VERLÄSST UM 18 UHR DIE  
SITZUNG.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Ich glaube, man sollte hier doch auch beachten, daß Steyr flächenmäßig sehr begrenzt ist und daß es sich hier um ein sehr dicht besiedeltes Gebiet handelt. Ich glaube auch feststellen zu dürfen und weiß es, daß es sehr viele Bürger in unserer Stadt gibt, die sich durch Lärm und Verschmutzung belästigt fühlen. Ich darf auch hier nur das Problem der Sandkisten, der Spielplatzverunreinigung anführen, das mit Recht bei den Müttern zu großem Ärger führt. Dazu kommt auch noch, daß sehr viele Bürger selbst, aber auch bezüglich ihrer Kinder, Angst haben, wenn Hunde frei herumlaufen, was leider auch immer wieder vorkommt. Ich möchte aber schon auch feststellen, daß ich großes Verständnis für Tierhaltung habe; gerade ein Hund gilt doch als sehr treuer Gefährte des Menschen. Er kann bes. für alleinstehende Personen eine sehr große Hilfe sein bei der Bewältigung von Einsamkeit. Aber ich glaube, daß hier ein Hund genügt. Es müssen wirklich nicht unbedingt zwei sein! Ich bin auch der Meinung, wenn jemand unbedingt zwei Hunde haben will, dann wird er auch nicht wegen der vorgesehenen Erhöhung davon Abstand nehmen. Das möchte ich feststellen, das ist meine Meinung.

Mir geht es heute jedoch um etwas ganz anderes - um einen ganz anderen Aspekt, den ich hier einbringen möchte. Die Diskussion stimmt mich eigentlich bedenklich und berührt mich. Denn, meine Damen und Herren, wenn man daran denkt, daß hier vor wenigen Monaten, sicherlich aufgrund der gegebenen Notwendigkeiten, eine Kindergartentarif-Regelung, die für viele Familien eine weitaus höhere Belastung darstellt, einstimmig und ohne größere Diskussion beschlossen wurde, dann macht mich der heutige Antrag und die Diskussion doch etwas nachdenklich. Damals ist es nämlich um unsere Kinder gegangen! Und heute geht es um die Anhebung der Hundeabgabe - in weitaus geringerem Ausmaß! Denn die beantragte Erhöhung für den zweiten Hund beträgt jährlich 140 S.

Aus dieser Sicht kann ich die heutige Diskussion überhaupt nicht verstehen bzw. möchte ich sagen, daß ich sie eigentlich beschämend finde!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke schön. Nun ist Herr GR Spöck am Wort!

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Ja, Frau StR Ehrenhuber, Sie haben recht. Sie haben vollkommen recht! Wir haben uns

ja in der Vergangenheit - die älteren Kollegen wissen es sicher noch - des öfteren schon im GR mit den "Hunderln" beschäftigt, mit der Hundeabgabe-Ordnung. Es hat dazu 3 GR-Sitzungen bedurft, damit die Hunde-Ordnung hier entstehen konnte.

Ja, Hr. Dr. Pfeil, ich war auch einer in der Fraktion, der sich bei diesem Tagesordnungspunkt sofort gemeldet hat, beim 2. Hund bzw. bei den 660 S. Braucht man wirklich einen zweiten Hund? Ich finde ...

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:  
Braucht man ein zweites Auto?

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:  
Es sind sicherlich, wie wir von Dr. Pfeil gehört haben, Sonderfälle. Ich könnte mir in Sozialfällen sogar vorstellen, daß man seitens des Amtes hier eine Nachsicht gewährt. In allen anderen Fällen sind die 800 S in meinen Augen u. U. sogar noch zu wenig. Denn ich sehe überhaupt nicht ein, daß jemand in der Stadt zwei Hunde hat. Insbesondere bei dem Aspekt, den Fr. Kollegin Ehrenhuber auch angesprochen hat, der Verunreinigung.

Wir haben eine Straßenverkehrsordnung; die Straßenverkehrsordnung regelt den § 92 Abs. 3: "Die Besitzer oder Verwahrer von Hunden haben dafür zu sorgen, daß diese die Gehsteige und Gehwege sowie

Fußgängerzonen und Wohnstraßen nicht verunreinigen." Wie sieht es jedoch in der Praxis aus? Frau StR Ehrenhuber hat es richtigerweise gesagt. Ich erlebe es - wir alle erleben es täglich, insbesondere nach der Winterperiode mit unseren Kindern, auf den Gehsteigen, auf den Kinderspielplätzen, in den Sandkisten. Überall liegt Hundekot!

Ich muß auch leider immer wieder feststellen, daß bezüglich der Überwachung bei den rücksichtslosen Hundehaltern sehr sehr großzügig vorgegangen wird. Daher wirklich die Bitte an die Hundebesitzer - insbesondere auch in diesem Raum die Bitte an die Hundebesitzer -, das eigene "Schauferl" mit einem Sackerl mitzunehmen und auch die Bitte an die Polizei um mehr Überwachung. Wir haben es schon des öfteren beobachtet, man sieht wirklich sehr sehr wenig Hundebesitzer, die mit ihrem "Schauferl" und mit ihrem Sackerl in Steyr herumlaufen. Die Verunreinigung ist leider sehr sehr groß und ich stimme daher diesem Antrag auf Erhöhung der Hundeabgabegebühren auf 400 bzw. 800 S natürlich zu.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Als nächster hat sich Mag. Philipps gemeldet.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des GR, wertbes Präsidium! Das Thema Hundesteuer ist natürlich ein sehr sensibles Thema, wie man aus den heutigen verschiedenen Wortmeldungen bereits entnehmen konnte. Wagen wir wieder einmal einen Blick nach Wels, so können wir feststellen, daß dort diese Regelung mit 400 und 800 S bereits längere Zeit in Kraft ist. Was allerdings nicht gleich heißen muß, daß es bei uns auch so ist, wie die Vergangenheit gezeigt hat!

Ein Argument zu bringen für einen Abänderungsantrag, daß man eine zusätzl. Forcierung dieser etwas illegalen Handlung womöglich noch unterstützen könnte, einen Hund woanders anzumelden, scheint für mich nicht genügend Argument zu sein. Eine Meldung, die jetzt noch leise nachklingt aus dem StS, bei der ein Vbgm. Dr. Pfeil darauf pocht, eine GWG-Ordnung strikter einzuhalten, die besagt, daß es nicht gestattet ist, in Wohnungen Tiere zu halten, kann ich als Sozialdemokrat aus Gründen der Menschlichkeit nicht unterstützen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Das ist ein Irrtum! Da seid Ihr falsch unterrichtet worden, Herr Kollege. Sie sind falsch informiert.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Hören Sie doch auf; wenn Sie es nicht genau wissen, dann sagen sie es nicht!

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

In unserer Partei ...

Wieviele Zwischenrufe sind erlaubt? Das waren nämlich schon drei!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Einer!

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

In unserer Partei ist nämlich Toleranz groß geschrieben, außerdem können wir das nicht verantworten, meine sehr verehrten Damen und Herren des GR, aufgrund der Arbeitsplatzsicherung, daß die eine oder andere Tierklinik arbeitslos werden würde.

Aber die Grenze ist meines Erachtens bei einem Hund zu sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich sehe nämlich auch nicht ein, daß ein zweiter Hund notwendig sein muß, zumal ich der Meinung bin, daß ein zweiter Hund pro Bewohner sich nicht summiert, sondern eigentlich potenziert. D. h. also, daß sich die Tierhalter womöglich umso mehr Hunde aneignen werden.

Gehe ich auf der Ennsleite durch den Rasen, muß ich feststellen, daß ich ...

GEMEINDERAT HANS-DIETER GÖTZ:  
Das dürfen Sie nicht!

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Darf ich schon. Als Halb-Grüner darf ich festhalten, daß auf dem Rasen auch die Benützung und das Durchgehen gestattet sein sollte. ..., so muß ich feststellen, daß der eine oder andere Schritt leider in die Fehlrichtung geht. In eine Fehlrichtung, die zwar im Volksmund als Glück bezeichnet wird, aber im Endeffekt, glaube ich, eher die Erhaltungskosten steigert! Ich bin der Meinung, daß eine Förderung und eine Widmung (die Widmung dieser Erhöhungen) bzw. solche Richtlinien, die hier angeschlossen sind, sehr wohl in Ordnung sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine Vorrednerin hat ja schon gesagt, in einer Zeit, in der man einen Kindergarten anpassen muß - das ist zwar nicht genau gleichzusetzen, aber für mich ist es einfach auch ein Argument -, ist es doch wohl nur recht und billig, die Zustimmung zu diesem Antrag zu geben. Zumal wir noch einen zweiten Aspekt vorfinden, nämlich den Aspekt des Sozialen bei einer Halbierung dieser Hundesteuer nach vollendetem 65. Lebensjahr.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Frau GR Scheucher bitte.

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Erstens war ich der Meinung, ich stehe heute alleine gegen alle. Ich habe nicht erwartet, daß derartig lebhaftige Teilnahme stattfindet. Zweitens habe ich mir fest vorgenommen, bei diesem Thema sachlich, nüchtern und cool zu bleiben, aber ich schaffe es fast schon wieder nicht mehr. Ich werde trotzdem versuchen, zuerst meine Sachargumente noch einmal darzustellen, aber seien Sie mir bitte nicht böse, wenn mich die Emotionen trotzdem fortreißen, die bei der latenten Hundefeindlichkeit, die ich hier herinnen spüre, vielleicht nicht ausbleiben.

Zuerst einmal möchte ich feststellen, daß es auch einer meiner Hauptkritikpunkte war. Mir geht es gar nicht so sehr um die Höhe der Abgabe, um die 400 oder 660 oder 800 S. Es geht mir darum, daß die Hundesteuer eine Steuer ist, für die absolut keine Gegenleistung in irgendeiner Form erbracht wird. Ich habe auch solche Argumente gehört, wie "... das war immer so ..., ... die ist eben eingehoben worden ..."! Das sind Einnahmen für die Stadt, die irgendwo hineinfließen. Ich sehe auch nicht ein, und zwar vom Prinzip her, daß wir die Bürger bevormunden. Daß man ihnen sagt, einen Hund darf er haben, einen zweiten darf er jedoch schon nicht mehr haben.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Haben darf er ihn, nur zahlen muß er!

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Herr Philipps hat gesagt, er ist nicht dafür, daß die Leute einen zweiten Hund haben. Also diese Bevormundung, auch über den finanziellen Ansatz, sehe ich nicht ein. Warum ist das jetzt wirklich so? Ich habe keine Sachargumente, warum ein zweiter Hund mehr kosten soll als einer. Warum muß für einen zweiten Hund mehr Steuer bezahlt werden als für den ersten? Denn, wenn Sie mit der Verunreinigung kommen, bitte, dann muß ich schon sagen, daß ein zweiter Hund nicht mehr Schmutz macht als der erste. Ja, miteinander machen sie zweimal so viel - ich zahle aber auch zweimal die Steuer für zwei Hunde! Aber der zweite macht nicht für sich alleine noch einmal so viel wie der erste. Sachlich ist das einfach nicht begründet!

Mir geht es jetzt vor allem darum, daß für die Hundehalter in der Richtung nichts getan wird. Ich stehe nicht so ganz alleine und ich sehe natürlich, daß das nicht alleine meine Meinung ist. Sie dürfen mir glauben, ich vertrete hier sehr viele Hundebesitzer, für die ich eine Art Klagemauer bin. Sie kommen mir mit ihren Beschwerden immer in diese Richtung. Man begegnet - das sind jetzt nicht meine Worte - rundum nur

Hundefeindlichkeit, man begegnet nur Restriktionen;

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wundert Sie das?

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Ich gebe nur wieder! ...wir müßten die Hunde in der Stadt an der Leine halten - es gibt in Steyr Leinenzwang. Es gibt außerhalb der Stadt sofort die Jäger, die da stehen, wenn man die Hunde laufen läßt. Gleichzeitig sind wir Hundebesitzer vom Tierschutzgesetz her angehalten, unsere Hunde artgerecht zu halten. Und einen Hund als Lauftier - das sage jetzt ich - kann ich nicht artgerecht halten, wenn ich ihn ständig an der Leine führe.

D. h., womit ich konfrontiert werde von den Leuten, das sind einige Wünsche und ich denke mir, wenn wir die Hundesteuern erhöhen, dann werden die Leute dafür Verständnis haben, aber sie möchten vielleicht auch ihre Wünsche erfüllt haben. Ich möchte, daß darüber einfach einmal geredet wird.

Die Leute sagen z. B., dieses Herumgehen mit "Schaufelr und Plastiksackerl" - das ist in anderen Städten sehr gut gelöst. Da gibt es an den Straßenecken diese Behälter, in denen "Kartonschaufelr" drinnen sind. Man kann sie entnehmen und den Schmutz - sollte ein Hund im Stadtgebiet einmal ein "Haufelr"

fallen lassen - wegputzen. Ich glaube, dann wäre es für den Hundebesitzer auch nicht so ein Problem, das zu tun. Nebenbei möchte ich sagen, daß Hunde das gar nicht so gerne tun im Stadtgebiet; sie machen das nur im äußersten Notfall.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:  
Die Spielplätze, Frau Kollegin!

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:  
Das ist der zweite Punkt, der gerade von den Leuten im dicht besiedelten Gebiet immer wieder an mich herangetragen wird. Es gibt z. B. in Linz sog. Hundetoiletten. Das klingt jetzt recht "großspurig", aber das ist nichts anderes, als eine mit Büschen begrenzte, gar nicht einmal so große Fläche, in der Sand, Gras o. ä. ist. Das ist vor allem für ältere Leute. Auch wenn Sie sagen, ein Hund gehört nicht in die Wohnung. Es sind aber doch Hunde in der Wohnung und die Leute müssen mit dem Hund sehr bald in der Früh rausgehen. Ältere Leute haben es nicht sehr leicht, weit zu gehen. Für die wäre es gerade dort im Gebiet, wo es außer Straßen nur mehr Spielplätze gibt und kaum Grünflächen, die nicht betreten werden müssen, eine große Hilfe, wenn in gew. Abständen solche Hundetoiletten vorhanden wären. Ich glaube, das wäre eine Anlage, die nicht sehr viel Geld kostet und die Leute hätten auch das Gefühl, in der Stadt Steyr wird

nicht nur etwas gegen uns gemacht, man ist nicht nur feindlich uns gegenüber eingestellt, sondern man tut auch etwas für uns.

Von den Wünschen, die so noch kommen, wie Flächen, die man den Hunden und ihren Besitzern zur Verfügung stellt, wo die Hunde einmal laufen können, traue ich mich gar nicht mehr zu reden. Das wäre natürlich ein Wunschdenken. Das wäre wunderschön, aber ich glaube, das ist es nicht!

Ich möchte noch etwas erwähnen. Es wird von Hunden hier herinnen immer nur das Negative gesagt. Die Hunde verschmutzen, die Hunde sind eine Bedrohung, die Hunde sind eine Gefahr usw. Gerade wir sollten eigentlich ein bißchen anders einwirken. Hunde sind für mich auch ein gewaltiger sozialer Faktor. Sie sind für alte Menschen oft die letzte Möglichkeit, in Kontakt mit ihrer Umwelt zu treten. Nicht nur, daß es gesund ist, wenn sie spazieren gehen, sondern sie kommen in Kontakt. Menschen, die sonst total vereinsamen würden, reden mit anderen Hundebesitzern und kommen so ins Gespräch. Das kann man den Leuten nicht vorschreiben, wieviele das sein sollen. Außerdem haben diese meist nur einen Hund. Es gibt - wieviel hast Du gesagt - ich glaube, 24 Zweithunde. Der Zweithund ist meines Erachtens wirklich kein Problem.

Aber es geht ja schon um den einen, daß einfach die Wertigkeit nicht anerkannt wird. Wir anerkennen immer Hunde, die für uns sozusagen Arbeitstiere sind. Wenn einer ein Schutzhund ist, wenn einer ein Lawinenhund ist, wenn er ein Trümmerhund oder ein Polizeihund ist oder was immer, dann wird er geachtet - der tut ja etwas! Aber, daß ein ganz normaler Bastard, der einfach einem alten Menschen das Leben verschönert oder einem Kind einen sozialen Bezug mitgibt, etwas ganz Wichtiges ist, das möchte ich, daß wir auch einmal zur Kenntnis nehmen. Wir sollten wirklich den Hunden ein bißchen positiver gegenüber stehen. Das sage ich nicht nur als Hundebesitzerin und als Hundeliebhaberin, sondern ich glaube, das machen wir dann auch im Interesse der Menschen! Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Jetzt hat sich Frau GR Bauer zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERAT FELICITAS BAUER:

Meine Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR! Ich weiß nicht, ob ich es mich noch sagen trauen kann, ich bin nämlich generell gegen die Hundesteuer. Der Hund ist das einzige Lebewesen auf Gottes Erdboden, das versteuert wird. Es ist prinzipiell überhaupt nicht einzusehen, warum man es

versteuern soll. Wenn ich ein Kind habe, muß ich es nicht versteuern, wenn ich ein Pferd habe, muß ich es auch nicht versteuern. Aber einen Hund muß ich versteuern. Warum eigentlich? Ich sehe das überhaupt nicht ein.

Statt dessen höre ich nur Bevormundungen, in einer Wohnung darf man keinen Hund halten; d. h. im Klartext, das "alte Muatterl" braucht keinen Hund haben! Traut Ihr Euch das wirklich in der Öffentlichkeit sagen? Ich verstehe die Diskussion wirklich nicht. Da gebe ich Ihnen recht, ich verstehe sie nämlich auch nicht.

Eines möchte ich auch noch sagen; ich habe noch nie einen Herzinfarkt bekommen, wenn mein Kind in eine "Hundescheiße" hineingegriffen hat. Wir haben doch als Kinder sicher auch in den Dreck gegriffen. Deswegen sind uns keine Langzeitschäden geblieben! Hier verstehe ich die Diskussion auch nicht. In diesem Punkt sind wir uns einig!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Sie müssen sagen, da hat der Wi-Hof versagt!

Als nächster hat sich StR Roman Eichhübl zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! Ich nehme jetzt zwar nicht an, nachdem

Koll. Philipps sich selbst als Halbgrünen bezeichnet hat, daß er die Nachfolge von Oskar Holub antreten möchte. Wohl aber kann ich annehmen, daß er von seinen Fraktionskollegen aufgrund seiner Wortmeldung, was die Hundehaltung in Wohnungen betrifft, falsch informiert worden ist. In Wahrheit, und deswegen melde ich mich zu Wort, war es so, daß von SPÖ-Seite (vor allen Dingen von Koll. Tatzreiter) als Begründung für die Anhebung des zweiten Hundes auf 800 S das Argument ins Treffen geführt wurde, daß es sehr viele Beanstandungen gäbe von Mietern, die als Nachbarn Hundehalter haben.

Daraufhin habe ich mich zu Wort gemeldet und nicht Hr. Dr. Pfeil, wie fälschlich berichtet wurde von Koll. Philipps! Ich habe zum Ausdruck gebracht, daß man, wenn es tatsächlich Beschwerden gäbe oder gibt, dieser Sache nachgehen muß. Man wird aber nicht dem Problem Herr werden, indem man hergeht und den zweiten Hund und dessen Besteuerung auf 800 S anhebt. Denn - habe ich weiter ausgeführt - es ist mir bekannt, daß in den meisten oder sehr vielen Wohnbaugenossenschaften eine Haustierhaltung (darunter fallen ja auch die Hunde) wohl gestattet ist. Aber nur dann, wenn dadurch die Nachbarn nicht belästigt werden. Wie überhaupt - habe ich weiters ausgeführt - es ja eine Reihe von gesetzl.

Bestimmungen, die auch heute hier angeführt worden sind, für die Hundehaltung gibt und man eigentlich nur dafür Sorge tragen müßte, daß auch diese gesetzl. Bestimmungen eingehalten werden.

Aber noch einmal bitte - ich bin der Auffassung, daß man durch eine Anhebung der Steuer für den zweiten und jeden weiteren Hund auf 800 S dem Problem, das als Begründung für Ihren Abänderungsantrag herangezogen wird, nicht Herr werden wird.

Daher werde ich selbstverständlich - so wie im StS - diese Anhebung nicht gutheißen und ablehnen!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABL-  
LIK:

Damit jetzt geklärt wird, wer Hr. GR Philipps informiert hat - das war ich! Denn mein Gedächtnisprotokoll von der letzten StS-Sitzung sagt mir, daß ich so etwas Ähnliches gesagt habe, wie wir gehört haben - nämlich, daß es Anstände gibt in Wohnanlagen usw. Daraufhin hat Hr. Dr. Pfeil gesagt, wenn die gesetzl. Bestimmungen korrekt angewendet werden würden und auch die Hausordnungen, dann gäbe es so etwas nicht. Stimmt's?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

So in etwa!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABL-  
LIK:

Die Hausordnungen in der GWG - es wird immer nur die GWG herangezogen, obwohl es 1000e Wohnungen gibt von der STYRIA, von der 1. Gemeinnützigen, von der Heimstätte usw. -, die fast wörtlich gleich ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich dachte, die Beratungen dort sind vertraulich! Nur die Beschlüsse gibt man offen bekannt. Ich weiß es nicht. Mir ist es egal! Wir können gerne in Zukunft alle Beratungen des StS breit diskutieren und - egal, ob falsch oder nicht falsch - weitergeben!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Ich finde daran nichts Schlechtes, wenn ich Fraktionskollegen über die Entwicklung informiere!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich finde auch nichts Schlechtes daran, aber ich dachte, es ist vertraulich. Ich bin überhaupt für mehr Öffentlichkeit!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Gut. Ich bitte um Entschuldigung, daß ich mir als Vorsitzender das Wort genommen habe. Nun ist GR Brandstötter am Wort.

GEMEINDERAT JOSEF BRANDSTÖTTER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des GR! Normalerweise melde ich mich zu einem solchen Thema nicht, aber es hat doch die Wogen hoch gespielt, sodaß ich auch ein paar Sätze dazu sagen muß.

Ich glaube, die Hundehaltung oder die Haltung eines zweiten Hundes bedarf nicht diesen armen Leuten, die vielleicht Fr. GR Scheucher gemeint hat; daß sie einen zweiten Hund haben sollen, weil sie so arm sind oder sich verlassen vorkommen. Ich glaube, hier genügt ein Hund.

Wenn ich sehe, daß 24 Hundehalter einen zweiten Hund haben, dessen Erhöhung jährlich 140 S (von 660 auf 800 S) beträgt, wobei die Stadt Steyr für eine Sterilisation dem Hundebesitzer 500 S zuschießt (wenn ich richtig informiert bin) und ...

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Das geht nur einmal!

Gelächter

GEMEINDERAT JOSEF BRANDSTÖTTER:

Das ist egal!

... und wenn ich richtig informiert bin, in OÖ. 250 Mill. S für Hundefutter ausgegeben werden, das es meist in Dosen gibt und diese Dosen von der Öffentlichkeit wieder entsorgt werden müssen, dann dürfte das den Hundebesitzern, die einen

zweiten Hund haben, diese 140 S wert sein!

Was mir noch auffällt: Ist vielleicht der Hund den Welsern mehr wert als den Steyrern?

Als kleines P.S.: Vielleicht tun sich die Grünen und die FPÖ zusammen, um eine Bürgerversammlung über die Hunde abzuhalten!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Nun ist Hr. StR Tatzreiter am Wort. Bitte sehr.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR! Ich möchte nur ein paar Sätze sagen. Mich "kotzt" es nämlich wirklich an, daß man sich über diese Sache so lange unterhalten muß. Insofern, weil wir um 140 S - "nur" 140 S Schilling Erhöhung - diskutieren und weil wir uns in Wahrheit nicht über die Sache Gedanken machen, um die es wirklich geht. Das ist heute schon angesprochen worden. Ich bin damit mehrfach beschäftigt und werde deswegen auch des öfteren der Kritik ausgesetzt.

Ich würde Sie gerne einmal mitnehmen, Hr. Dr. Pfeil, und Sie veranlassen dann als Tierarzt, daß der Hund aus der Wohnung entfernt wird. Ich bin nämlich nicht dafür, eine rigorose Handhabung der Hausordnung anzuwenden, weil ich nicht der Meinung bin - ich bin ein

tierliebender Mensch! -, daß den alleinstehenden Menschen oder wem auch immer die Tiere weggenommen werden, solange es keine größeren Schwierigkeiten gibt. Ich will denen dann nicht die Hausordnung sozusagen unter die Nase halten, sodaß sie sich daran halten müssen, indem sie den Hund entfernen. Ich habe überhaupt kein Interesse daran!

Ich habe nur insofern ein Interesse, wenn nämlich ständig Beschwerden kommen, daß ich dann einmal sagen muß, warum muß der- oder diejenige 2 Hunde haben!

Warum müssen wir jährlich 300.000 S investieren, nur um die Sandkisten auf den öffentl. Spielplätzen zu reinigen? Die Kinder können dort nämlich nicht mehr spielen. Ich sage das einmal sehr deutlich. Dann kommt es einem vielleicht auf 140 S an, die ich im Jahr mehr an Hundesteuer zahlen muß, wenn ich zwei Hunde zu füttern habe.

Das ist wirklich eine Begründung, die meines Erachtens abzuwiegen ist!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Keine weiteren Wortmeldungen? Bitte keine Zwischendiskussionen, denn Hr. Dr. Pfeil hält nun das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das Schlußwort zum Abänderungsantrag! Wir wollen heute formal bleiben.

Ich bin wirklich erstaunt über die Emotionen, über die unsachliche Diskussion und ich bin auch wirklich sehr erstaunt, daß wir über dieses Thema so lange diskutieren müssen. Es sind 3.360 S, aber es betrifft schon sehr oft sozial bedürftige Personen. Ich komme dann noch darauf zurück.

Aber die ganze Diskussion ist ja, meine Damen und Herren von der ÖVP und SPÖ, auf Ihren Abänderungsantrag im StS gekommen. Das war ausdiskutiert, das war abgesprochen und zwischen den Fraktionsobmännern war eine Einigung erzielt. Dann kommt plötzlich ein Abänderungsantrag im StS. Ich verstehe dann wirklich die Emotion nicht, daß wir heute darüber diskutieren! Ich dachte schon, wenn das durch ist, dann ist es eben durch. Wenn wir um diese 3.360 S eine andere Erhöhung getroffen hätten, dann hätten wir heute vielleicht exakt 10 Sekunden diskutiert darüber.

Diese Diskussion geht ja am Thema total vorbei. Total vorbei! Einige Highlights möchte schon noch beantworten. Z. B. die Sandkisten, Hr. Stadtrat. In den Siedlungsgebieten kommen nicht irgendwelche Hundebesitzer absichtlich hin, "Gassi zu machen". Sondern das ist der eine oder andere Hund vom Haus Nr. 12 oder 13. Und die einzelnen

Hundebesitzer, die ja dem Hausmeister, den Mietern usw. bekannt sind, verunreinigen das. Natürlich gehören diese Leute zur Verantwortung gezogen. Ich kenne einen Fall ganz besonders.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:  
Mir ist ein Haus bekannt, in dem es keinen einzigen Hund, aber eine Sandkiste gibt. Ein Wanderer, der ständig am Tag ein- bis zweimal vorbeigeht mit seinem Hund läßt ihn genau dorthin.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann, Hr. StR, wenn der Wanderer immer wieder kommt, habe ich das nächste Mal schon einen Polizisten dort, weil er wahrscheinlich immer zur selben Zeit wandert. So kann der "gute Freund" zur Verantwortung gezogen werden. Außerdem, Hr. StR, kann ich nicht glauben, wenn das ein Wanderer ist, daß der sich alles aufspart, bis er zur Sandkiste kommt. Das glaube ich als Tierarzt nicht. Das können Sie mir nicht erzählen! Aber in diesem Fall muß derjenige natürlich zur Verantwortung gezogen werden. Das gehört vom Wi-Hof entleert, desinfiziert, neu gefüllt und dem Herrn muß die Rechnung präsentiert werden! Hier haben Sie mein vollstes Verständnis. Es geht hier nämlich wirklich nur um ganz wenige undisziplinierte Hundebesitzer, die es gibt. Genauso, wie es in

jedem Klientel Gute und Schlechte gibt, so gibt es hier wirklich einige Undisziplinierte! Was hat denn die Hundeleinen-Verordnung in Steyr auf dem Stadtplatz gebracht? Das waren vorher die 3 bekannten Hunde, die auf dem Stadtplatz ohne Leine gelaufen sind und die laufen heute noch ohne Leine! Jeder kennt sie und jeder weiß, von welchen drei Hunden ich spreche. In der Hoffnung, daß man mit einer Steuererhöhung diesem "Problem" Herr wird, daß man die wenigen Prozente an undisziplinierten Hundebesitzern in den Griff bekommt, das ist ein Irrglaube. Das möchte ich schon sagen!

Ich möchte noch einmal auf den sozialen Aspekt zurückkommen. Es betrifft in der Hauptsache oft ältere, alleinstehende Menschen, die nicht irgendwelche riesigen Hunde haben. Das ist die alte Frau in Münichholz, der alte Herr auf der Ennsleite; er hat zwei Dackel und sie hat zwei Pudel. Die stehen auf dieser Liste drauf. Ich darf sie aus Datenschutzgründen nicht nennen. Die Leute aus dem Milieu, die heute hier angesprochen wurden, denen ist es vollkommen egal, ob er für seine zwei Dobermänner jetzt 660 oder 800 S bezahlen muß! Dem ist es egal, denn es trifft hier wirklich die Leute, die mit wenig Einkommen jeden Schilling genau umdrehen müssen. Das kann ich auch als Tierarzt hier nur unterstreichen!

Ich ersuche Sie noch einmal, unseren Abänderungsantrag zu unterstützen. D. h. wir schlagen vor, dem ursprünglichen StS-Antrag Folge zu leisten - das ist die Erhöhung der Hundesteuer von 330 S auf 400 für den ersten Hund und für den zweiten Hund gleichbleibend auf 660 S, mit gleichzeitiger Beschlußfassung der Hundeabgaben-Verordnung, mit gleichzeitiger Beschlußfassung der Zweckwidmung. Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke für das Schlußwort. Wir stimmen nun über den Abänderungsantrag ab. Wer für den Abänderungsantrag der FPÖ ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. 8 Stimmen sind dafür (FP). Stimmenthaltungen? 1 Stimmenthaltung (GAL). Wer gegen diesen Abänderungsantrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Der Rest ist dagegen (SP + VP). Somit ist der Abänderungsantrag abgelehnt und wir stimmen nun über den Hauptantrag ab.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Gibt es noch eine Diskussion über den Hauptantrag? Das müssen wir auch noch diskutieren.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Nein, der wurde gemeinsam mit dem Abänderungsantrag diskutiert!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann möchte ich noch ein Schlußwort zum Hauptantrag sagen, denn ich habe eine Kleinigkeit vergessen!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Das ist aber unüblich mitten unter der Abstimmung, aber bitte, reden Sie nur.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Zuerst hatten wir den Nebenantrag und jetzt eben den Hauptantrag!

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Haben wir eine Geschäftsordnung oder haben wir keine?

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Ja, aber wenn der Berichterstatter noch etwas sagen will. Bitte schön, Sie haben das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL

Von der Besteuerung grundsätzlich. Meine Kollegin hat das schon gesagt, es gibt keinen Grund dafür, daß man einen Hund besteuern muß - außer der Oö. Hundeabgaben-Verordnung.

Genauso gut könnte man eine Katze oder ein viel mehr Schmutz verursachendes Pferd in der Stadt besteuern. Mit genau dem gleichen Recht. Genauso gut könnte man dann auch die Surfbretter besteuern. Wenn einer ein Surfbrett auf dem Auto hat, surfen fährt und es in die Wiese legt. Vielleicht wird dadurch die Wiese zusammengedrückt.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Gute Idee!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist genauso sachlich und fachlich begründbar, wie eine Hundesteuer. Nun bin ich schon am Ende.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke für den Anreiz zu einer neuen Steuer. Wir stimmen nun über den Hauptantrag ab. Es geht um den Antrag, der mit Mehrheit im StS beschlossen wurde; nämlich für den ersten Hund 400 S (das bleibt ja aufrecht) und für den zweiten Hund 800 S zu verlangen. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SP und VP sind dafür. Stimmenthaltungen? Keine. Wer ist dagegen? 9 Gegenstimmen (8 FP und 1 GAL). Ich danke vielmals für den Vortrag und bitte Fr. StR

Ehrenhuber zum Pult, um für Pkt. 9) den Vortrag zu halten.

BERICHTERSTATTERIN STADTRAT  
INGRIDE EHREHUBER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Mein erster Antrag des StS an den GR betrifft die Gewährung einer Subvention für das Jahr 1992 an den "Verein Steyrer Heimhilfe u. Hauskrankenpflege". Im konkreten geht es darum, 500.000 S zur Abdeckung für den Personalaufwand für die freien Mitarbeiter, 60.000 S als Zuschuß für die Ersatzbeschaffung eines Dienstfahrzeuges und 60.000 S für den Mietaufwand der im ZAH untergebrachten Räumlichkeiten zu genehmigen. (Insgesamt: 620.000 Schilling)

Im Hinblick auf die sehr gute Arbeit, die dieser Verein im Interesse und zum Wohle unserer kranken, betagten Mitbürger leistet, darf ich Sie ersuchen, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

9) SH-2200/90

Erlaß

Verein "Steyrer Heimhilfe u. Hauskrankenpflege"; Subvention 1992.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA V vom 2. 10. 1992 wird dem Verein "Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege" für das Jahr

1992 folgende ao. Subvention gewährt:

S 500.000,-- zur Abdeckg. f. d. Personalaufwand d. freien Mitarbeiter

S 60.000,-- als Zuschuß f. d. Ersatzbeschaffung eines Dienstfahrzeuges

S 60.000,-- für den Mietaufwand der im ZAH untergebrachten

Vereinsräumlichkeiten

S 620.000,-- Gesamtsubvention  
Die erforderlichen Mittel im Betrag von

S 620.000,--

(sechshundertzwanzigtausend) werden bei VSt. 1/4240/757100.9 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer wünscht dazu das Wort? Frau GR Radmoser bitte.

GEMEINDERAT EDITH RADMOSER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des GR! Gestatten Sie mir einige Worte zum Verein "Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege". Ich glaube, wir alle sind uns einig, wie wichtig diese Einrichtung ist. Wird doch dadurch unseren älteren und pflegebedürftigen Menschen die Möglichkeit gegeben, so lange als möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben zu können. Aber auch für die Stadt ist dieser Verein eine große Unterstützung, wenn man bedenkt, daß 196 Personen betreut und gepflegt werden.

Davon sind 93 wirklich reine Pflegefälle. Dieser Personenkreis würde unsere ohnehin schon sehr große Warteliste auf einen Platz im Altersheim nur ausweiten. Es geht aber nicht nur um die älteren Mitbürger. Ein jeder von uns kann heute oder morgen in die Situation kommen, auf die Hilfe dieses Vereines angewiesen zu sein. Wahrscheinlich schätzt man erst dann diese Einrichtung. Beim Verein "Heimhilfe u. Hauskrankenpflege" sind zur Zeit eine Leiterin, eine Sekretärin, eine Leiterin der Altenhilfe (mit Außendienst), eine Leiterin der Hauskrankenpflege (mit Außendienst) sowie 10 Altenbetreuer-Pflegehelfer beschäftigt. Außerdem sind zwei Heimhilfen über die AMV für ein Jahr eingestellt, wobei von der AMV für 9 Monate der Betrag übernommen wird und lediglich für die restl. 3 Monate dann der Verein "Hh u. Hpfl." die Kosten zu tragen hat. 43 freie Mitarbeiter stehen dem Verein zur Verfügung. Zur Zeit sind auch noch zwei Zivildienstler im Einsatz. Für 1993 sind 5 in Aussicht gestellt. Der im Amtsbericht angeführte Abgang von 24.000 S, der durch die beiden Zivildienstler verursacht wurde, bedarf - glaube ich - einer Aufklärung. Die Zivildienstler stehen dem Verein für 10 Monate zur Verfügung. Im Monat sind pro Mann 2.530 S an das Ministerium zu überweisen und außerdem erhalten die Zivildienstler 130 S Taggeld für Verpflegung. Dieser

Betrag von 130 S wird erst ab 1. Juni 1992 vom Ministerium refundiert.

In den ersten drei Wochen begleiten die Zivildienstler die Heimhelferinnen, dann haben sie 2 Wochen theoretische Ausbildung und 3 Wochen Praktikum, sodaß sie erst nach diesen zwei Monaten die restl. 8 Monate effektiv eingesetzt werden können. Es ist somit erklärlich, daß für die ersten 2 Monate dem Verein Kosten entstehen.

Apropos Kosten. Wie Sie alle wissen, erhält der freie Mitarbeiter 75 S in der Stunde - ohnehin ein bescheidener Salär. Wenn Sie aber bedenken, daß von den betreuten Personen 33 - 10 S, 42 - 20 S, 26 - 30 S 27 - 50 S und nur 16 - 75 S, die an diese Leute bezahlt werden, leisten, dann kann man schon verstehen, daß mit den restl. paar, die den höheren Betrag bezahlen, dieser Abgang unmöglich abgedeckt werden kann. Noch dazu, wenn 1.500 Pflegestunden im Monat geleistet werden. Ich finde, es ist selbstverständlich, daß die Stadt diesen Abgang zu tragen hat, denn es soll jeder, der diese Hilfe braucht, sie auch in Anspruch nehmen können. Nicht nur der, der es sich finanziell leisten kann. In diesem Sinne bitte ich Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke für den Aufruf. Keine weiteren Wortmeldungen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig angenommen.

**STADTRAT INGRID EHRENHUBER:**

Bei meinem zweiten Antrag, meine Damen und Herren, geht es darum, den 1977 beschlossenen Seniorenpaß auch im Jahr 1993 zur Verteilung zu bringen. Allerdings mit folgender Änderung: Geboten werden 6 Gutscheine zum kostenl. Besuch des Hallenbades der Stadt Steyr, wobei diese Gutscheine auch für die Benützung der Sauna, gegen Zahlung des jeweiligen Differenzpreises zwischen der Benützung des Hallenbades und der Kosten der Sauna, Gültigkeit haben. In Pkt. IV) heißt es: 5 Gutscheine für Ermäßigung von 70 S/Eintrittskarte f. Veranstaltungen des Kulturamtes der Stadt Steyr - bei Eintrittspreisen über 70 S. Mit dieser Änderung ersuche ich Sie, dem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

10) SH-4771/76

Seniorenpaß; Änderung d. Gutscheine für die Hallenbadbenützung sowie d. Gutscheine für kulturelle Veranstaltungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA V vom 29. 9. 1992 wird im Zusammenhang mit der Ausgabe des Seniorenpasses der Beschluß des GR der Stadt Steyr vom 28. 4. 1977 (in der Fassung der Beschlüsse des GR der Stadt Steyr vom 5. 12. 1978, 19. 2. 1981, 30. 10. 1986, 26. 11. 1987 und 5. 12. 1991) in seinem Abs. 3 Punkt 2 und 4 wie folgt geändert, sodaß dieser zu lauten hat:

"Geboten werden:

2. 6 Gutscheine zum kostenlosen Besuch des Hallenbades der Stadt Steyr, wobei diese Gutscheine auch für die Benützung der Sauna gegen Zahlung des jeweiligen Differenzpreises zwischen der Benützung des Hallenbades und der Kosten der Sauna Gültigkeit hat.

4. 5 Gutscheine für Ermäßigungen von S 70,-- pro Eintrittskarte für Veranstaltungen des Kulturamtes der Stadt Steyr bei Eintrittspreisen über S 70,-- (Theater, Konzerte usw.)." Dieser Beschluß wird erstmals bei der Ausgabe für das Jahr 1993 wirksam.

**VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:**

Zu Wort hat sich Hr. StR Eichhübl gemeldet.

**STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:**

Ich melde mich zu diesem vorliegenden Antrag, meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bgm., nicht nur deshalb zu Wort, weil ein Teil der weiteren

Begünstigungen für unsere älteren Mitbürger in den Bereich der Freizeiteinrichtungen der städt. Unternehmungen fällt, sondern weil ich es vor allen Dingen grundsätzlich als sehr positiv betrachte und begrüße, daß die Service-Leistung für die Senioren in unserer Stadt weiter ausgebaut und ausgedehnt wird. Und zwar handelt es sich ja konkret darum, daß auf der einen Seite es nun möglich gemacht werden soll, daß mit diesen 6 Gutscheinen nicht nur das Hallenbad besucht werden kann, sondern auch gegen die Bezahlung von 25 Schilling (das ist die Differenz in diesen beiden Bereichen) die Senioren die Möglichkeit haben, auch die Sauna zu besuchen. Zum zweiten geht es ja darum, daß auch im kulturellen Bereich ein größeres Angebot unseren Senioren angeboten bzw. zukommen soll. Ich hoffe, meine Damen und Herren des GR, daß durch diese Regelung - jetzt beziehe ich mich tatsächlich auf jenen Bereich, der in die städt. Freizeiteinrichtungen fällt - auch tatsächlich zu vermerken sein wird, daß dieses Angebot mehr angenommen wird als bisher.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Da mußst Du das Wasser wärmer machen!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Denn es ist ja festzustellen und geht auch aus dem Amtsbericht hervor, daß die derzeitige Regelung mit diesen Freikarten zum Besuch des Hallenbades nur von 18,4 % jener Personen, die diese Möglichkeit hatten, auch in Anspruch genommen wurde. Allerdings - das sage ich doch etwas mit Nachdruck - ist der Zustand des Hallenbades beileibe nicht dazu geeignet, mehr Besucher anzulocken. Denn es ist ja so, daß neben der bekannten Mängel im techn. Bereich, im Ausstattungsbereich ein neuerliches Problem herangetreten ist. Und zwar hat sich ja insofern ein Problem ergeben, daß dieser neu aufgebrachte Bodenbelag, um Schnittverletzungen hintanzuhalten, offensichtlich nicht fachgerecht aufgebracht wurde, sodaß Flecken entstanden sind. Braune Flecken, wie in der Steyrer Zeitung heute nachzulesen war, die jedoch nicht in politischer Richtung zu sehen sind.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Wer ist denn der Referent?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Daher wird es in absehbarer Zeit unumgänglich notwendig sein, eine neuerliche Sanierungsmaßnahme dieses Bodens zu setzen. Außerdem wird es wahrscheinlich auch notwendig sein, in einem Zeitraum von 14 Tagen das Hallenbad zu sperren.

Ich habe jetzt gerade wieder so eine Zwischenbemerkung gehört, wer denn der Referent ist. Ich möchte hier von dieser Stelle aus wieder einmal sehr deutlich zum Ausdruck bringen, obwohl einige, die es auch angeht, von der SPÖ-Fraktion nicht anwesend sind, daß ich es ablehne, für etwas zur Verantwortung gezogen zu werden, was in den letzten Jahren verabsäumt wurde. Nämlich in der Form verabsäumt wurde, daß man rechtzeitig Sanierungsmaßnahmen, die ja erkennbar waren, in Angriff genommen hat, daß man einen Prioritätenplan erstellt hat, um eben notwendige Sanierungsmaßnahmen im Bereiche der Freizeiteinrichtungen der städt. Unternehmungen zu machen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Ich bitte, zum Seniorenpaß zu sprechen, Hr. StR!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Es geht um das Hallenbad und deshalb - glaube ich - habe ich durchaus die Berechtigung, meine Anmerkungen dazu zu machen. Ich habe auch in der Einleitung gesagt, daß ich hoffe, daß dadurch mehr Leute diese günstige Gelegenheit in Anspruch nehmen. Daraus ableitend, habe ich auf den Zustand des Hallenbades hingewiesen.

Ich sage jedoch noch einmal sehr deutlich, daß es verabsäumt wurde in den vergangenen Jahren,

rechtzeitig Sanierungsmaßnahmen zu setzen. Und Hr. Bürgermeister, ich lasse es mir sicherlich nicht nehmen, auch darauf hinzuweisen, daß der gesamte GR am 17. Dezember d. vergangenen Jahres einen Grundsatzbeschuß gefällt hat über die Sanierung oder Neuadaptierung des Hallenbades, um einmal klar abzuchecken, in welcher Größenordnung Förderungsmittel zu erhalten sind.

Ich bedaure, daß Hr. Bgm. heute nicht mehr anwesend ist, denn ich möchte ihn von dieser Stelle aus dringendst ersuchen - weil sich nämlich genau meine Befürchtung bewahrheitet hat, daß sehr viel Zeit vergehen wird, bis man erkennen kann, welche Förderungsmittel in welcher Größenordnung zu erhalten sind, um entspr. Maßnahmen zu setzen -, daß er mit Nachdruck darauf drängt. Denn er hat ja selbst heute bekanntgegeben, daß er für die Umsetzung der GR-Beschlüsse zuständig ist, daß Förderungsmittel nicht nur vom Land, sondern auch vom Bund zu erhalten sind.

Ich selbst bin in der Sache nicht untätig gewesen und kann nur eines berichten, daß es nicht so ist, daß bereits - nachdem nahezu 60 ähnliche Ansuchen beim Land vorliegen, die ebenfalls den Inhalt haben, Förderungsmittel zu erhalten - gereicht worden wäre und die Stadt Steyr hier eine Sonderstellung hätte. Sondern die Reihung dieser Ansuchen wird

erst im Frühjahr erfolgen. Das sei mir hier auch von dieser Stelle aus gestattet zu berichtigen.

Ich hoffe aber, wie gesagt, um auf den Antrag zurückzukommen, daß dieses Angebot, das an die Senioren herangetragen wird, auch dementsprechend ausgenützt wird.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke, Hr. StR!

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Zwischenruf! Herr Referent, was hast Du gemacht, daß das Bad saniert wird? Du bist ja auch dafür verantwortlich. Man kann das nicht immer auf die anderen schieben. Was ist von Dir wirklich geschehen, um eine Reparatur heranzuziehen?

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Bitte nur einen Zwischenruf und den zur Sache "Seniorenpaß"! Mangels Vorsitzenden kann ich den Vorsitz nicht übergeben und den Bgm. verteidigen! Daher erteile ich nun Hr. StR Holub das Wort. Er hat sich als nächster zu Wort gemeldet.

STADTRAT KARL HOLUB:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich werde versuchen, wieder zum Thema zu sprechen, wenngleich die Ausflüge von Adam und Eva

bis zu Christi Geburt sicherlich auch ganz interessant sind.

Die Beantragung heute bedeutet das Weiterbehalten des bisherigen Systems Seniorenpaß. In Steyr ist der kuriose Fall eingetreten, daß jemand, der heute 60 Jahre alt ist, im nächsten Jahr antreten muß und beweisen muß, daß er 61 ist. Wenn er nächstes Jahr 61 ist, muß er im übernächsten Jahr antreten und beweisen, daß er 62 ist. Ich glaube, es wäre viel viel sinnvoller, wenn die hohe Mehrheit in diesem Haus doch endlich einmal auf unseren Vorschlag hin tätig werden würde und auch wirklich einmal überlegt, ob nicht die Einführung eines Seniorenausweises die doch sehr, sehr arbeitsintensive Erstellung der Seniorenpässe ersetzen könnte.

Der GR könnte doch wirklich definieren, zu welcher Leistung sie in Anspruchnahme das Vorweisen eines einmal ausgestellten Ausweises berechtigen würde. Wenn man diesem Gedanken nicht nachfolgen kann, so muß ich doch wirklich unterstellen, daß man alle Jahre ein Geschenk des Bgm. überreichen will und die Leute hin nötigt zu irgendwelchen Ausgabestellen, wo sie sich unendlich lange anstellen müssen oder Erschwernisse auf sich nehmen müssen. Ich glaube, daß dies eine Bürokratie ist, die nicht notwendig ist, die

furchtbar viel Geld kostet und nur die Leute verärgert.

Natürlich ist die Dankbarkeit gegeben. Natürlich sind die alten Menschen, die hier eine Leistung der Stadt entgegen nehmen, zu der die Stadt nicht verpflichtet ist, dankbar. Natürlich werden auch die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserer Stadt zu würdigen wissen, wenn sie einen Ausweis bekommen, der sie zu einer gew. Anzahl von Leistungen berechtigt.

Ich glaube, hier sollte wirklich einmal Schluß sein mit jährlich ein Polaroid-Foto und in der Hausdruckerei Ausweise drucken, Zettel definieren, herunterreißen und wieder wegschmeißen. Ich bitte Dich, liebe Fr. Referentin, hier doch einmal tätig zu werden.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Den Adventwunsch haben wir gehört. Es liegt keine weitere Wortmeldung vor, also bitte ich um das Schlußwort.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Ich darf zu den Ausführungen von Koll. Holub anführen, daß sich der Wohlfahrtsausschuß auch mit diesem Thema beschäftigt hat und wir soweit übereingekommen sind, daß wir uns im Frühjahr im Wohlfahrtsausschuß mit dieser Frage beschäftigen werden.

Zur Auslastung, die Koll. Eichhübl angesprochen hat, möchte ich schon sagen, daß man sicherlich auch bedenken muß, daß den

Seniorenpaß jene Bürger bekommen, die über 60 bzw. 65 Jahre alt sind, und sich aufgrund dieser Situation schon eine sehr geringe Auslastung insofern ergibt, weil diese Generation in der Jugend eigentlich kaum das Schwimmen gelernt hat. Damit wird auch im Alter in diesem Sinne das Hallenbad nicht benötigt. Meiner Meinung nach wird sich in Zukunft eine bessere Auslastung ergeben, nicht zuletzt wegen der Möglichkeit, die Gutscheine für die Sauna zu benützen. So tritt sicherlich eine enorme Verbesserung für die Pensionisten ein.

Das wollte ich nur zum Abschluß sagen. Ich darf Sie aber trotzdem noch einmal bitten, dem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Bei der Abstimmung bitte ich Sie, mit der Hand ein Zeichen zu geben, wenn Sie damit einverstanden sind. Stimmenthaltungen? Keine. Gegenstimmen? Auch keine. Einstimmig.

Danke vielmals. Nun ersuche ich StR Ing. Schloßgangl seinen Antrag vorzutragen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe heute einen Antrag vorzubringen. Und zwar geht es um eine Bebauungsplanänderung.

betreffend den Ederhof. Der Antrag an den GR lautet:

- 12) Bau2-3590/92  
Bebauungsplan Nr. 2 -  
"Ederhof" - Änderung  
Nr. 2.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gegenständlicher Bebauungsplan Nr. 2 - Ederhof - Änderung Nr. 2 - wird entsprechend den Plänen des Stadtbauamtes vom 7. April 1992 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA XI vom 28. September 1992 nach § 23 Abs. 2 und 3 des Oö. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 18/1972, beschlossen.

Ich bitte hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer wünscht dazu das Wort? Niemand. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Stimmenthaltungen? Gegenstimmen? Keine. Einstimmige Annahme.

Ich danke. Nun bitte ich Hr. StR Tatzreiter, Punkt Nr. 13) vorzutragen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Meine sehr geehrten Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR! Ich habe heute einen einzigen Antrag vorzutragen bzw. zu bitten, ihm

die Zustimmung zu geben. Es geht um das Sonderwohnbauprogramm in Steyr, aber nicht nur in Steyr, sondern darüber hinaus auch in OÖ. Nämlich hier mit einer Einigkeit bzw. einer Einigung mit der WAG in Linz in Steyr das Sonderwohnbauprogramm gemeinsam zu gestalten bzw. auch zusätzl. zu fördern. Wie aus dem Amtsbericht ersichtlich ist, geht es hier um 145 Wohneinheiten, mit denen heuer bzw. jetzt im Nov. noch mit dem Spatenstich begonnen werden soll. Für 102 Wohneinheiten in der Sebekstr. bzw. für 43 Wohneinheiten f. die Wohnanlage in der Zellergasse würde sich die Gemeinde mit 25 % der Gesamtbaukosten das ewige Einweisungsrecht sichern.

Ich bitte, diesem Antrag die Zustimmung zu geben und verlese vielleicht ganz kurz die wichtigsten Dinge aus dem Antrag:

- 13) Ha-5369/92  
Sonderwohnbauprogramm;  
Förderung von 145 Wohneinheiten der WAG Linz.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MD, Rechtsreferat, wird dem Abschluß einer Vereinbarung mit der Wohnungsanlagen Gesellschaft m.b.H., Linz, Stadlerstraße 3, folgenden Inhalts zugestimmt:

Die Stadt fördert die Errichtung von insgesamt 145 Wohn-

einheiten (102 Wohneinheiten Sebekstraße und 43 Wohneinheiten Zellergasse) durch Gewährung von Annuitätenzuschüssen zu einem Hypothekendarlehen in Höhe von mindestens 25 % der Gesamtbaukosten. Im Gegenzug räumt die WAG der Stadt auf Dauer des Bestandes der neuerrichtenden Wohnobjekte das unwiderrufliche Einweisungsrecht für alle 145 Wohneinheiten ein.

Ich bitte um Zustimmung.

Das ist meiner Meinung nach sehr, sehr wichtig; ich verweise darauf, daß wir sehr viele Wohnungssuchende haben. Gerade habe ich wieder einen Brief erhalten, wo eine Familie mit drei Kindern obdachlos geworden ist. Ich meine dabei, daß wir ständig bei den Wohnungsausschüssen langsam nicht mehr wissen, wie wir diese Situation bewältigen können. Die Obdachlosigkeit in Steyr wird sehr groß; gerade auch dadurch, weil eine große Zuwanderung passiert ist.

Ich empfehle jedem, darüber nachzudenken. Besonders auch in bezug auf die Ausländerfeindlichkeit. Ich verweise dabei auf eine Maßnahme, die wir gemeinsam getroffen haben. Nämlich das Einweisungsrecht mit den Punkterichtlinien doch sehr ernst zu nehmen, weil wir in dieser Frage das Schicksal sehen müssen und nicht den "Nachbar"

bzw. die persönlichen Überlegungen.  
Ich bitte nochmals um Zustimmung!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. GR Brandstötter, bitte.

GEMEINDERAT JOSEF BRANDSTÖTTER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Bei 3.800 Wohnungssuchenden in der Stadt Steyr kann ich mit Freude feststellen, daß über das normale Wohnbauprogramm auch ein Sonderwohnbauprogramm für die nächsten 3 Jahre gegeben ist. Der Grundsatzbeschluß wurde ja im Juli vorigen Jahres schon gemacht und die Stadt Steyr schießt hier 75 Mill. S für ca. 1.200 Wohneinheiten zu.

Die Stadt Steyr hat aber nicht unendlich viele Gründe für diese Wohnbaumaßnahmen. Hier bietet sich gerade Münchenholz für den sozialen Wohnbau durch die Grundeigentümer der WAG Linz besonders an. Die WAG Linz errichtet mit Baubeginn heuer 102 Wohneinheiten in der Sebekstr. und 43 Wohneinheiten im Jahre 1994 in der Zellergasse. Bei so vielen Wohnungssuchenden ist es notwendig, gerade im sozialen Wohnbau tätig zu sein. Wohnen ist und muß ein Grundsatz sein. Die Wohnqualität in Münchenholz ist ausgezeichnet. Die Qualität der Wohnungen darf nicht durch ev. Billigbauweisen

darunter leiden. Die Förderung seitens der Stadt soll sowohl die Qualität der Wohnung, aber vor allem den Mietzins in erträglichem Rahmen halten. Die Menschen müssen sich die Wohnungen leisten können. Durch diese Förderung zum Sonderwohnbauprogramm sichert sich die Stadt das unwiderrufliche Einweisungsrecht dieser Wohnungen.

Ich weiß, daß diese 145 Wohnungen nur eine kleine Hilfe für unsere Wohnungssuchenden sind. Aber das Sonderwohnbauprogramm, das hier gebaut wird, soll letztlich dazu dienen, daß wir mehr Menschen als bisher helfen können, neue, erschwingliche Wohnungen zu erhalten.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Nächster ist Hr. GR Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Hohes Präsidium, werte Damen und Herren des GR! Zu den letzten Äußerungen unseres Koll. StR Tatzreiter darf ich doch einige Bemerkungen machen. Lieber Hr. StR, Dein Wort in Gottes Ohr. Ich muß wieder einmal feststellen, daß bei der letzten Wohnungsausschuß-Sitzung eine Anzahl von Wohnungen einfach vergeben wurde, ohne die anderen Mitglieder des Wohnungsausschusses zu kontaktieren bzw.

mit uns darüber zu sprechen. Das wurde im Alleingang seitens der Liegenschaftsverwaltung mit Deinem Einvernehmen geregelt.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:  
Nicht nur mit meinem!

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Also Deinen Appell heute, das Punktesystem einzuhalten, verstehe ich nicht ganz. Danke!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Wünscht der Berichterstatter ein Schlußwort? Bitte sehr.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:  
Meine sehr geehrten Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! Zu den Äußerungen bzw. zu den Anschuldigungen des Koll. Payrleithner direkt an mich bzw. an die Liegenschaft, wobei diese nicht zuständig ist für die Wohnungsvergabe, möchte ich folgendes sagen. Es kommen natürlich Dinge auf, die rel. kurzfristig entschieden werden müssen und wir haben das auch in den Punkterichtlinien drinnen. Wenn sich solche Dinge ergeben, dann muß entschieden werden. Und zwar insofern, wenn es nämlich zu einem Mietenausfall kommt. Wir sind gleichzeitig auch für die monatl. Miethaftbar. Wenn ein Mietenausfall

passieren würde, dann müssen wir natürlich reagieren darauf. Sie können ruhig den Kopf schütteln, Hr. Doktor! Irgendjemand muß es ja bezahlen. Und wenn ich nur verweise darauf - das soll jetzt keine Wertigkeit haben, weil ich nicht beabsichtige, Menschen zu qualifizieren. Aber ich sage einmal in aller Deutlichkeit, daß wir bei uns in Steyr eine Situation haben, daß gerade die Gemeinde überhäuft wird von der Subkultur derer, die entweder nicht in der Lage oder nicht gewillt sind, sich einer Tätigkeit zu befleißigen, um ihren Unterhalt dementsprechend zu konzipieren und auch die Miete zu bezahlen. Das sind lauter Edelmieter der Stadtgemeinde! Ich sage das einmal sehr deutlich, weil sich alle anderen Wohnungsgesellschaften und Wohnbauträger davon distanzieren - auch Private! Das ist ja ein schlimmer Fall, den ich zuerst erwähnt habe. Der Mann ist schwer krank, Ausländer und hat 3 Kinder. Das Haus wurde verkauft und er muß natürlich sofort ausziehen. Das sind Dinge, die uns ständig beschäftigen, denn der bekommt nicht so schnell eine neue Wohnung. Das sind unsere Probleme und ich verweise darauf, daß wir natürlich gerade bei der Miete, wenn es zu einem Entfall kommt, darauf achten müssen, die Mieten soweit als möglich auch hereinzubekommen. Dafür sind

wir verantwortlich, weil wir auch im Gegenzug Wohnbau tätigen wollen.

In diesem Zusammenhang habe ich nicht alleine entschieden, sondern immer in gemeinsamer Absprache auch mit dem Hr. Bürgermeister. Ich habe auch in der Vergangenheit, vor der letzten Sitzung, mehrmals anrufen lassen, weil ich leider im Urlaub war. Aber ich habe gebeten, anrufen zu lassen, um zumindest die Fraktionssprecher zu kontaktieren. Bei so dringenden Entscheidungen werde ich das auch in Zukunft wieder tun. An und für sich bleibt es beim Punktesystem und bei der Wohnungsausschuß-Sitzung!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Kommen wir nun zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, nämlich 145 Wohneinheiten zu fördern, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig angenommen.

Von seiten der SPÖ und ÖVP liegen keine Themen für die Aktuelle Stunde vor. Auch nicht von der FPÖ, wie ich gerade höre. Eine Wortmeldung haben wir, und zwar von den Grünen. Ich bitte Frau Gemeinderätin Scheucher zum Pult.

## Beginn der Aktuellen Stunde: 19.04 Uhr

GEMEINDERAT EVA SCHEUCHER:

Ich möchte in der Aktuellen Stunde eine Bitte an Sie richten und Sie erinnern an eine Einladung, die Ihnen hoffentlich in den letzten Tagen zugegangen ist. Am 8. Nov. findet in der Bahnhofstr. um 17 Uhr die Enthüllung der Gedenktafel an der ehem. jüdischen Synagoge statt. Haben Sie keine Einladung erhalten? Ich dachte, nur bei mir wurde sie verschlampt! Vom Komitee "Mauthausen Aktiv" wurde mir versichert, daß an alle GR und auch an die Bürgermeister Einladungen ergangen sind. Dann finde ich es umso wichtiger, wenn ich Sie jetzt darüber informieren darf. Noch einmal: Am 8. November, dem Tag der Reichskristallnacht, findet um 17 Uhr in der Bahnhofstraße, an der ehem. jüdischen Synagoge, die Enthüllung der Gedenktafel statt.

Es war ja nicht ganz einfach zu erreichen, daß dort eine Gedenktafel errichtet wird und ich möchte im Namen des Komitees "Mauthausen Aktiv" noch einmal alle Mitglieder des GR sehr herzlich bitten, an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Vor allem geht diese Bitte - er ist leider jetzt nicht da - an den Hr. Bgm. und auch an den Kulturreferenten der Stadt, Hr. Vbgm. Dr. Pfeil. Auch in

Anbetracht dessen, daß einige oder sehr viele ausländische Gäste erwartet werden und daß es - glaube ich - von der Stadt Steyr auch eine pos. Geste wäre, daß man das Unrecht nicht vergißt, das in vergangener Zeit an Mitbürgern dieser Stadt begangen wurde. Daß man es also als einen Akt der Wiedergutmachung und des guten Willens sieht. In diesem Sinne darf ich für die Teilnahme jetzt schon danken.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke; das war mehr eine Mitteilung, als ein Beitrag zur Aktuellen Stunde, daher erübrigen sich die Wortmeldungen. Ich frage jedoch trotzdem. Wer wünscht von den Fraktionen dazu das Wort? Hr. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Auch, wenn ich mich vielleicht unbeliebt mache, aber es dauert wirklich nur 2 Minuten.

Ich darf vorausschicken, weil ich als Kulturreferent angesprochen wurde, wir haben dieses Komitee in diesem Jahr zweimal unterstützt mit einem nicht gerade kleinen Betrag. Ich kann die Höhe jetzt nicht auswendig sagen.

Zum 8. November. Ich habe bis jetzt keine Einladung, ich weiß davon nichts und ich weiß nicht, ob dieser Termin kompatibel ist.

Ich kann nichts versprechen!  
Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABL-  
LIK:

Wünscht sonst noch jemand das  
Wort? Wenn das nicht der Fall  
ist, sind wir am Ende der  
heutigen GR-Sitzung. Ich möchte  
nur verlautbaren, daß der GR  
heute 7,831.500 Mill. S  
freigegeben hat und daß 39  
Wortmeldungen zu verzeichnen  
waren. Ich danke für die rege  
Mitarbeit und die Disziplin war  
auch heute hervorragend! Die  
Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 19.08 UHR

*DER VORSITZENDE:*

Bürgermeister Hermann Leithenmayr e. h.

*DIE PROTOKOLLFÜHRER:*

OMR Mag. Augustin Zineder e.h.

Belinda Kastlunger e.h.

*DIE PROTOKOLLPRÜFER:*

Anna Jeloucan e.h.

Richard Gollatsch e.h.

